



# Politik & Co.

Sozialkunde

**Kostenfreie  
Leseprobe**

**Grundkurs**

**Aktualitätendienst  
und digitale  
Anwendungen  
inklusive**



**Sek II  
Rheinland-Pfalz**



## Sehr geehrte Damen und Herren,

mit unserer neuen Reihe **Politik & Co. Sek II – Rheinland-Pfalz** bieten wir Ihnen einen Grundkursband und einen Gesamtband für Sozialkunde in den Jahrgangsstufen 11 bis 13 an. Beide Bände sind passgenau für den neuen Lehrplan konzipiert. Die Reihe baut auf bereits bekannte Elemente aus unserer Sek I-Reihe **Politik & Co.** auf und verbindet diese mit Elementen aus unseren bekannten Sek II-Reihen.

Mit neuen innovativen Ideen wie unserem **Aktualitätendienst** und unseren **digitalen Anwendungen** brechen wir beim Thema Digitalisierung in ganz neue Sphären auf!

Beide Bände erscheinen als gedruckte und digitale Ausgaben, darauf perfekt abgestimmt auch unser **digitales Lehrmaterial click & teach** und viele weitere Unterstützungsmöglichkeiten, die Ihnen das Unterrichten und Ihren Schülerinnen und Schülern das Lernen leichter machen.

Einen ersten Eindruck von unserem Angebot können Sie mit dieser Leseprobe gewinnen!

Herzlichst Ihre Redaktion Politik und Wirtschaft

Sie haben Fragen zu Politik & Co. Sek II oder möchten sich beraten lassen?

Unsere Schulberatungsteam informiert Sie gern!



**Christof Muechler**

Telefon: 07131 8995148

Mobil: 0171 6012376

E-Mail: [muechler@ccbuchner.de](mailto:muechler@ccbuchner.de)



**Hans Schroeder**

Mobil: 0171 6357092

E-Mail: [schroeder@ccbuchner.de](mailto:schroeder@ccbuchner.de)

# Politik & Co. Sek II auf einen Blick

## Grundkurs und Gesamtband

Das neue Lehrwerk **Politik & Co. Sek II** erscheint als **Gesamtband** und als **Grundkursband**. Beide Bände bieten Ihnen und Ihren Schülerinnen und Schülern ein Gesamtpaket, bestehend aus umfassenden, aktualisierten Materialien für einen differenzierenden und problemorientierten Unterricht – ohne große Vorbereitung und passgenau auf die Unterrichtsanforderungen zugeschnitten.

## Das hybride Schulbuch für das Fach „Sozialkunde“

Mit dem **Aktualitätendienst** werden zahlreiche Schaubilder, Tabellen und Diagramme regelmäßig aktualisiert und stehen Ihnen kostenfrei online im identischen Design zur Verfügung.

Alle Aufgabenkästen erhalten „digitale Zwillinge“. Die dort hinterlegten **digitalen Anwendungen** (z. B. anonyme Abstimmungen, Rankings, Wortwolken u. a.) sind passgenau an Aufgaben im Buch angebunden und stehen Ihnen über QR- und Mediacodes fertig konzipiert zur Verfügung. Die Ergebnisse können Sie in Echtzeit in Ihren Lerngruppen auswerten und diskutieren.

## Digitales Schulbuch click & study



Das **digitale Schulbuch click & study** bietet Ihren Schülerinnen und Schülern die vollständige digitale Ausgabe des C.C.Buchner-Lehrwerks, einen modernen Reader mit zahlreichen nützlichen Bearbeitungswerkzeugen sowie einen direkten Zugriff auf Links und Zusatzmaterialien, die in der Printausgabe über Mediacodes zugänglich sind.

## Digitales Lehrermaterial click & teach



Für eine schnelle und unkomplizierte Unterrichtsvorbereitung bieten wir mit **click & teach** ein **digitales Lehrermaterial** an. Enthalten sind neben Lösungsangeboten und Arbeitsblättern vor allem auch Zusatzmaterialien, Erklärfilme, Tafelbilder u.v.m.



## Politik & Co. Sek II – Rheinland-Pfalz

**Unterrichtswerk für die gymnasiale Oberstufe**

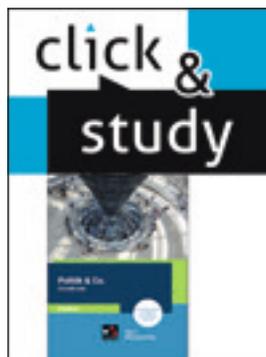
### **Sozialkunde - Grundkurs**

Herausgegeben von Michael Sauer und  
bearbeitet von Olaf Beckmann, Gernot Herz,  
Stefan-Fabian Lutz, Marcus Müller, Volker Rith,  
Michael Sauer und Sandra Spanaus  
unter Beratung von Marcus Höreth

ISBN 978-3-661-**72037**-1

ca. € 34,-

Erscheint im 1. Quartal 2023



### **click & study Sozialkunde Grundkurs**

Digitales Schulbuch

Bestellnummer WEB 720371

ca. € 6,50

oder € 1,50 bei Einführung  
des gedruckten Lehrwerks

Erscheint im 1. Quartal 2023

(Erhältlich auf [www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de))



### **click & teach Sozialkunde Grundkurs Box\***

Digitales Lehrermaterial  
(Karte mit Freischaltcode)

ISBN 978-3-661-**72038**-8

ca. € 38,-

Erscheint im 3. Quartal 2023

\*Weitere Lizenzformen des **digitalen Lehrmaterials click & teach** finden Sie auf [www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de).



## Politik & Co. Sek II – Rheinland-Pfalz

### Unterrichtswerk für die gymnasiale Oberstufe

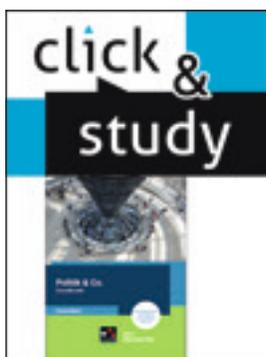
#### Sozialkunde - Gesamtband

Herausgegeben von Michael Sauer und  
bearbeitet von Olaf Beckmann, Gernot Herz,  
Stefan-Fabian Lutz, Marcus Müller, Volker Rith,  
Michael Sauer und Sandra Spanaus  
unter Beratung von Marcus Höreth

ISBN 978-3-661-**72035**-7

ca. € 39,-

Erscheint im 1. Quartal 2023



**click & study**  
**Sozialkunde Gesamtband**  
Digitales Schulbuch  
Bestellnummer WEB 720351  
ca. € 7,00  
oder € 1,50 bei Einführung  
des gedruckten Lehrwerks  
Erscheint im 1. Quartal 2023  
(Erhältlich auf [www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de))



**click & teach Sozialkunde**  
**Gesamtband Box\***  
Digitales Lehrermaterial  
(Karte mit Freischaltcode)  
ISBN 978-3-661-**72036**-4  
ca. € 35,-  
Erscheint im 3. Quartal 2023

\*Weitere Lizenzformen des **digitalen Lehrmaterials click & teach** finden Sie auf [www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de).

Politik & Co. Sek II – Rheinland-Pfalz

## Das hybride Schulbuch für das Fach „Sozialkunde“

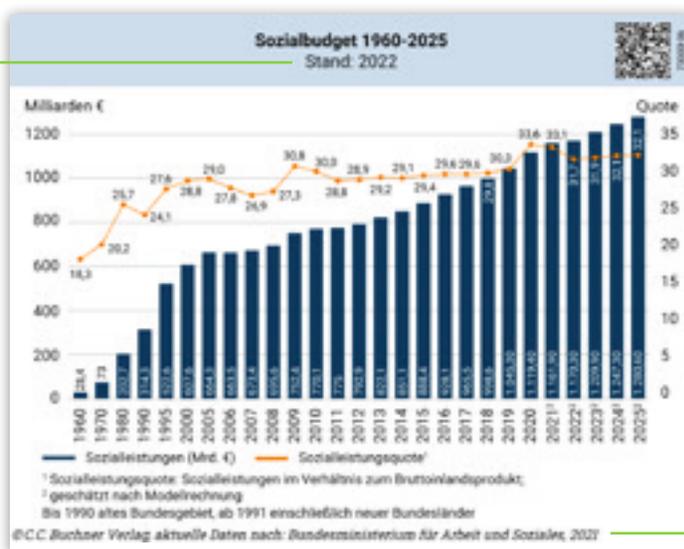
### Aktualitätendienst

Zahlreiche **Schaubilder, Tabellen und Diagramme aus dem Buch werden regelmäßig aktualisiert** und stehen Ihnen kostenfrei online im identischen Design zur Verfügung.

Die jeweiligen Grafiken im Aktualitätendienst sind wie folgt konzipiert:

- ▶ Unterhalb oder neben der Grafiküberschrift findet sich der jeweilige Stand der Grafik-Aktualisierung, z. B. „Stand: 2022“.
- ▶ Dieser Stand zeigt immer die letzte Datenüberprüfung an.
- ▶ Die Quellenangabe unter der Grafik informiert über den aktuellen Datenerhebungszeitpunkt.

Letzte Überprüfung, ob es neuere Daten gibt.



73000-06

1

Scannen Sie den QR-Code im Schulbuch oder geben Sie den Mediacode auf [www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de) in die Suchleiste ein.

Datenerhebungszeitraum

Immer auf dem aktuellen Stand

budget 1960-  
Stand: 2023

4

Beispiel: Unterricht  
im Jahr 2023



3

Die Grafik steht Ihnen und  
Ihren Schülerinnen und Schülern  
auf **digitalen Endgeräten**  
zur Verfügung.

2

Sie erhalten die  
**aktuelle Version** der  
Grafik zum Download  
als JPEG.

Mehr Informationen

Erklärfilm



Politik & Co. Sek II – Rheinland-Pfalz

# Das hybride Schulbuch für das Fach „Sozialkunde“

## Digitale Aufgabenkästen

**Politik & Co. Sek II** gibt jedem Aufgabenkasten einen „digitalen Zwilling“. Mithilfe der QR- und Mediacodes in den Kopfzeilen der Aufgabenkästen können alle Aufgaben digital abgerufen werden. Diese digitalen Aufgaben sind identisch mit den jeweiligen Aufgaben im Schulbuch, bieten aber zahlreiche Erweiterungen.

Aufgabenkasten im  
Schulbuch

„Digitaler Zwilling“ auf  
einem digitalen Endgerät

### Aufgaben



1. Erklären Sie mit eigenen Worten die drei grundlegenden Elemente der sozialen Sicherung in Deutschland (M9 + M10). Erläutern Sie danach das Spannungsfeld zwischen Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit (M9 und QR-Code).
2. Arbeiten Sie aus den Stellungnahmen Argumente für bzw. gegen eine Enteignung der Immobilienkonzerne (M11) heraus. Führen Sie danach eine „Minidebatte“ zum Thema „Sollen Immobilienkonzerne in Berlin enteignet werden?“
3. Prüfen Sie, ob sich aus den Artikeln des Grundgesetzes (M12 + M13) eine Enteignung der Mietkonzerne in Berlin rechtskonform ableiten lässt.
4. Soll der Staat in die Eigentumsrechte eingreifen, um zum Schutz des Gemeinwohls das Wohnen für den Durchschnittsbürger bezahlbar zu machen? Beurteilen Sie die Auffassung unter Berücksichtigung der Dimensionen Sozialpolitik und Rechtsstaatlichkeit.

Digitale Abstimmung



## Digitale Operatoren- und Methodenkarten

- ▶ Operatoren- und Methodenkarten werden zu den jeweils passenden Operatoren und Methoden verlinkt.
- ▶ Mithilfe von digitalen Endgeräten können somit wichtige Verständnis-, Strukturierungs- und Formulierungshilfen für einzelne Operatoren oder Methoden angeschaut und direkt an der Aufgabe, ohne blättern zu müssen, genutzt werden.

### Ermitteln/herausarbeiten/erschließen

#### I. Was ist zu tun?

1. Sie erschließen aus Materialien bestimmte Sachverhalte, auch wenn sie nicht direkt genannt werden.
2. Zwischen diesen Sachverhalten stellen Sie dann Zusammenhänge her.



#### II. Hilfen zur Strukturierung und Formulierung

##### Fragestellung

Der Text/Fall/das Material ... beinhaltet/sagt etwas über ...  
Mit Hilfe des Materials lässt sich die Frage klären/ermitteln ...

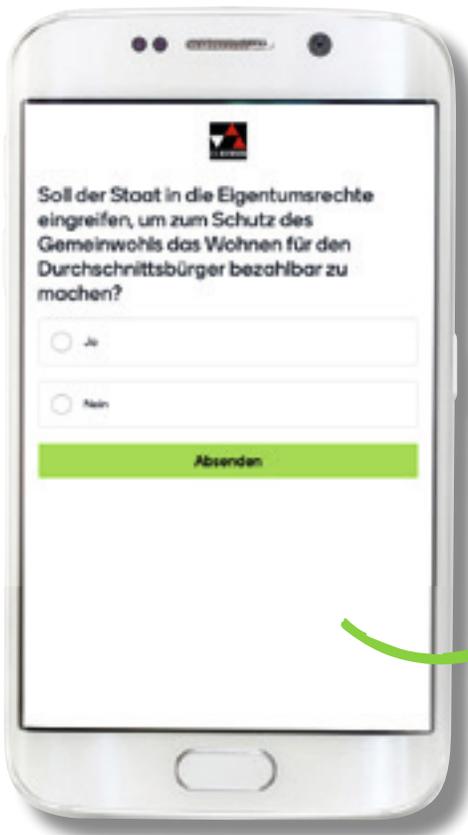
##### Was gehört dazu?

Aus ... geht hervor, dass ...  
Wenn man ... genau betrachtet, lässt sich feststellen, dass ...  
Für ... gilt ... /Aus ... lässt sich ableiten/ergibt sich ...  
Im Fall/Material ... kann man erkennen, dass ...  
Wenn man ... anwendet, dann ... /Das Material/der Fall ist ein Beispiel für ...  
Die Aspekte/Sachverhalte gehören zu ...

##### Wie passt es zusammen?

Zwischen ... und ... ergibt sich ein Zusammenhang/ein Widerspruch durch ...  
Die Aspekte/Sachverhalte ... und ... decken sich/ergänzen sich/widersprechen sich ...

Beispieltext



## Digitale interaktive Anwendungen

- ▶ Aufgaben aus dem Schulbuch werden um digitale, interaktive Anwendungen (z. B. anonyme Abstimmungen, Wortwolken, Rankings, ...) erweitert.
- ▶ Diese Anwendungen können Sie direkt in Ihrer Lerngruppe einsetzen, die Ergebnisse auswerten und diskutieren.



## Ein Kategorienraster für politische Urteile

Beurteilungsmaßstab	Perspektiven		
	Politische Akteure	Adressat:innen	System
<b>Kategorien der EFFIZIENZ</b> → Zweckrationalität	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Handlungsmöglichkeiten</li> <li>▪ Handlungseinschränkungen</li> <li>▪ Macht</li> <li>▪ Aufwand</li> <li>▪ Wirtschaftlichkeit</li> <li>▪ Kosten</li> <li>▪ Wirksamkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Individuelle Kosten/ Nutzen-Abwägung</li> <li>▪ Individuelle Interessen</li> <li>▪ Verhältnismäßigkeit</li> <li>▪ Einfachheit</li> <li>▪ Folgen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Funktionsfähigkeit</li> <li>▪ Handlungsfähigkeit</li> <li>▪ Leistungsfähigkeit</li> <li>▪ Entscheidungsfähigkeit</li> <li>▪ Stabilität</li> <li>▪ Schnelligkeit</li> <li>▪ Sicherheit</li> </ul>
<b>Kategorien der LEGITIMITÄT</b> → Wertrationalität	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Demokratische Werte und Prinzipien</li> <li>▪ Interessenberücksichtigung</li> <li>▪ Gemeinwohlorientierung</li> <li>▪ Transparenz</li> <li>▪ Partizipation</li> <li>▪ Akzeptanz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Menschenrechte</li> <li>▪ Selbstbestimmung</li> <li>▪ Mitbestimmung</li> <li>▪ Identität</li> <li>▪ Verallgemeinerbarkeit</li> <li>▪ Zumutbarkeit</li> <li>▪ Nachhaltigkeit</li> <li>▪ Klima- &amp; Umweltschutz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Grund- und Menschenrechte</li> <li>▪ Menschenwürde</li> <li>▪ Demokratie</li> <li>▪ Gemeinwohl &amp; Gerechtigkeit (z. B. rechtsstaatliche Prinzipien)</li> <li>▪ Sozialstaatliche Prinzipien</li> </ul>

*Bearbeiter, nach: Maasing, Peter: Kategorien des politischen Urteilens und Wege zur politischen Urteilsbildung. In: Maasing, Peter und Weißeno, Georg (Hg.): Politische Urteilsbildung. Zentrale Aufgabe für den Politikunterricht. Schwalbach Ts.: Wochenschau 1997, S.125*

# Politik & Co.

## Sozialkunde

Olaf Beckmann,  
Gernot Herz,  
Stefan-Fabian Lutz,  
Marcus Müller,  
Volker Rith,  
Michael Sauer und  
Sandra Spanaus  
unter Beratung von  
Marcus Höreth

### Inklusive Aktualitätendienst

Viele Schaubilder, Tabellen und Diagramme  
werden regelmäßig aktualisiert.

Erklärfilm



73000-501

**Sek II**  
**Rheinland-Pfalz**

C.C.BUCHNER

## Politik & Co. Sek II – Rheinland-Pfalz

Herausgegeben von Michael Sauer

### Sozialkunde – Grundkurs

### Sozialkunde – Gesamtband

Bearbeitet von Olaf Beckmann, Gernot Herz, Stefan-Fabian Lutz, Marcus Müller,  
Volker Rith, Michael Sauer und Sandra Spanaus unter Beratung von Marcus Höreth

Zu diesen Lehrwerken ist geplant:

Sozialkunde – Grundkurs:

- Digitales Lehrermaterial **click & teach** Einzellizenz, Bestell-Nr. 720381
- Digitales Lehrermaterial **click & teach** Box (Karte mit Freischaltcode), ISBN 978-3-661-72038-8

Sozialkunde – Gesamtband:

- Digitales Lehrermaterial **click & teach** Einzellizenz, Bestell-Nr. 720361
- Digitales Lehrermaterial **click & teach** Box (Karte mit Freischaltcode), ISBN 978-3-661-72036-4

Diese Titel werden auch als digitale Ausgabe **click & study** unter [www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de) erscheinen.

Teildruck

1. Auflage, 1. Druck 2022

Dieses Werk folgt der reformierten Rechtschreibung und Zeichensetzung. Ausnahmen bilden die Texte, bei denen künstlerische, philologische oder lizenzrechtliche Gründe einer Änderung entgegenstehen.

Die Mediencodes enthalten ausschließlich optionale Unterrichtsmaterialien. An keiner Stelle im Schülerbuch dürfen Eintragungen vorgenommen werden. Auf verschiedenen Seiten dieses Buches finden sich Verweise (Links) auf Internetadressen. Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle wird die Haftung für die Inhalte externer Seiten ausgeschlossen.

© 2022 C.C. Buchner Verlag, Bamberg

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlags. Das gilt insbesondere auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen und Mikroverfilmungen. Hinweis zu § 52 a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Redaktion: Tabea Schüller-Ruhl

Layout und Satz: mgo360 GmbH & Co. KG, Bamberg

Druck und Bindung: WIRmachenDRUCK, Backnang

[www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de)

ISBN der genehmigten Auflage Grundkurs: 978-3-661-**72037-1**

ISBN der genehmigten Auflage Gesamtband: 978-3-661-**72035-7**

# Inhaltsverzeichnis

Zur Arbeit mit dem Buch

Vorläufiges  
Inhaltsverzeichnis

## 1 Einführung: Politik verstehen – Politik beurteilen – partizipieren

### 1.1 Politikbegriff und Politikkompetenz

- 1.1.1 **P** Mitmach- statt Zuschauer-Demokratie: Welche Kompetenzen benötigen mündige Bürgerinnen und Bürger? **GK**
- 1.1.2 **P** Politikbegriffe – Dimensionen – Politikzyklus: Was ist Politik und was nicht? **GK**

### 1.2 Kategoriale Politikanalyse und Urteilsbildung

- 1.2.1 **P** Fallbeispiel: Klimaschutz und Tierwohl: Soll der Preis für Fleisch erhöht werden? **GK**

**METHODE: Politische Situationen analysieren**

**WORKSHOP: Eine Dilemma-Situation: Urteilsbildung verstehen am einfachen Fallbeispiel**

**METHODE: Politische Situationen beurteilen**

- 1.2.2 **P** Politische Grundorientierungen: Welche tragen wir in uns? **GK**

## 2 Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland

### *Zwischen Freiheit (Heterogenität) und Gleichheit (Identität)*

#### 2.1 Struktur der Gesellschaft

- 2.1.1 **P** Trennung von Staat und Gesellschaft: Wie stark darf und soll der Staat in die Privatsphäre/die Gesellschaft eingreifen?
- 2.1.2 **P** Der demographische Wandel: Zuwanderung als Lösung für den Fachkräftemangel? **GK**
- 2.1.3 **P** Die Sozialstruktur unserer Gesellschaft: Soziale Ungleichheit: Welche Kriterien sind für die soziale Stellung wichtig? **GK**
- 2.1.4 **P** Dimensionen sozialer Ungleichheit I - Einkommen: zu ungleich?! **GK**

**METHODE: Ein Schaubild erstellen**

- 2.1.5 **P** Brennpunkte der sozialen Ungleichheit II – Bildung: Hängt der Schulerfolg zu sehr vom Geldbeutel der Eltern ab? **GK**

**Onlinekapitel: WP** Biographische Untersuchungen: Worin liegen die Ursachen der sozialen Ungleichheit im Bildungsbereich?

- 2.1.6 **P** Brennpunkt der sozialen Ungleichheit III – Geschlecht: Soll eine Geschlechterquote bei der Besetzung von Führungspositionen in Unternehmen eingeführt werden?

**Onlinekapitel: P** Identitäten und soziale Ungleichheit: Sorgen Fremdzuschreibungen von Identitäten für soziale Ungleichheit?

#### 2.2 Gesellschaftsmodelle im Wandel

- 2.2.1 **P** Das Klassenmodell früher und heute: Ist Deutschland wieder eine Klassengesellschaft? **GK**
- 2.2.2 **P** Das Modell der Schichtgesellschaft: Interpretieren oder politisieren Modelle die Gesellschaft? **GK**
- 2.2.3 **P** Soziale Milieus und Lebenswelten in Deutschland: Welchem Milieu gehören Sie an?

- 2.2.4 **P** Migration und Gesellschaft: Deutschland – (k)ein Einwanderungsland? **GK**

**Onlinekapitel:** **WP** Flucht und Asyl: Welche und wie viele Flüchtlinge sollen in Deutschland aufgenommen werden?

- 2.2.5 **WP** Integration und Integrationstheorien: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? **GK**

- 2.2.6 **WP** Postmoderne Gesellschaftstheorien: Wie gespalten ist unsere Gesellschaft heute? **GK**

**Onlinekapitel:** **WP** Der soziale Wandel: unaufhaltsamer Niedergang von Regionen?! – Das Beispiel Pirmasens

**Onlinekapitel:** **P** Sozialer Wandel und Einkommensentwicklung: wer profitiert – wer verliert?

### 3 Werte und Normen im Wandel

#### *Zwischen Kontinuität und Veränderung*

##### 3.1 Aspekte des Wertewandels

- 3.1.1 **P** Wertorientierungen Jugendlicher im Wandel: Werden wir eine Gesellschaft von Egoisten?

**METHODE:** Eine Umfrage erstellen

**METHODE:** Statistiken, Diagramme und Schaubilder auswerten

- 3.1.2 **P** Die Stellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft: Wie gleichgestellt sind Frauen und Männer?

- 3.1.3 **P** Welche Bedeutung haben Medien für Jugendliche: Verdrängt die mediale die personale Erfahrung?

##### 3.2 Theorien des Wertewandels

- 3.2.1 **P** Die Postmaterialismustheorie des Wertewandels: Führt der Postmaterialismus zur Verwirklichung partizipativer Ziele?

##### 3.3 Die Verfassung als Norm

- 3.3.1 **P** Das normative Fundament des Grundgesetzes: Menschenwürde: Wer soll in der Triage bevorzugt medizinisch behandelt werden?

### 4 Das Politische System der Bundesrepublik Deutschland

#### *Zwischen Kompromiss und Abgrenzung*

##### 4.1 Politische Willensbildung und Parteiendemokratie

- 4.1.1 **P** Parteien im Politischen System der Bundesrepublik Deutschland: Wie gut erfüllen die Parteien noch ihre Aufgaben? **GK**

- 4.1.2 **P** Fragmentierung des Parteiensystems: Gefährdet die Krise der Volksparteien unsere Demokratie? **GK**

- 4.1.3 **P** Innerparteiliche Demokratie: Alle Mitglieder oder die Delegierten: Wer soll über den Vorsitz einer Partei entscheiden?

**Onlinekapitel:** **P** Bürgerräte: sinnvolle Ergänzung zur Parteiendemokratie?!

##### 4.2 Repräsentative und direkte Demokratie in Deutschland

- 4.2.1 **P** Wahlen und Wahlrechtsgrundsätze in Deutschland: Sollen alle in Deutschland lebenden Ausländer bei Bundestagswahlen teilnehmen dürfen? **GK**

**Onlinekapitel:** **WP** Wahlkampf: mehr auf Inhalte oder mehr auf Personen setzen?

- 4.2.2 **P** Das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag: Wie gut ist unser Wahlsystem? **GK**

**Onlinekapitel: WP** Wahlumfragen (Demoskopie): zu starke Beeinflussung der Wählerinnen und Wähler?

4.2.3 **WP** Plebiszitäre Elemente: mehr Demokratie durch Volksentscheide?!  
**GK**

#### 4.3 Politischer Entscheidungsprozess

**WORKSHOP: Politische Systeme und Prozesse analysieren: Vetospieler-Theorie**

4.3.1 **P** Koalitionen: Wer soll eine Regierung bilden? **GK**

4.3.2 **P** Der Bundestag: verlängerter Arm der Regierung oder effektiver Kontrolleur? **GK**

**Onlinekapitel: P** Die Zusammensetzung des Deutschen Bundestag: Wie repräsentativ soll das Parlament in seiner Sozialstruktur sein?

4.3.3 **P** Der Bundesrat im Gesetzgebungsprozess: Mitgestalter oder Veto-player? **GK**

4.3.4 **P** Entscheiden in der Bundesregierung: miteinander oder gegeneinander? **GK**

4.3.5 **P** Ministerialbürokratie: Führung durch die Ministerinnen und Minister oder Dominanz der Bürokratie bei der Gesetzesinitiative? **GK**

4.3.6 **P** Informelle Prozesse im Gesetzgebungsprozess: „Hinterzimmer-Politik“ oder notwendige Absprachen? **GK**

**METHODE: Simulation informelle Prozesse: Streit in der Koalition**

4.3.7 **P** Medien im Politischen System: Kontrolleur der Politik oder Manipulator der öffentlichen Meinung? **GK**

4.3.8 **P** Das Bundesverfassungsgericht: zu starke Einmischung in die Gesetzgebung? **GK**

4.3.9 **WP** Vergleich Präsidentiell – Parlamentarische – Semipräsidentielle Regierungssysteme (Demokratien): Soll der Bundespräsident direkt vom Volk gewählt werden? **GK**

Vorläufiges  
Inhaltsverzeichnis

## 5 Wirtschaften, Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftspolitik

*Zwischen staatlicher Regulierung und Marktfreiheit*

### 5.1 Grundlagen des Wirtschaftens

5.1.1 **P** Preisbildung: Wie sollen die Wirtschaftssubjekte auf Preisänderungen reagieren? **GK**

5.1.2 **P** Der Wirtschaftskreislauf: Modell oder Realität? **GK**

### 5.2 Die Wirtschaftssubjekte

5.2.1 **P** Die Unternehmen: Gewinne statt Verantwortung? **GK**

5.2.2 **P** Der Finanzsektor: Soll der Staat Banken retten? **GK**

5.2.3 **P** Der Staat: Staatsausgaben senken?! **GK**

### 5.3 Entscheiden in der sozialen Marktwirtschaft

5.3.1 **P** Wirtschaftstheorien: mehr individuelle Freiheit oder mehr staatlich garantierte Gleichheit?

5.3.2 **P** Die Soziale Marktwirtschaft: mehr Staat oder mehr Markt? **GK**

**METHODE: Eine politische Rede entwerfen**

5.3.3 **P** Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik: Sind die Prioritäten richtig gesetzt? **GK**

5.3.4 **P** Wettbewerbspolitik: Unter welchen Bedingungen soll der Staat regulierend in den Wettbewerb eingreifen? **GK**

5.3.5 **P** Strukturpolitik: Wie stark soll der Staat Schlüsselindustrien unterstützen? **GK**

#### 5.4 Konjunkturpolitik

5.4.1 **P** Das Bruttoinlandsprodukt: Welche Aspekte muss ein geeigneter Wohlstandsindikator umfassen?

5.4.2 **P** Konjunkturindikatoren: Wie einflussreich sind psychologische Faktoren? **GK**

5.4.3 **P** Stabilisierungstheorien nach Keynes und Friedman: Soll die Konjunktur durch Angebots- oder Nachfrageorientierung beeinflusst werden? **GK**

**Onlinekapitel: P** Bundeshaushalt - Schwarze Null: Wie wichtig soll ein ausgeglichener Haushalt sein?

**Onlinekapitel: WP** Tarifverhandlungen: Partner oder Gegner?

**Onlinekapitel: WP** Transformation der Arbeitswelt: Werden Gewerkschaften überflüssig?

**Onlinekapitel: WP** Mitbestimmung in Unternehmen: Sollen Arbeitnehmende mehr mitbestimmen dürfen? **GK**

## 6 Herausforderungen des Sozialstaates

### *Zwischen sozialer Gerechtigkeit und Finanzierbarkeit*

**METHODE: Karikaturen interpretieren**

#### 6.1 Der Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit

6.1.1 **P** Soziale Gerechtigkeit: eine angemessene Leistungsbelohnung oder eine möglichst gleiche Güterverteilung? **GK**

6.1.2 **WP** Theorien sozialer Gerechtigkeit: Wie kann eine gerechte Gesellschaft erreicht werden? **GK**

6.1.3 **P** Grundlagen des sozialen Rechtsstaates: Dürfen Immobilienkonzerne in Berlin enteignet werden?

6.1.4 **P** Sozialstaatliche Modelle: Ist es Aufgabe des Staates, verstärkt den sozialen Wohnungsbau zu fördern? **GK**

6.1.5 **P** Finanzierung des Sozialstaates: Überfordert der Sozialstaat unsere öffentlichen Finanzen? **GK**

6.1.6 **P** Soziale Gerechtigkeit durch Steuerpolitik: Wie hoch sollen die Steuern für wen sein?

#### 6.2 Die Zukunft des Sozialstaats

6.2.1 **P** Die Altersvorsorge in der Krise: Wie kann die gesetzliche Rentenversicherung reformiert werden? **GK**

6.2.2 **P** Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung: Schützt die gesetzliche Rentenversicherung noch vor Altersarmut? **GK**

6.2.3 **P** Reform der gesetzlichen Rentenversicherung: Soll eine gesetzliche Aktienrente eingeführt werden? **GK**

**METHODE: Debattieren**

6.2.4 **P** Kontroverse um die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung: (Wie) soll Hartz IV weitergeführt werden?

6.2.5 **P** Reform des Sozialstaates: Soll ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland eingeführt werden?

**Onlinekapitel: P** Soziale Umverteilung: Soll in Deutschland eine Vermögenssteuer eingeführt werden?

## 7 Grundrechte im Spannungsfeld

### *Zwischen Freiheit und Ordnung*

#### 7.1 Grundrechte im Wandel

- 7.1.1 **P** Grundrechte und Digitalisierung: Gefährdet der technologische Wandel die Grundrechte?
- 7.1.2 **P** Die Vorratsdatenspeicherung: Sollen Telefon- und Internetdaten aller Bürger:innen zur Terrorabwehr gespeichert werden?
- 7.1.3 **WP** Grundgesetz und Grundrechtecharta der EU: das Recht auf Vergessen als gemeinsames Grundrecht?

#### 7.2 Begrenzung der Grundrechte zum Schutz der Demokratie

- 7.2.1 **P** Begrenzung von Grundrechten: Wie stark darf und soll der Staat individuelle Freiheit zum Schutz kollektiver Sicherheit einschränken?
- 7.2.2 **WP** Das Konzept der wehrhaften Demokratie: Sollte die AfD vom Bundesverfassungsgericht verboten werden?

Vorläufiges  
Inhaltsverzeichnis

## 8 Politische Ideengeschichte von der Antike bis zur Gegenwart

### *Zwischen Utopie und Realität*

#### 8.1 Politische Theorien der Antike

- 8.1.1 **P** Aristoteles: Ist die Demokratie eine gute Herrschaftsform und wer soll in der Demokratie mitbestimmen dürfen?
- 8.1.2 **P** Zum Begriff der Demokratie: Was heißt „Demokratie“ (für mich)?  
**Onlinekapitel:** **WP** Augustinus - Der Gottesstaat: Welche Rolle sollen Glauben und Kirche im Staat spielen?

#### 8.2 Politische Theorien der Neuzeit

- 8.2.1 **WP** Niccolò Machiavelli: Inwieweit dürfen politische Handlungen nur am Zweck orientiert sein ohne die Beachtung von Werten, Normen und Moral?

#### **METHODE: Textanalyse**

- 8.2.2 **WP** Thomas Hobbes: Schützt nur die Unterwerfung vor der Anarchie des Kriegszustandes?
- 8.2.3 **WP** John Locke: Wie kann der Schutz der Freiheit und der Sicherheit gewährleistet werden?
- 8.2.4 **WP** Jean-Jaques Rousseau: Individuum oder Gemeinschaft – Wer zählt mehr?
- 8.2.5 **WP** Charles de Secondat Baron de Montesquieu: Gewaltenteilung vs. Entscheidungsfähigkeit des Staates?

**Onlinekapitel:** **WP** Federalists Paper: Verhindert der Föderalismus eine „Tyrannei der Mehrheit“?

#### 8.3. Politische Theorien der Moderne

- 8.3.1 **WP** Ernst Fraenkel: Gemeinwohl durch Pluralismus?
- 8.3.2 **WP** Fritz Scharpf: Wird ein Staat durch Zustimmung oder durch den Nutzen für seine Bürger anerkannt?  
**Onlinekapitel:** **P** Benjamin Barber: Lässt sich die Krise der liberalen, repräsentativen Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung überwinden?
- 8.3.3 **WP** Jürgen Habermas: Ist Mündigkeit die Voraussetzung zur Demokratie?

**Onlinekapitel:** **WP** Politischer Systemwechsel: Der lange Weg Kladoiens

## 9 Das politische System der Europäischen Union

### *Zwischen supranationaler und nationaler Souveränität*

#### 9.1 Die Europäische Integration

9.1.1 **WP** Motive der Europäischen Integration: ein Friedens- oder ein Wirtschaftsprojekt? **GK**

9.1.2 **WP** Etappen der Europäischen Integration: eine Erfolgsgeschichte?! **GK**

#### **WORKSHOP: Theorien der europäischen Integration**

9.1.3 **WP** Die EU als Staatenverbund: Soll die Souveränität beim Nationalstaat oder auf der supranationalen Ebene liegen? **GK**

**Onlinekapitel: WP** EU aktuell: Zustand der Gemeinschaft

#### 9.2 Der politische Prozess in der Europäischen Union

9.2.1 **P** Das Politische System der EU: zu viele Veto-Spieler? **GK**

9.2.2 **P** Entscheidungsprozess in der EU: zu wenig Transparenz durch Trilog-Verfahren?! **GK**

#### **METHODE: Planspiel: Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU**

9.2.3 **WP** Das Spitzenkandidatenmodell als Weiterentwicklung des Politischen Systems der EU: Soll der Präsident/die Präsidentin der Europäischen Kommission durch die Wahl zum Europäischen Parlament ermittelt werden?

9.2.4 **P** Das Demokratiedefizit der EU: Wie demokratisch soll die EU sein? **GK**

**Onlinekapitel: P** Der Europäische Gerichtshof - EuGH vs. BVerfG: Wer soll das letzte Wort haben?

**Onlinekapitel: WP** Der Rechtsstaatsmechanismus der EU: wie umgehen mit Polen?

9.2.5 **WP** Geschlossenheit und Uneinigkeit in der EU: Wie soll die EU Ungarns Blockadepolitik umgehen?

#### 9.3 Herausforderungen und Zukunft der Europäischen Union

9.3.1 **WP** Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der EU und die Sanktionspolitik gegenüber Russland: endlich gemeinsam?!

**Onlinekapitel: WP** Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Braucht die EU eine eigene Armee?

**Onlinekapitel: P** Die Erweiterung der Europäischen Union: Soll die EU weiter wachsen?

9.3.2 **P** Weiterentwicklung der Europäischen Union: Wie soll die EU der Zukunft aussehen? **GK**

## 10 Der Europäische Binnenmarkt

### *Zwischen wirtschaftlichem Wachstum und politischer Notwendigkeit*

#### 10.1 Grundlagen des Europäischen Wirtschaftsraums

10.1.1 **P** Der Europäische Binnenmarkt: Handlungsfreiheit oder Regulierungswut? **GK**

10.1.2 **WP** Die Agrarpolitik der EU: Notwendige Hilfen oder Wettbewerbsverzerrung? **GK**

#### 10.2 Akteure der Wirtschafts- und Finanzpolitik

10.2.1 **P** Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Einsetzung eines EU-Finanzministers: Braucht die EU mehr wirtschafts- und finanzpolitische Souveränität? **GK**

10.2.2 **WP** Interessenvertretung innerhalb der EU: zu großer Einfluss der (Wirtschafts-)Lobbyisten?

### 10.3 Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU

10.3.1 **P** Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank: aktive Wirtschaftspolitik oder nur Sicherung der Preisstabilität? **GK**

10.3.2 **P** EU-Haushalt und Rechtsstaatsmechanismus: Soll die Auszahlung von EU-Geldern an Bedingungen geknüpft werden? **GK**

**Onlinekapitel:** **WP** Europäische Strukturpolitik: EFRE – ein Erfolgsmodell?

Vorläufiges  
Inhaltsverzeichnis

## 11 Globalisierung der Gesellschaft

### *Zwischen lokalem und globalem Denken und Handeln*

#### 11.1 Dimensionen der Globalisierung

11.1.1 **P** Global Goals: utopisch oder erreichbar? **GK**

11.1.2 **P** Weltgesellschaft: Weltbürger oder nationale Identität? **GK**

#### 11.2 Globale Herausforderungen

11.2.1 **P** Klimapolitik: individuelle Betroffenheit = gemeinsames Handeln?! **GK**

11.2.2 **P** Globale Migration: Verschärfung globaler Probleme? **GK**

#### 11.3 Zukunft globalen Handelns

11.3.1 **P** Soziale und Ökologische Herausforderungen: Welchen Einfluss sollten internationale Nichtregierungsorganisationen (INGOs) haben?

11.3.2 **WP** EINE Welt: Vision oder Utopie? **GK**

**METHODE:** Planspiel: Weltklimakonferenz

11.3.3 **P** Global Governance: Lösung der globalen Herausforderungen? **GK**

## 12 Frieden, Krieg und Recht im Wandel der Zeit

### *Zwischen Verrechtlichung und Anarchie*

#### 12.1. Friedensstrategien und Kriegsursachenforschung

12.1.1 **P** Häufigkeit und Dynamik weltweiter Gewaltkonflikte und Kriegen: Kriegs- oder Friedenszeiten? **GK**

12.1.2 **WP** Theorien zu Frieden und Krieg: Wie soll Frieden in der Welt geschaffen werden? **GK**

**METHODE:** Analyse von Kriegsursachen

**WORKSHOP:** Analyse nicht-demokratischer Systeme: noch demokratisch – autoritär - oder totalitär?

#### 12.2. Demokratien und Autokratien und das Völkerrecht

12.2.1 **P** Autoritäre Staaten in den internationalen Beziehungen: Wie sollen Demokratien mit Autokratien umgehen? **GK**

12.2.2 **P** Das Völkerrecht und die UN-Charta von 1945: Garant für Frieden? **GK**

**METHODE:** Simulation: Gemeinsames Recht und Regeln für alle Staaten verhandeln

**Onlinekapitel:** **P** Krieg und humanitäres Völkerrecht am Beispiel des amerikanischen Drohnenkrieges: Gerechter Krieg?!

**Onlinekapitel:** **P** Die Internationale Rechtsprechung in Kriegszeiten: Was nützen Klagen vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) und dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)?

## 13 Sicherheit und Frieden in den Internationalen Beziehungen

### *Zwischen Kooperation und Konflikt*

#### 13.1 Analyse internationaler Konflikte am Beispiel des Nahostkonflikts

- 13.1.1 **P** Mediale Vermittlung des israelisch-palästinensischen Konflikts: stereotype Darstellungen der Konfliktableute - „Täter“ – „Opfer“?! **GK**

**METHODE:** Bilder analysieren und beurteilen

**Onlinekapitel:** **P** Der Nahostkonflikt als Projektionsfläche in Deutschland: zulässige Kritik an israelischer Politik oder israelbezogener Antisemitismus? **GK**

- 13.1.2 **P** Konflikt-Vorgeschichte bis 1947: Wer hat welchen Anspruch auf das „Heilige Land“? **GK**
- 13.1.3 **P** Der UN-Teilungsplan von 1947: Teilen = Lösen?! **GK**
- 13.1.4 **P** Konfliktanalyse: Wichtige Ereignisse im Nahostkonflikt bis heute - Wer bedroht wen? **GK**
- 13.1.5 **P** Der Oslo-Friedensprozess: Welche Lehren sollten aus dem Scheitern gezogen werden? **GK**

**Onlinekapitel:** **P** Die Besatzungsfrage: Bringt die Besetzung mehr Sicherheit oder mehr Unsicherheit (und für wen)? **GK**

- 13.1.6 **P** Die Siedlungsfrage: Wird durch die Siedlungen ein palästinensischer Staat unmöglich? **GK**

**Onlinekapitel:** **P** Gaza-Kriege: Gewalt im Nahostkonflikt - Wer profitiert von der Eskalation? **GK**

- 13.1.7 **P** Lösungsmöglichkeiten und -hindernisse: One-State – Two-States – Status Quo? **GK**

**Onlinekapitel:** **P** Deutsche Außenpolitik im Nahostkonflikt: uneingeschränkte Solidarität?! **GK**

#### 13.2 Deutschlands Rolle in einer unsicheren Welt

- 13.2.1 **WP** Deutsche Außenpolitik nach Russlands Krieg gegen die Ukraine: Frieden schaffen mit Waffen?! **GK**

**METHODE:** Qualitative Inhaltsanalyse

- 13.2.2 **WP** „Zeitenwende“ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: nie wieder Krieg?! **GK**

**METHODE:** Eine Rede analysieren

**Onlinekapitel:** **WP** Deutsche Außenpolitik und die Auslandseinsätze der Bundeswehr: sinnvolles Instrument zur Friedenssicherung? **GK**

#### 13.3 Weltordnungsmodelle und die Sicherheitsarchitektur in Europa

- 13.3.1 **P** Weltordnung und Großmachtrivalitäten nach der Invasion Russlands in der Ukraine: Welche Weltordnung wollen wir? **GK**

**WORKSHOP:** Die Theorien der Internationalen Beziehungen und globale Ordnungsstrukturen: Zwischen Kooperation und Konfrontation Wie verhalten sich Staaten zueinander?

- 13.3.2 **P** Die USA und China im Kampf um die Weltmacht: friedliche Koexistenz oder zunehmende Konfrontation?

**Onlinekapitel:** **WP** Transatlantische Beziehungen und amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik im Zeitalter der Großmachtrivalität: globale Führungsrolle der USA?!

- 13.3.3 **P** Die NATO als Sicherheitsgemeinschaft im Ukrainekrieg: Wie wichtig ist die Beistandsverpflichtung der NATO im Verteidigungsfall? **GK**

- 13.3.4 **P** Die NATO, Russland und der Krieg in der Ukraine: Trägt die NATO eine Mitschuld am Ukrainekrieg?
- 13.3.5 **P** Konfliktregulierung durch Diplomatie: Wann gelingt eine Verhandlungslösung?
- 13.3.6 **P** Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und der Ukrainekrieg: Friedensgarant oder Spielball der Großmächte? **GK**
- 13.3.7 **P** Das UN-Konzept der Schutzverantwortung (R2P): Kann und soll die internationale Gemeinschaft in Gewaltkonflikte (militärisch) eingreifen, wenn der UN-Sicherheitsrat blockiert ist? **GK**

**Vorläufiges  
Inhaltsverzeichnis**

**Onlinekapitel:** **WP** Die Rolle von Atomwaffen in den Internationalen Beziehungen: Bringen Atomwaffen mehr Sicherheit?

**METHODE:** **Simulation: Aufrüsten oder Abrüsten**

**Onlinekapitel:** **WP** Deutschland und die nukleare Teilhabe in der NATO: Atomwaffen aus Deutschland abziehen?

**Onlinekapitel:** **WP** Der Iran als dauerhafte globale Sicherheits herausforderung: Kann ein Abkommen den Bau der Atombombe verhindern?

**Onlinekapitel:** **WP** Der War on Terror als andauerndes Ordnungsproblem: Umgang mit Terroristen - Töten, Gefangennehmen oder mit ihnen verhandeln?

**METHODE:** **Nutzwertanalyse**

## 14 Globale Wirtschaft – Handeln auf unterschiedlichen Ebenen

### *Zwischen Protektionismus und Freihandel*

**METHODE:** **Ein Stop-Motion-Video erstellen**

#### 14.1 Globale Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsakteure

14.1.1 **P** Entwicklung der Weltwirtschaft: mehr Chancen oder mehr Gefahren durch die Entfesselung der Weltwirtschaft? **GK**

14.1.2 **P** Großkonzerne und Staaten: Sind die Großkonzerne zu mächtig? **GK**

14.1.3 **P** WTO, IWF und Weltbank: Basis für fairen Handel? **GK**

14.1.4 **P** Internationale Handelskonflikte: Weltwirtschaft als Verlierer? **GK** ..

#### 14.2 Nachhaltige Weltwirtschaft

14.2.1 **P** Nachhaltigkeit als Prinzip globalen Handelns: Kann mehr Nachhaltigkeit nur global erreicht werden? **GK**

14.2.2 **P** Nationale Handlungsoptionen: Kann Deutschland globales Vorbild für eine nachhaltige(re) und gerechte(re) Weltwirtschaft sein? **GK**

#### 14.3 Globale Finanzwirtschaft

14.3.1 **P** Internationale Finanzmärkte: Zeichen globaler Freiheit oder dringend regulierungsbedürftig? **GK**

**METHODE:** **Einen Podcast erstellen**

**Onlinekapitel:** **P** Digitale Währungen: mehr Risiko als Chance? **GK**

#### 14.4 Weltwirtschaft der Zukunft

14.4.1 **P** Freihandel vs. Protektionismus: Welche Strategie ist zukunftsfähiger? **GK**

14.4.2 **WP** Postwachstumsökonomie: globales Modell der Zukunft? **GK**

Die Kennzeichnung mit **P** (Pflicht) und **WP** (Wahlpflicht) bezieht sich auf den Gesamtband. Kapitel, die auch im Lehrwerk für den Grundkurs enthalten sind, sind mit einem **GK** gekennzeichnet.

## Methoden

Analyse von Kriegsursachen  
 Bilder analysieren und beurteilen  
 Debattieren  
 Einen Podcast erstellen  
 Eine politische Rede entwerfen  
 Eine Rede analysieren  
 Ein Schaubild erstellen  
 Ein Stop-Motion-Video erstellen  
 Eine Umfrage erstellen  
 Karikaturen interpretieren  
 Nutzwertanalyse (Onlinekapitel)  
 Planspiel: Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU  
 Planspiel: Weltklimakonferenz  
 Politische Situationen analysieren  
 Politische Situationen beurteilen  
 Simulation: Aufrüsten oder Abrüsten (Onlinekapitel)  
 Simulation: Gemeinsames Recht und Regeln für alle Staaten verhandeln  
 Simulation informelle Prozesse: Streit in der Koalition  
 Statistiken, Diagramme und Schaubilder auswerten  
 Textanalyse  
 Qualitative Inhaltsanalyse

## Methodenglossar

Die Szenario-Methode  
 Eine Amerikanische Debatte durchführen  
 Eine Pro-Contra-Debatte halten  
 Eine Fishbowl-Diskussion durchführen  
 Ein Blitzlicht durchführen  
 Ein Gruppenpuzzle durchführen  
 Eine Mindmap erstellen  
 Eine Collage erstellen  
 Interviews führen  
 Ein Placemat bearbeiten  
 Eine politische Talkshow durchführen

## Bildnachweis

Alamy Stock Photo / Peter Probst – S. 42; Alternative für Deutschland (AfD) – S. 42; Baaske Cartoons / Thomas Plaßmann – S. 16, 34, 44; BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / www.gruene.de – S. 42; CDU Bundesgeschäftsstelle, Berlin – S. 41; CSU - Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. – S. 41; Deutscher Bundestag / Axel Hartmann – Cover; DIE LINKE, Bundesgeschäftsstelle Berlin – S. 35, 39, 42; FDP – S. 35, 43, 47; Getty Images / Steve Pyke – S. 23; Getty Images Plus / iStockphoto, Atlas Studio – S. 22; - / iStockphoto, upixa – S. 32; Walter Hanel, Bergisch-Gladbach – S. 16; imago images / Bernd Friedel – S. 56; - / Future Image – S. 29; - / Jürgen Held – S. 19; Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen – S. 25; © 2019 IW Medien / iwd – S. 45; picture-alliance / dieKLEINERT.de, Schwarwel – S. 16 (2); - / Roland Weihrauch – S. 19; Thomas Plaßmann, Essen – S. 16; Jane Reed / Harvard University – S. 23; Shutterstock / Michael von Aichberger – S. 32; SPD-Parteivorstand, Berlin – S. 41; Statista GmbH, Hamburg – S. 45; Klaus Stuttmann, Berlin – S. 16.

## Mediencode

Bergmoser + Höller Verlag, Aachen – S. 26; Deutscher Bundestag / Achim Melde – S. 58 (6).

# Zur Arbeit mit dem Buch

Der Band Politik & Co. - Sozialkunde wurde nach den Vorgaben des neuen Lehrplans für das Fach Sozialkunde in Rheinland-Pfalz neu konzipiert. Er ermöglicht Ihnen, liebe Schülerinnen und Schüler, die zentralen Inhalte und Kompetenzen des Faches anhand vieler Beispiele aus Ihrem Leben und Ihrer Umgebung zu erwerben. Für Ihre Lehrerinnen und Lehrer ist das Buch eine Hilfe, einen modernen und binnendifferenzierten Unterricht zu verwirklichen.

## 1 Kapitelaufaktseiten

Jedes Kapitel beginnt mit einer Auftaktdoppelseite. Eine Materialseite und offene Aufgaben ermöglichen Ihnen eine erste Annäherung an die Inhalte des neuen Kapitels. Dabei können Sie auch zeigen, was Sie bereits über das Thema wissen. Ein kurzer Einführungstext, welcher mit den Spannungsfeldern für das Kapitel startet, hilft ihnen außerdem, einen Überblick zu erhalten. Schließlich erfahren Sie, welche Leitfragen das Kapitel vor allem beantworten wird.



## 2 Einführung in die Unterkapitel

Jedes Unterkapitel beginnt mit einer knappen Einführung. In der Rubrik „Zum Thema“ werden Sie an das jeweilige Thema herangeführt. Hier erfahren Sie, was das zu behandelnde Problem auf den nachfolgenden Seiten ist und mit welchen Themen es bearbeitet werden kann. Im Anschluss an die thematische Hinführung beginnt jedes Unterkapitel mit einem Einstiegsmaterial und entsprechenden Einstiegsaufgaben. Diese gewährleisten einen motivierenden und problemorientierten Auftakt für den Unterricht.

## 3 Aufbau der Unterkapitel

Durch die Arbeit mit dem Materialenteil und den speziell ausgewiesenen Methoden- und Workshopseiten schulen Sie Ihre Analyse-, Urteils-, Handlungs- und Methodenkompetenzen. Die sorgfältig ausgewählten Quellen zeigen unterschiedlichste Perspektiven und vertiefen die zentralen Themenaspekte. Die Aufgaben am Ende jedes Unterkapitels zeigen Ihnen, wie Sie das Thema mittels der Materialien erarbeiten können, wobei die Aufgaben in der Regel eine konkrete Handlungsanweisung (Operator) enthalten. Zudem unterstützen die Angebote **H** (Hilfe) und **F** (Fordern) in der Randspalte zu den Aufgabenkästen bei der Bearbeitung der Aufgaben und ermöglichen dadurch einen binnendifferenzierenden Unterricht.



#### 4 Kapitelabschluss

Die Rubrik „Wissen kompakt“ am Ende der Unterkapitel hilft Ihnen, das erworbene Wissen in Bezug auf wichtige Begriffe zu sichern. Die QR- und Mediacodes führen zu interaktiven Übungen, mithilfe derer Sie das erlangte Wissen selbstständig mittels eines digitalen Endgeräts überprüfen können.

Die letzte Doppelseite eines jeden Kapitels „Kompetenzen anwenden“ ermöglicht es Ihnen sich auf eine anstehende Kursarbeit vorzubereiten.

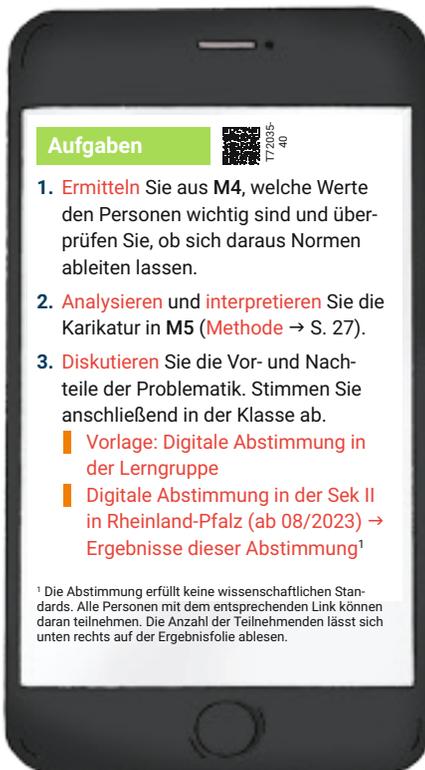
#### 5 Selbstgesteuertes Lernen

Im Unterricht für Sozialkunde sollen Sie nicht nur einfach Fakten auswendig lernen und wiedergeben. Vielmehr geht es darum, dass Sie als mündige Bürgerinnen und Bürger am Leben in einer Demokratie teilhaben und es aktiv mitgestalten können. Mit der Rubrik „Politik aktiv“ können Sie aktiv politische Produkte erstellen oder z. B. Simulationen durchführen und so das Gelernte weiter vertiefen und anwenden.

Die Rubrik „**Sie als Bürger:in ...**“ lädt Sie dazu ein, sich mit Ihren erlernten Kompetenzen als mündige Bürgerin bzw. mündiger Bürger aktiv einzubringen.

#### 6 Methodenkarten

„Politik & Co. Sek II“ bietet Ihnen eigens konzipierte Methodenkarten, um einzelne Themen und Aufgaben besser bearbeiten zu können. Die Fach- und Bearbeitungsmethoden in den Kapiteln und im Methodenglossar ab S. 585 stärken die Methodenkompetenz.



#### 7 Digitale Aufgabenkästen

„Politik & Co. Sek II“ gibt allen Aufgabenkästen einen „digitalen Zwilling“. Mithilfe der QR- und Mediacodes in den Kopfzeilen der Aufgabenkästen können die jeweiligen Aufgaben digital abgerufen werden. Diese digitalen Aufgaben sind identisch mit den jeweiligen Aufgaben im Schulbuch, bieten aber folgenden Mehrwert:

- Digitale interaktive Anwendungen zu den Aufgaben: Aufgaben aus dem Schulbuch werden um digitale, interaktive Anwendungen (z. B. Abstimmungen, Wortwolken, Rankings, ...) erweitert. Diese digitalen Anwendungen sind sowohl im Klassenraum (z. B. moderiert durch die Lehrkraft) als auch im ganzen Bundesland Rheinland-Pfalz (moderiert durch den Verlag) möglich. Mit anderen Worten: Die digitalen interaktiven Anwendungen ermöglichen einen anonymen Vergleich in der Klasse – und im Bundesland.
- Operatoren- und Methodenkarten werden zu den jeweils passenden Operatoren und Methoden verlinkt. Mithilfe von digitalen Endgeräten können somit wichtige Verständnis-, Strukturierungs- und Formulierungshilfen für einzelne Operatoren oder Methoden angeschaut und direkt an der Aufgabe, ohne blättern zu müssen, genutzt werden.
- Formulierungshilfen o.ä. ermöglichen eine Differenzierung in den Aufgaben.

### 8 Aktualitätendienst

Zahlreiche Schaubilder, Tabellen und Diagramme werden regelmäßig aktualisiert und stehen mit Hilfe eines QR- und Mediacodes neben der jeweiligen Grafiküberschrift kostenfrei zum Download zur Verfügung. Die Grafiken sind wie folgt konzipiert:

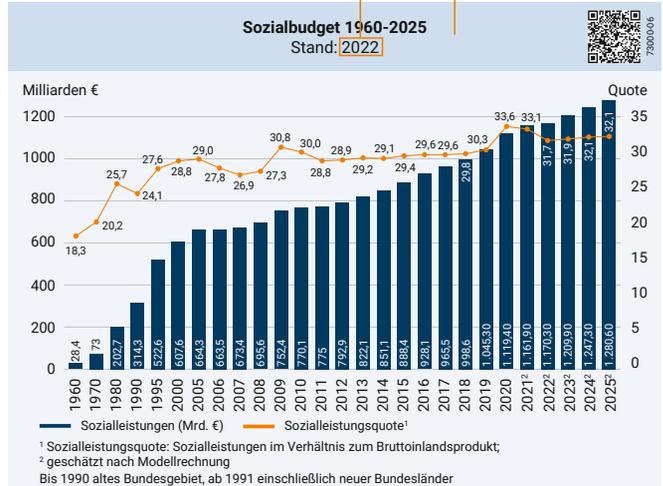
- Unter der Grafiküberschrift findet sich der jeweilige Stand der Grafik-Aktualisierung, z. B. „Stand: 2022“. Dieser Stand zeigt immer die letzte Datenüberprüfung an.
- Die Quellenangabe unter der Grafik informiert über den jeweiligen Datenerhebungszeitpunkt.

*Lesebeispiel zur nebenstehenden Grafik: Die Daten stammen vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales aus dem Jahr 2021. Die letzte Datenüberprüfung, ob es neuere Daten gibt, fand im Jahr 2022 statt.*

Weitere Informationen zum Aktualitätendienst finden sich im nebenstehenden QR- und Mediacode.



Letzte Überprüfung nach aktuellsten Daten



Datenerhebungszeitraum

### 9 Allgemeine Hinweise

- Das Methodenglossar am Ende des Buches bietet Ihnen einen Überblick über wichtige Methoden, um die Aufgaben besser bearbeiten zu können.
- Das Register zum Auffinden von Querverweisen kann ein wichtiges Hilfsmittel sein und das selbstständige Arbeiten mit dem Buch erleichtern.
- Eigens für das Lehrbuch erstellte Zusatzmaterialien oder Erklärfilme können Sie auf der Verlagshomepage (www.ccbuchner.de) kosten- und werbefrei jederzeit abrufen. Mithilfe von Mediacodes können Sie sie entweder direkt (Quick-Response-Code ↔ Smartphone/Tablet) oder über die Eingabe des jeweiligen Mediacodes in das Suchfeld der Verlagshomepage beziehen.
- Geschlechtergerechte Sprache: Die Reihe „Politik & Co. Sek II“ lebt Vielfalt und Gleichheit unabhängig von Alter, Herkunft, Handicap, sexueller Orientierung, Geschlecht und individueller Identität. Daher wurde auch eine geschlechtergerechte Sprache verwendet. Eine Ausnahme stellen Quellen dar, die in ihrer original-sprachlichen Form belassen wurden. Sie bezieht aber selbstverständlich auch alle Menschen mit ein.
- Materialien ohne Quellenangaben sind von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern verfasst.
- Sofern bei Materialien aus dem Internet kein Verfasserdatum ermittelt werden konnte, wird das „Abrufdatum“ genannt.
- Die URL/vollständigen Internetadressen aller verwendeten Materialien aus dem Internet können Sie über den nebenstehenden QR- und Mediacode einsehen.

QR- und Mediacodes in Politik & Co. Sek II – Rheinland-Pfalz



URL aller verwendeten Materialien aus dem Internet



# Karikaturenallye: der Sozialstaat in der Krise?

## 1 Die Sozialsysteme in Deutschland



Karikatur: Thomas Plafmann, 13.04.2021

## 2 Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)



Karikatur: Schwarwel, 17.03.2014

## 3 Wohnungsnot und Mietpreise



Karikatur: Thomas Plafmann, 30.07.2020

## 4 Soziale Gerechtigkeit



Karikatur: Klaus Stuttmann, 16.07.2010

## 5 Finanzierung des Sozialstaates



Karikatur: Walter Hanel, 2004

## 6 Altersarmut in Ost und West



Karikatur: Schwarwel, 25.11.2016

# Herausforderungen des Sozialstaates

## Zwischen sozialer Gerechtigkeit und Finanzierbarkeit

Trotz des Wohlstandes in unserer Gesellschaft birgt unser Leben enorm viele Risiken. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann unvorhersehbar von Arbeitslosigkeit, Einkommensausfällen, Krankheit oder dem Tod von Angehörigen betroffen sein. Dann droht Armut, weil man nicht mehr von der eigenen Arbeit oder durch die Unterstützung der Familie leben kann. Um diese Lebensrisiken abzumildern, wurde in der Bundesrepublik Deutschland der Sozialstaat kontinuierlich ausgebaut. Zahlreiche Gesellschaftsgruppen wie Arbeitslose, Rentbeziehende oder Menschen mit geringem Verdienst erhielten verstärkt staatliche Leistungen. Neben dem „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit hat der Ausbau des Sozialstaates einen wesentlichen Beitrag zur Legitimität der Demokratie in unserem Land geleistet. In Artikel 20 Absatz 1 unseres Grundgesetzes steht: „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.“ Durch dieses Verfassungsprinzip verpflichtet sich der Staat grundsätzlich dazu, für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen und die Verantwortung für den Schutz der sozial Schwachen zu übernehmen. Wie weit jedoch der Staat eingreifen soll, um diese Ziele zu erreichen, ist in der Gesellschaft und politisch umstritten. In diesem Kapitel werden Sie sich intensiv mit grundlegenden Prinzipien des Sozialstaates und dem System der sozialen Sicherungen beschäftigen. Dabei werden Sie die Finanzierungsprobleme unseres Sozialstaates aufgrund des demographischen Wandels und der Transformation der Gesellschaft durch die Digitalisierung und den Klimawandel bearbeiten und die Zukunft des Sozialstaates beurteilen.

### Leitfragen

1. Erfüllt der Sozialstaat in Deutschland noch seine grundlegenden Aufgaben der Armutsbekämpfung und Ungleichheitsvermeidung?
2. Welche Ziele verfolgen die verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Modelle?
3. Soll der Staat weniger oder stärker in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen, um der sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft entgegenzuwirken?
4. Wie können sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig gestaltet und finanziert werden?
5. Was verstehen Sie unter sozialer Gerechtigkeit (Leistungs-, Chancen- oder Bedarfsgerechtigkeit)?

### Aufgaben



1. Der Kurs wird in sechs Arbeitsgruppen aufgeteilt, jede Gruppe erhält eine andere Karikatur ( 1 - 6 ). Analysieren Sie die Ihrer Gruppe zugewiesene Karikatur mit Hilfe der Methodenkarte auf S. 18. (Zeit: 7 Min.)
2. Bearbeiten Sie danach kurz die anderen Karikaturen (Zeit: pro Karikatur 2 Min.). Formulieren Sie in dieser Karikaturenrallye zu jeder weiteren Karikatur knapp die Kernaussage bzw. eine zentrale Fragestellung.
3. Stellen Sie die Interpretation Ihrer Karikatur aus Aufgabe 1 im Kurs vor. Erarbeiten Sie danach zur Unterrichtsreihe „Sozialstaat im Wandel“ ein gemeinsames Tafelbild.

# METHODE

## Karikaturen interpretieren

Die Karikatur ist eines der beliebtesten Medien der politischen Kommunikation. Sie stellt ein aktuelles politisches Problem überspitzt dar. Die Karikaturistin bzw. der Karikaturist bezieht durch die ironische bzw. entlarvende Darstellung in der Regel kritisch Stellung und fordert die Betrachtenden heraus, sich selbst eine Meinung zum dargestellten Problem zu bilden. Um eine Karikatur vollständig zu erfassen, ist neben Vorwissen über den behandelten Sachverhalt ein strukturiertes Vorgehen bei der Interpretation nötig:

### 1 Beschreibung

- Wer hat die Karikatur gezeichnet? Wann und wo ist sie erschienen? (falls vorhanden)
- Wie ist die Karikatur aufgebaut (Bild/Text/Überschrift/Unterschrift)?
- Was ist in der Karikatur zu sehen (Personen, Gegenstände, Umgebung...)?  
Wie werden diese Elemente dargestellt?
- Welche sonstigen Einzelheiten sind auf der Karikatur zu erkennen?

Dekorative Elemente (z. B. Wolken am Himmel) oder unwichtige Details (z. B. Zahl der Jackenknöpfe) müssen nicht angesprochen werden. Alles, was im nächsten Schritt einer Erklärung würdig ist, muss aber bereits hier beschrieben worden sein!



### 2 Erklärung

- Wie lassen sich die beschriebenen Bildelemente erklären?
- Zu welchem politischen Problem nimmt die Karikaturistin/der Karikaturist Stellung?
- Welche Haltung nimmt die Karikaturistin/der Karikaturist gegenüber dem Dargestellten ein?
- Welche Lösungsmöglichkeiten des Problems sind in Bild und Realität denkbar?

Bei diesem zentralen Punkt der Interpretation wird bereits erworbenes Wissen angewendet, um die Symbolik und den „Witz“ der Karikatur aufzudecken. Die Erklärung muss so umfassend sein, dass eine Person ohne Vorkenntnisse die Karikatur ebenfalls verstehen kann.



### 3 Bewertung

- Ist die künstlerische Gestaltung der Karikatur geeignet, die Haltung der Karikaturistin/des Karikaturisten abzubilden?
- Worin ist der Karikaturistin/ dem Karikaturisten zuzustimmen?
- Was ist ihr/ihm entgegenzuhalten?

Die argumentative Auseinandersetzung mit dem dargestellten politischen Problem und die abschließende eigene Positionierung dazu sind von zentraler Bedeutung. Dies ist aber nur zu leisten, wenn die Karikatur bereits in Beschreibung und Erklärung vollständig erfasst wurde.

Formulierungshilfen  
zu den verschiedenen  
Schritten



T72035-06

## 6.1 Der Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit

### 6.1.1 Soziale Gerechtigkeit: eine angemessene Leistungsbelohnung oder eine möglichst gleiche Güterverteilung?

**Zum Thema:** Politische Entscheidungen werden oft auf der Grundlage eines subjektiven Gerechtigkeitsempfindens beurteilt. Allerdings verändern sich diese Bewertungen je nach Perspektive und zugrundeliegendem Gerechtigkeitskonzept. Sie setzen sich ausgehend von Ihren eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen mit den verschiedenen Konzepten der sozialen Gerechtigkeit auseinander und diskutieren, ob diese sich ergänzen oder gegenseitig in einem Zielkonflikt stehen. Was ist für Sie „gerecht“?

#### M1 Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland



Fast jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut. Vor der Essener Tafel stehen Kunden vor der Ausgabestelle.



Die Austernbar im Kaufhaus des Westens in Berlin (KaDeWe). Im sechsten und siebten Stock befindet sich mit 34.000 Artikeln auf 7000 m<sup>2</sup> die größte Feinkostabteilung Europas.

#### Was ist Armut?

Absolute Armut besteht, wenn eine Person über ein Einkommen unterhalb des Existenzminimums verfügt und somit ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen kann. Diese Armutsschwelle liegt nach Angaben der Weltbank bei 1,90 US-Dollar pro Tag. Nach dem europäischen Sozialbericht liegt der Grenzwert für relative Armut bei 50 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung. Jedoch wird bereits bei einem Einkommen unter dem Schwellenwert von 60 Prozent von einem starken Armutsrisiko ausgegangen.

*Bearbeiter*

#### Einstiegsaufgaben



T72035-07

1. Beschreiben Sie die Bilder und setzen Sie **1** zu **2** in Beziehung.
2. Formulieren Sie unter Berücksichtigung der Bilder eine eigene Definition für soziale Gerechtigkeit.

## M2 Der Begriff soziale Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist das zentrale Prinzip, an dem sich das Recht in der Bundesrepublik Deutschland orientiert. Die Würde und die Gleichheit des Menschen werden dabei häufig als Kern der Gerechtigkeit angesehen. Das wichtigste Ziel des Sozialstaates ist es, soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft zu erreichen und somit den Bürgerinnen und Bürgern eine größtmögliche Absicherung vor Lebensrisiken zu gewährleisten. Gerechtigkeit ist aber kein objektiver und messbarer Begriff. Was die Bürgerinnen und Bürger konkret unter sozialer Gerechtigkeit verstehen, ist umstritten. Die konkrete Gerechtigkeitsvorstellung ergibt sich aus der jeweiligen politischen Perspektive. Das liberale Bürgertum fordert häufig Leistungsgerechtigkeit im freien Wettbewerb des Marktes

(Freiheit). Durch den Fortschritt und den Anstieg des allgemeinen Wohlstandes profitieren aus seiner Sicht alle Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft. Die Sozialdemokratie fordert hingegen mehr Chancen für Benachteiligte und die angemessene Befriedigung von Grundbedürfnissen aller Menschen in der Gesellschaft (Solidarität). Unabhängig von den unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen ist es jedoch zentral, wie die Bevölkerung die sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft wahrnimmt, welche Konzepte zur Sicherung des sozialen Friedens präferiert werden und sich folglich im demokratischen Wettbewerb durchzusetzen vermögen.

*Bearbeiter*

## M3 Umfrage zur sozialen Gerechtigkeit

	Soziale Gerechtigkeit herrscht vor, ...	stimme zu	stimme nicht zu	weiß nicht
1	wenn die Person mehr verdient, die mehr leistet.			
2	wenn alle Kinder die Schulbücher vom Staat bezahlt bekommen.			
3	wenn Reiche einen Zusatzbeitrag zahlen müssen.			
4	wenn der Staat dafür sorgt, dass jede und jeder eine bezahlbare Wohnung hat.			
5	wenn der Staat jedem/jeder Bürger:in ein Grundeinkommen von 1000 Euro garantiert.			
6	wenn alle Menschen in der Gesellschaft die gleiche medizinische Versorgung erhalten.			
7	wenn politische Entscheidungen keine Generation oder Bevölkerungsschicht benachteiligt oder bevorzugt.			
8	wenn Bürgerinnen und Bürger auch einen schlecht bezahlten Job annehmen, um ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.			

*Bearbeiter*

## M4 Konzepte sozialer Gerechtigkeit (Stefan Hradil)

Vorstellungen von Leistungsgerechtigkeit fordern, dass Menschen so viel erhalten sollen (Lohn, Schulnoten, Lob etc.), wie ihr persönlicher Beitrag und/oder ihr Aufwand für die jeweilige Gesellschaft ausmachen. Konzepte der Leistungsgerechtigkeit sehen also ungleiche Belohnungen vor, um die Menschen für ungleiche Bemühungen und ungleiche Effektivität zu belohnen, sie zur weiteren Anstrengung zu motivieren und so für alle Menschen bessere Lebensbedingungen zu erreichen.

Vorstellungen von (Start-)Chancengerechtigkeit zielen darauf ab, dass alle Menschen, die im Wettbewerb um die Erlangung von Gütern und die Vermeidung von Lasten stehen, die gleichen Chancen haben sollen, Leistungsfähigkeit zu entwickeln und Leistungen hervorzubringen. Das Konzept der Chancengerechtigkeit bezieht sich also nicht auf das Ergebnis, sondern auf die Ausgestaltung von Leistungswettbewerb. Unterstellt werden ungleiche Verteilungsergebnisse. Die Vorstellung von Chancengerechtigkeit hat nur dann einen Sinn, wenn Chancen bestehen, mehr oder weniger große Erfolge zu erzielen (zum Beispiel das Abitur, statt einen Hauptschulabschluss zu absolvieren). [...]

Als bedarfsgerecht gelten Verteilungen, die dem „objektiven“ Bedarf von Menschen entsprechen, insbesondere ihren Mindestbedarf berücksichtigen. Empirisch vorzufinden ist Bedarfsgerechtigkeit zum Beispiel in

den unterschiedlichen Steuerklassen des Einkommenssteuerrechts. Hinter diesem Konzept steht die Einsicht, dass Chancen- und Leistungsgerechtigkeit nicht in der Lage ist, dem jeweiligen Bedarf der nicht Leistungsfähigen, das heißt der Kranken, Alten, Kinder etc. gerecht zu werden.

Dem Konzept der egalitären Gerechtigkeit zufolge sollen Güter und Lasten möglichst gleich verteilt werden. In einer abgeschwächten Version dieser Gerechtigkeitsvorstellung werden auch Verteilungen von Gütern und Lasten, die gewisse Bandbreiten der Ungleichheit nicht überschreiten, als gerecht angesehen. Empirisch äußern sich egalitäre Gerechtigkeitsvorstellungen zum Beispiel in der Kritik an bestimmten Managergehältern allein aufgrund ihrer enormen Höhe oder an der Erwartung, dass eine „gerechte“ Gesundheitsversorgung für alle Menschen gleich gut sein müsse. [...]

Konzepte der „Globalen Gerechtigkeit“ sind [...] auf alle Menschen unseres Planeten gerichtet. Forderungen nach „Generationengerechtigkeit“ erstrecken sich auf die Güter- und Lastenverteilung der heute lebenden Generationen wie auch der kommenden. Die Konzepte einer globalen und einer intergenerationalen Gerechtigkeit stellen keine neuen Gerechtigkeitsarten, sondern Maßstabsveränderungen bisheriger Gerechtigkeitsverständnisse dar.

*Hradil, Stefan: Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2012*

### Aufgaben



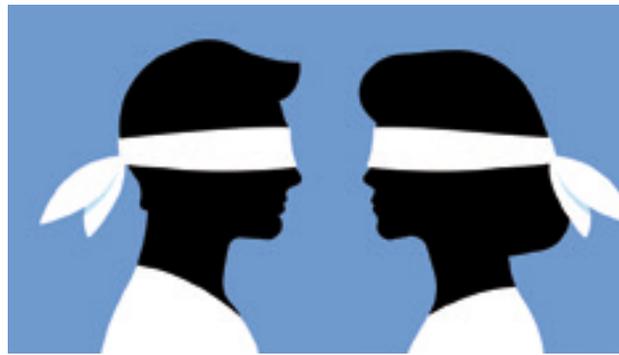
1. Erläutern Sie, was unter sozialer Gerechtigkeit verstanden werden kann (M2).
2. Bearbeiten Sie die Umfrage (M3) und vergleichen Sie Ihre Ergebnisse im Kurs.
3. Gliedern Sie den Text in M4 in geeignete Sinnabschnitte. Erstellen Sie ein Schaubild, indem Sie die Dimensionen der Sozialen Gerechtigkeit strukturiert darstellen (→ Methodenkarte S. 203).
4. Ordnen Sie Ihre Einschätzungen der Umfrage (M3) einem Konzept der Sozialen Gerechtigkeit (M4) zu. Begründen Sie Ihre Zuordnung.
5. Prüfen Sie am Beispiel der Lehrmittelfreiheit für einkommensschwache Familien, ob die verschiedenen Dimensionen der Sozialen Gerechtigkeit miteinander vereinbar sind?
6. Ist es zumutbar, dass arbeitslose Bürgerinnen und Bürger dazu verpflichtet werden, jede angebotene Stelle annehmen zu müssen? Beurteilen Sie diese Frage unter Berücksichtigung der Kategorien Selbstverantwortung/Leistungsgerechtigkeit und Solidarität/Chancengerechtigkeit.

**Lehrmittelfreiheit** bedeutet in Rheinland-Pfalz, dass Lehr- und Schulbücher auf Antrag vom Staat kostenlos bereitgestellt werden.

## 6.1.2 Theorien sozialer Gerechtigkeit: Wie kann eine gerechte Gesellschaft erreicht werden?

**Zum Thema:** In diesem Kapitel setzen sie sich mit den wohl einflussreichsten Gerechtigkeitstheorien des 20. Jahrhunderts auseinander. Dabei vergleichen Sie die Theorie von John Rawls (Liberalismus) mit den Gerechtigkeitstheorien von Robert Nozick (Libertarismus). Auf der Grundlage dieser beiden Klassiker der politischen Theorien sollen Sie ein eigenes Gerechtigkeitstheoriekonzept für unsere Gesellschaft entwickeln.

### M5 Ein Gedankenexperiment: der Schleier des Nichtwissens (John Rawls)



Stellen sie sich vor, sie leben in einem gesellschaftlichen Zustand, in dem niemand sein Einkommen, Beruf, soziales Umfeld (Familie) und seine körperlichen und geistigen Fähigkeiten (Alter, Geschlecht, geistige und körperliche Fähigkeiten) kennt.

Alle Personen in dieser Gesellschaft befinden sich hinter einem sogenannten „Schleier des Nichtwissens“ und sind somit in der gleichen Lage. Niemand wird durch seine Herkunft oder natürlichen Veranlagungen bevorzugt oder benachteiligt.

Aus dieser Situation heraus verhandeln sie mit anderen Gesellschaftsmitgliedern über die Grundsätze der Gerechtigkeit. Was soll in dieser Gesellschaft gerecht sein? Dabei haben willkürliche Zufälligkeiten und gesellschaftliche Verhältnisse keinen Einfluss auf die Entscheidung.

*Bearbeiter, nach: Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Übersetzt von Hermann Vetter. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1979, S. 28 f. und S. 81 (Rechtschreibung vom Bearbeiter angepasst)*

#### Einstiegsaufgaben



1. Fassen Sie die hypothetische Situation in M5 mit eigenen Worten zusammen.
2. a) Einzelarbeit: Formulieren Sie fünf Grundsätze einer gerechten Gesellschaft. Bedenken Sie, dass Sie sich unter dem Schleier des Nichtwissens befinden.
- b) Tandemarbeit: Einigen Sie sich mit einem anderen Mitglied des Kurses auf fünf gemeinsame Grundsätze (5 Minuten).
- c) Vierergruppe: Je zwei Paare einigen sich auf fünf gemeinsame Grundsätze.
- d) Jede Vierergruppe entsendet ein Mitglied in einen Fishbowl (→ Methodenglossar). Einigen Sie sich auf fünf Grundsätze, die den Konsens für den ganzen Kurs bilden sollen.

## M6 Eine Theorie der Gerechtigkeit nach John Rawls

### a) Der Gesellschaftsvertrag



Wir wollen uns also vorstellen, dass diejenigen, die sich zur gesellschaftlichen Zusammenarbeit vereinen wollen, in einem gemeinsamen Akt die Grundsätze wählen,

nach denen Grundrechte- und Grundpflichten und die Verteilung der gesellschaftlichen Güter bestimmt werden. Die Menschen sollen im Vorraus entscheiden, wie sie ihre Ansprüche gegeneinander regeln wollen und wie die Gründungsurkunde ihrer Gesellschaft aussehen soll. Ganz wie jeder Mensch durch vernünftige Überlegung entscheiden muss, was für ihn das Gute ist, d. h. das System der Ziele, die zu verfolgen für ihn vernünftig ist, so muss eine Gruppe von Menschen ein für alle Mal entscheiden, was ihnen als gerecht und ungerecht gelten soll. Die Entscheidung, die vernünftige Menschen in dieser theoretischen Situation der Freiheit und Gleichheit treffen würden, bestimmt die Grundsätze der Gerechtigkeit.

**John Rawls** (1921 – 2002) war ein amerikanischer Philosoph und Professor an der Havard-Universität. 1971 veröffentlichte er sein Grundlagenwerk „A Theorie of Justice“

### b) Gerechtigkeitsprinzipien nach John Rawls

1 „Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreiche System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist.“

2 „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit sind so zu gestalten, dass a) vernünftigerweise zu erwarten ist, dass sie zu jedermann Vorteil dient, und b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedermann offen stehen.“

*Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Übersetzt von Hermann Vetter. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1979, S. 28 f. und S. 81 (Rechtschreibung vom Bearbeiter angepasst)*

## M7 Die Gerechtigkeitstheorie nach Robert Nozick

### a) Die Rolle des Staates



Der amerikanische Philosoph Robert Nozick gilt als einer der einflussreichsten Autoren der modernen Gerechtigkeitstheorie. Mit seinem Hauptwerk *Anarchy, State, and Utopia* aus dem Jahr 1974 lieferte Nozick eine philosophische Begründung des Minimal- oder Nachtwächterstaates – auch als Gegenentwurf zu Rawls' drei Jahre zuvor erschienener *Theory of Justice* (1971), welche zwar ebenfalls dem Liberalismus zugerechnet werden kann, doch auch deutliche egalitäre Züge aufweist. Den Gerechtigkeitsprinzipien von Rawls, wie auch allen anderen klassi-

**Robert Nozick** (1938 – 2002) war ein amerikanischer Philosoph und Professor an der Havard-Universität. Sein 1974 veröffentlichtes Buch „Anarchy, State and Utopia“ war eine libertäre Antwort auf John Rawls Theorie der Gerechtigkeit.

- 15 schen Verteilungsprinzipien, setzt Nozick nun seine „Anspruchstheorie“ (*entitlement theory*) der Gerechtigkeit gegenüber: Danach sei eine Güterverteilung gerecht, wenn jedem diejenigen Besitztümer zu-
- 20 stünden, die er sich entweder rechtmäßig ursprünglich angeeignet hat oder die ihm rechtmäßig übertragen wurden. Da diese Anspruchstheorie nur auf einer Kette rechtmäßiger Eigentumsübertragungen
- 25 beruhe, handele es sich um eine rein „historische“ Betrachtung. Nozick hält diese für vorzugswürdig, da sie – anders als jede andere Theorie, welche eine Umverteilung vorsehe – nicht notwendig zu kontinuier-
- lichen Eingriffen in die Eigentumsrechte führe. Da Nozick als sogenannter Libertarier die negative Freiheit des Einzelnen, also das Absehen von möglichst jeglichem Eingriff des Staates in die Autonomie der Bürger, als wichtigsten Wert betrachtet, der in einem Gemeinwesen zu verfolgen ist, kommt er auch zu der Schlussfolgerung, dass der Staat auf minimale Funktionen beschränkt werden solle, d. h. im Wesentlichen auf den Schutz vor Gewalt, Diebstahl und Betrug sowie auf die Durch-
- 30 setzung von Verträgen.
- 35  
40
- Mahlmann, Matthias: Einführung in die Rechtswissenschaft.*

### b) Drei Prinzipien der Gerechtigkeit nach Robert Nozick

- 1 „Wer ein Besitztum im Einklang mit dem Grundsatz der gerechten Aneignung erwirbt, hat Anspruch auf dieses Besitztum.“
- 2 „Wer ein Besitztum im Einklang mit dem Grundsatz der gerechten Übertragung von jemanden erwirbt, der Anspruch auf das Besitztum hat, der hat Anspruch auf das Besitztum.“
- 3 „Ansprüche auf Besitztümer entstehen lediglich durch (wiederholte) Anwendung der Regel 1. und 2. (...) Alles, was aus gerechten Verhältnissen auf gerechte Weise entsteht, ist selbst gerecht.“

*Nozick, Robert: Anarchie, Staat, Utopie. Übersetzt von Hermann Vetter. München: Moderne Verlagsgesellschaft 1974, S. 144*

### Aufgaben



1. Fassen Sie John Rawls Theorie der Gerechtigkeit mit eigenen Worten zusammen (M6a und M6b).
2. Vergleichen Sie Rawls Ausführungen mit Ihren eigenen Grundsätzen einer gerechten Gesellschaft zu M5.
3. Erläutern Sie die Kritik Robert Nozick an der Theorie der Gerechtigkeit nach John Rawls (M7a und M7b).
4. Entwickeln und simulieren Sie ein fiktives Streitgespräch zwischen Rawls und Nozick. Gehen Sie dabei auf die unterschiedlichen Gerechtigkeitsgrundsätze der Theoretiker ein.

#### Sie als Bürger:in ...

schreiben einen Kommentar für eine überregionalen Zeitung zur Frage: Ist es gerecht, die Mehrwertsteuer auf Erdgas von 19% auf 7% zu senken. Stützen Sie die Argumente in Ihrem Kommentar auf einer der Gerechtigkeitstheorien.

#### H zu Aufgabe 4

Gerechtigkeitsgrundsätze können sein: Rechte und Pflichten des Bürgers gegenüber dem Staat, Begründung eines zulässigen Ausmaßes an Ungleichheit, Funktion des Staates, Finanzierbarkeit des Sozialstaates.

### 6.1.3 Grundlagen des sozialen Rechtsstaates: Dürfen Immobilienkonzerne in Berlin enteignet werden?

**Zum Thema:** In diesem Kapitel lernen Sie die grundlegenden Aufgaben des Sozialstaates kennen. Sie prüfen am Beispiel der Volksabstimmung über die Enteignung von Immobilienkonzernen in Berlin, inwiefern das Sozialstaatsprinzip mit dem Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes vereinbar ist.

#### M8 Der Volksentscheid in Berlin ...



Ein Plakat zur Enteignung der Immobilienkonzerne. Am Ende stimmten sogar 59,1 % der Berliner:innen für die Vergesellschaftung.

Insbesondere die Wohnungsgesellschaft „Deutsche Wohnen“, mit etwa 110.000 Wohnungen der größten Mietkonzern in Berlin, stand in der öffentlichen Kritik wegen permanenter Mieterhöhungen. Dies war der Anlass zur Namensgebung der Berliner Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, die sich für die Vergesellschaftung großer Wohnungsgesellschaften einsetzte. Im September 2021 forderten 59,1 Prozent der abstimmenden Einwohnerinnen und Ein-

wohner Berlins den Senat per 15 Volksentscheid auf, Immobilienkonzerne zu enteignen, die mehr als 3000 Wohnungen besitzen. In Berlin sollten nach dem Volksentscheid 240.300 Wohnungen in eine „Anstalt des öffentlichen Rechtes“ überführt werden. Im Nachgang zu dieser Entscheidung kam es in Deutschland zu einer scharfen Kontroverse, ob solche Enteignungen mit den Vorgaben des Grundgesetzes vereinbar sind. 20 25

*Bearbeiter*

#### Enteignung

bezeichnet den Entzug des Eigentums an einer beweglichen oder unbeweglichen Sache durch den Staat. Sie hat im Rahmen der Gesetze und gegen Entschädigungszahlungen zu erfolgen. Gemäß Art. 14 GG hat jeder Bürger ein Anspruch auf Eigentum, dass aber gleichzeitig dazu verpflichtet, dem Allgemeinwohl zu dienen.

#### Anstalt des öffentlichen Rechts

Eine mit Sachmitteln und Personal ausgestattete juristische Person des öffentlichen Rechts (z. B. Bund, Länder, Gemeinden, Religionsgemeinschaften), die von einem Träger der öffentlichen Verwaltung gehalten wird und dauerhaft einem öffentlichen Zweck dient.

#### Einstiegsaufgaben



T72035-11

1. Beschreiben Sie das Plakat zum Volksentscheid in Berlin (M8).
2. Nehmen Sie zur Frage begründet Stellung, ob Enteignungen von Mietkonzernen zur Bekämpfung des drastischen Mietpreisanstiegs gerechtfertigt sind.

## M9 Der soziale Rechtsstaat in der Bundesrepublik

**1** „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.“ (Artikel 20,1 GG). Dieser Artikel der Verfassung erteilt dem Staat die Aufgabe, für einen Ausgleich sozialer Gegensätze sowie für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen. Alle staatlichen Einrichtungen, Steuerungsmaßnahmen und Regelungen in Deutschland, mit denen Lebensrisiken und soziale Folgen der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung politisch bearbeitet werden, können somit als Sozialstaat definiert werden. Beim Sozialstaat kann auch von einer institutionellen Form der sozialen Sicherung gesprochen werden. Er schützt die Bürgerinnen und Bürger vor den Risiken einer modernen Leistungsgesellschaft, insbesondere vor Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Alter und Pflege. Weiterhin reduziert er die soziale Ungleichheit durch Maßnahmen, die auf eine Umverteilung von Gütern und Leistungen ausgerichtet sind (Redistribution).

**2** Die soziale Sicherung basiert dabei auf drei grundlegenden Elementen [...]: Dem Versicherungsprinzip, Versorgungsprinzip und Fürsorgeprinzip. Dagegen wird der in diesem Zusammenhang sehr häufig verwendete Begriff des Wohlfahrtsstaates nach Josef Schmid eher als Analysekategorie verwendet, um sozialstaatliche Aktivitäten von unterschiedlichen Staaten vergleichen zu können.

**3** Der Staat der Bundesrepublik Deutschland nimmt als Rechtsstaat und als Sozialstaat geradezu eine doppelte Rolle wahr (Sozialer Rechtsstaat). Das Rechtsstaatsprinzip hat eine abwehrende Wirkung und schützt die Bürgerin bzw. den Bürger vor Eingriffe der öffentlichen Ordnung in ihre bzw. seine Grundrechte. Der staatlichen Willkür werden somit Grenzen gesetzt und die Freiheitsrechte der einzelnen Person vom Staat geschützt. Dagegen fordert das Sozialstaatsprinzip aktive bzw. gestaltende Eingriffe des Staates in der Gesellschaft. Der Sozialstaat soll die Teilhabe der Menschen in einer Gesellschaft ermöglichen, indem er interveniert und notfalls mit Leistungen unterstützt. Heute wird der Sozialstaat aufgrund der Demographie und den ökonomischen Transformationsprozessen vor finanziellen Herausforderungen gestellt, die gesellschaftlich angenommen und politisch gestaltet werden müssen. Doch über die konkrete Ausgestaltung gibt es grundlegend unterschiedliche Auffassungen. Eine zentrale Frage der letzten beiden Jahrzehnte war: Soll dieser Sozialstaat durch mehr Eigenverantwortung der Bürger:innen oder stärkere staatliche Fürsorge bestimmt werden?

1: Basierend auf: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard: *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 7. Auflage. Wiesbaden: Springer VS 2013, S. 618 f.; 2: Schmid, Josef: *Sozialstaat. Eine Institution im Umbruch*. In: Hradil, Stefan (Hg.): *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*. Bonn: bpb 2012, S. 427–430; 3: Bearbeiter

## M10 Das System der sozialen Sicherung

### Bausteine der sozialen Sicherung in Deutschland

Pflegeversicherung (1995)	Asylbewerberleistungsgesetz (1993)	Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen	Betreuungsgeld
Arbeitslosenversicherung (1927)	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung/ Sozialhilfe (1961/2005)		Ausbildungsförderung
Rentenversicherung (1889)	Grundsicherung für Arbeitsuchende (2005)	Wohngeld	Zulage privater Altersvorsorge („Riester-Rente“)
Unfallversicherung (1884)	Kinder- und Jugendhilfe (1991)	Familienleistungsausgleich	Soziale Dienste
Krankenversicherung (1883)	Mindestsicherungssystem (Fürsorgeleistungen)	Kriegs- und Gewaltopfer	Gesundheitsbezogene Dienste
Gesetzliche Sozialversicherung		Versorgungsleistungen	Zusätzliche Sozialleistungen und Dienste (Auswahl)

Ein Schaubild zum sozialen Rechtsstaat



T72035-12

© C.C. Buchner Verlag, Datenquelle: bpb, 2015

## M11 Verschiedene Kommentare zum Volksentscheid

**1** „Ich bin sehr für starke soziale Leitplanken auf dem Immobilienmarkt. Nicht umsonst haben so viele Menschen für Enteignungen gestimmt. Wer ihre Sorgen ernst nimmt, muss ehrlich sein: Durch Vergesellschaftung wird keine einzige neue Wohnung geschaffen. Ähnlich wie beim gescheiterten Mietendeckel geht es um die grundlegende Frage, ob wir weiter in einer freiheitlichen Gesellschaft leben wollen, in der privates Eigentum als wirtschaftliche Basis individueller Freiheit geschützt wird, oder ob wir zulassen, dass der Staat immer weiter in Freiheitsräume eingreift oder diese gar negiert.“

**Jan-Marco Luczak, CDU-Bundestagsabgeordneter für Berlin, hat 2020 in Karlsruhe erfolgreich gegen den Mietendeckel geklagt**

**2** Ich habe mich schon 2019 bei einer SPD-internen Abstimmung für die Vergesellschaftung von Wohnraum ausgesprochen. Als Volkswirtin geht es mir um Marktmacht: Je mehr Wohnungen in öffentlicher Hand sind, desto mehr Einfluss hat der Staat auf die Mieten – und damit auch auf das Ziel, dass sich Normal- und Geringverdienende das Leben in der Innenstadt leisten können. Um das zu erreichen, ist Neubau zwar der zentrale, aber nicht der einzige Baustein – dazu ist im Stadtstaat Berlin die wichtigste Ressource zu knapp: der Boden. Mindestens ebenso wichtig ist es in einem Spekulation-Hotspot wie der Hauptstadt, nicht vollständig die Kontrolle über Preise und Renditeerwartungen abzugeben.“

**Cansel Kiziltepe ist SPD-Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg. Dort stimmten 72,4 Prozent für die Enteignung.**

**3** „Ich wohne selbst bei einem der Kandidaten für die Enteignung und zahle eine Staffelmiete – die steigt seit acht Jahren jährlich um fast sieben Prozent. Dabei sollte sich das Eigentum an Wohnraum doch eigentlich an den Grundsätzen des Gemeinwohls orientieren statt an den Geschäftsinteressen von Immobilienkonzernen. Die spekulieren mit Wohnraum und tun alles, um die Ausschüttungen an ihre Aktionäre und Aktionärinnen zu erhöhen: Entmietung, unnötige Sanierungen, ständige Verkäufe und so weiter. Das kann so nicht weitergehen! Jetzt müssen wir den politischen Druck aufrechterhalten, damit dem Volksentscheid auch Taten folgen.“

**Jenny Stupka ist Mieterin und Aktivistin.**

**4** „In Berlin haben wir einige Erfahrungen mit Enteignungen, beispielsweise zu DDR-Zeiten hat es das schon gegeben, und wir haben gesehen, wohin das führte. Das jetzt wiederholen zu wollen ist gar keine gute Idee. Ich kann nur hoffen, dass ein neuer Senat sich gründlich mit dem Thema befasst, damit es nach dem Mietendeckel nicht zum nächsten Berliner Chaos kommt. Am Ende wird die Sache so oder so beim Bundesverfassungsgericht landen. Unsere Mitgliedsunternehmen, die die Hälfte aller Mietwohnungen in Berlin bereitstellen, sind jedenfalls alarmiert. Die ersten wollen sich mit Investitionen zurückhalten oder nur noch im Berliner Umland bauen.“

**Maren Kern ist Vorständin des BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V..**

### Vergesellschaftung

Die Überführung von privatem Grund, Boden, Natur oder Produktionsmittel in Formen des Gemeineigentums. Diese Vergesellschaftung kann durch Bodenreformen, Übergabe an Genossenschaften, Belegschaftsteilung etc. geschehen.

*Parnack, Charlotte/Rohwetter, Marcus: Der Hausnahmestand. In: www.zeit.de, 30.09.2021*

## M12 Verfassungsrechtliche Grundlagen zum sozialen Rechtsstaat

### Artikel 1

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (...).

### Artikel 3

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

#### Artikel 14

- (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
- (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
- (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

#### Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.

#### Artikel 20

Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.

### M13 Stellungnahme eines ehemaligen Verfassungsrichters

- Der ehemalige Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier ist der Meinung, dass es eine Frage des Gemeinwohls im Sinne des Grundgesetzes ist, dass Wohnen auch für den/die Durchschnittsbürger:in bezahlbar sein müsse. Aber dieses Ziel kann nach Papier mit viel milderem Mitteln als dem Entzug von Eigentum erreicht werden. Seiner Meinung nach ist eine Enteignung von Wohnungskonzernen rechtswidrig. 10
- Bearbeiter, basierend auf: chrs./dpa/Reuters: Ehemaliger Verfassungsrichter hält Enteignungen für unzulässig. In: www.faz.net, 20.04.2019*

#### Aufgaben



T72035  
13

1. Erklären Sie mit eigenen Worten die drei grundlegenden Elemente der sozialen Sicherung in Deutschland (M9 + M10). Erläutern Sie danach das Spannungsfeld zwischen Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit (M9 und QR-Code).
2. Arbeiten Sie aus den Stellungnahmen Argumente für bzw. gegen eine Enteignung der Immobilienkonzerne (M11) heraus. Führen Sie danach eine „Minidebatte“ zum Thema „Sollen Immobilienkonzerne in Berlin enteignet werden?“
3. Prüfen Sie, ob sich aus den Artikeln des Grundgesetzes (M12 + M13) eine Enteignung der Mietkonzerne in Berlin rechtskonform ableiten lässt.
4. Soll der Staat in die Eigentumsrechte eingreifen, um zum Schutz des Gemeinwohls das Wohnen für die Durchschnittsbürgerin bzw. den Durchschnittsbürger bezahlbar zu machen? Beurteilen Sie die Auffassung unter Berücksichtigung der Dimensionen Sozialpolitik und Rechtsstaatlichkeit.

#### Politik aktiv

Entwickeln Sie als Bürgermeister:in von Berlin ein politisches Konzept, um die Mietpreise in Ihrer Stadt für untere und mittlere Einkommen langfristig bezahlbar zu machen.

### 6.1.4 Sozialstaatliche Modelle: Ist es Aufgabe des Staates, verstärkt den sozialen Wohnungsbau zu fördern?

**Zum Thema:** Das sozialstaatliche Konzept der Bundesrepublik Deutschland ist grundlegend von der Frage geprägt, ob und inwieweit sich der Staat aktiv in die Gesellschaft einbringen soll, um soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit herzustellen oder ob und inwiefern dies die Aufgabe der individuellen Selbstverantwortung ist. Sie sollen dieses Spannungsfeld am Beispiel des Eingriffes in den sozialen Wohnungsbau analysieren und bewerten.

#### M14 Meinungen zum sozialen Wohnungsbau

##### a) Demonstration in Berlin



Eine Demonstration in Berlin gegen hohe Mietpreise und unbezahlbares Wohnen.

##### b) Stellungnahmen zum sozialen Wohnungsbau

In Deutschland stehen den Bürger:innen durchschnittlich 46 qm Wohnfläche zur Verfügung. Zwei Millionen Wohnungen stehen leer. Wir benötigen keinen sozialen Wohnungsbau.

In sechs Jahren sind die Mietpreise in den Städten um 34% gestiegen. Einkommensschwache Haushalte können sich keine bezahlbaren Wohnungen in den Städten mehr leisten.

*Bearbeiter*

#### Einstiegsaufgaben



T7Z035-14

1. Welche Stellungnahme (M14) überzeugt Sie am meisten? Begründen Sie Ihren Standpunkt.
2. Soll der Staat verstärkt den Sozialen Wohnungsbau insbesondere in Großstädten fördern? Positionieren Sie sich auf Basis Ihres derzeitigen Wissenstandes.

### M15 Die sozialstaatlichen Modelle

Idealtypisch kann von drei Sozialstaatsmodellen gesprochen werden. Der konservative Wohlfahrtsstaat in Kontinentaleuropa wurde sehr stark durch das Bismarck'sche Sozialversicherungsmodell des 19. Jahrhundert geprägt. Die Politik greift in diesem Modell aktiv in die Wirtschaft und Gesellschaft ein, aber eher zeitlich begrenzt und aus sozialpolitischen Motiven (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter). Umverteilung und der Ausgleich sozialer Ungleichheiten durch eine aktive Sozialpolitik sind nicht ausgeprägt. Die Höhe der Sozialleistungen (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung) orientiert sich dabei am jeweiligen Lohn und ist somit an den jeweiligen sozialen Status gebunden. Ziel ist die Sicherheit der Bürger:innen vor Lebensrisiken und dem Statusverlust.

Im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten, meist in den skandinavischen Län-

dern anzutreffen, wird eine allgemeine Versorgung der Bürger:innen mit hohen sozialstaatlichen Leistungen gewährleistet. Die sozialpolitischen Ziele der Arbeiterbewegung und sozialdemokratische Regierungsprogramme haben in diesem Modell ihren Niederschlag gefunden. Die Politik greift hier stark in die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt ein, um möglichst Vollbeschäftigung und soziale Gleichheit zu erzielen. Somit sind die Sozialabgaben meist sehr hoch, um ein möglichst hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit zu ermöglichen. Es wird allgemein eine Gleichheit der Bürger:innen auf einem sehr hohen Niveau angestrebt.

Das liberale Wohlfahrtsstaatsmodell der angelsächsischen Länder wie die USA, Großbritannien oder Kanada betont vor allem die Rolle des freien Marktes. In diesen Ländern haben die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie in der Regel einen eher untergeordneten Einfluss auf die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates. Der gesamte Sozialstaat wird in diesem Modell überwiegend steuerfinanziert. Soziale Transferleistungen sind meist niedrig und in der Regel bedürftigkeitsgeprüft. Die Anspruchsvoraussetzungen sind streng und die Anspruchsrechte eher niedrig. Ziel der Politik ist durch niedrige Steuern und einem dynamischen Arbeitsmarkt einen hohen privaten Wohlstand zu ermöglichen.

*Bearbeiter, basierend auf: Oschmiansky, Frank/Berthold, Julia: Wohlfahrtsstaatliche Grundmodelle. In: www.bpb.de, 28.02.2020*

#### Sozialpolitik im Kaiserreich

Die Entstehungsgeschichte des deutschen Sozialstaates reicht in das 19. Jahrhundert zurück, als im Kaiserreich der Staat mit politischen Maßnahmen auf die sogenannte Soziale Frage reagierte, die im Zusammenhang mit der Industrialisierung aufkam. Die damalige Gesellschaft war durch die Verelendung großer Teile der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung gekennzeichnet. Ein unregulierter Markt sowie die Folgen des Bevölkerungs- und Städtewachstums führten zu menschenunwürdigen Zuständen. In diesem Zusammenhang gab es erste Regierungsmaßnahmen unter dem Kanzler Bismarck zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ebenso wurden einzelne Zweige der gesetzlichen Sozialversicherungen ins Leben gerufen. Der Reichskanzler ergriff diese Maßnahmen nicht zuletzt zur Abwehr der immer stärker aufkommenden Sozialdemokratie.

*Bearbeiter*

### M16 Pro und Contra sozialer Wohnungsbau

*Etwa die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnen zur Miete. In den Großstädten sind es sogar 70% der Einwohner:innen. Aufgrund eines starken Mieterschutzrechtes, den Mietpreisbremsen, welche die Mietsteigerungen begrenzen sollen, und dem staatlich geförderten Wohnungsbau konnte die breite Bevölkerungsschicht lange Zeit mit genügend Mietwohnungen versorgt werden. Doch immer mehr Mieter:innen mit geringem Einkommen können sich trotz staatlicher Unterstützung teure Wohnungen nicht mehr leisten. Für 2020 bis 2024 sind nach Plänen der Bundesregierung dafür jeweils eine Milliarde Euro Fördergeld zur Unterstützung der Bundesländer vorgesehen.*

### A Positive Wirkung für alle (Tom Krebs)

Was kann die Politik tun, um die Wohnungsnot in den Städten zu lindern? Viele Ökonomen haben eine einfache Antwort: Vertraue auf den Markt und alles wird gut. Doch die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Empfehlung desaströse Konsequenzen für Gesellschaft und Wirtschaft haben kann. [...] [Externalitäten einer reinen Marktlösung verursachen] in Wechselwirkung mit bestehenden Einkommens- und Vermögensungleichheiten eine exzessive Segregation der Bevölkerung. Zum anderen ist Wohnraum nicht nur ein Konsumgut, sondern beeinflusst auch Produktivität und Bildungschancen. Fehlallokationen auf dem Wohnungsmarkt wirken sich daher negativ auf die Chancengleichheit und das wirtschaftliche Wachstum aus. [...] Ein klug konstruierter öffentlicher Wohnungsbau fördert sozial ausgewogene Wohnquartiere und verhindert so exzessive Segregation. [...] Und er hat drei weitere Vorteile im Vergleich zur Marktlösung kombiniert mit Wohngeld [...]. Erstens schafft er mehr bezahlbare Wohnungen für die gleiche Menge an Bauland. Zweitens ist er ein effizientes Mittel, spekulative Leerstände zu vermeiden und Mietpreisexlosionen zu begrenzen. Drittens reduziert er die ökonomische Ungleichheit und steigert gleichzeitig die gesamtwirtschaftliche Produktion – er schafft inklusives Wachstum. Die aktuelle Forschung zeigt, dass die positiven Auswirkungen einer gelungenen Wohnraumförderung auf die betroffenen Personen und die Gesamtwirtschaft erheblich sind.

### B Mehr öffentliche Mittel für den Bau? (Friedrich Breyer)

Der soziale Wohnungsbau weist zwar den Vorteil auf, dass er eine direkte Wirkung auf das Wohnungsangebot hat. Dem steht aber eine Reihe gravierender Nachteile gegenüber: So wird in den meisten Bundesländern die Berechtigung zum Bezug einer Sozialwohnung nur ein einziges Mal überprüft und auf die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe nach einem Anstieg des Haushaltseinkommens fast überall wegen des Verwaltungsaufwands verzichtet. [...] Eine neuere Studie [...] zeigte, dass ca. 23 % aller Mieter in Sozialwohnungen der oberen Hälfte (!) der Einkommensverteilung angehören – ein klarer Fall von Fehlsubventionierung. Noch wichtiger erscheint aber die Tatsache, dass es angesichts sich rasch ändernder gesellschaftlicher Trends wie der Landflucht der letzten Jahrzehnte kaum möglich sein wird, für alle einkommensschwachen Haushalte jeweils dort, wo sie hinziehen (müssen), rechtzeitig eine Sozialwohnung zu bauen. Die Bundesregierung will den Ländern in dieser Legislaturperiode 5 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Bei einem Zuschuss von 50 000 Euro pro Wohnung reicht dies gerade einmal für 100 000 Wohnungen [...] Sinnvoller wäre es, die Problemstellung aufzugliedern und jedes einzelne Problem mit geeigneten Instrumenten zu lösen: Es fehlt in Ballungsgebieten an Wohnraum; also sollten die Kommunen dort mehr Bauland ausweisen, und es fehlt vielen Haushalten an Kaufkraft; also sollten diese durch Wohngeld in die Lage versetzt werden, sich eine Wohnung am freien Wohnungsmarkt leisten zu können.

*Krebs, Tom/Beyer, Friedrich: Pro & Contra Sozialer Wohnungsbau. In: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. 98. Jahrgang. Heft 10. Hamburg: ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft 2018, S. 686 – 687*

## Aufgaben



172035-13

1. Stellen Sie die drei Modelle des Sozialstaates (M15) in einer Tabelle dar. Verwenden Sie dabei geeignete Kategorien zum Vergleich.
2. Entsprechen alle drei Modelle des Wohlfahrtstaats den sozialstaatlichen Forderungen unseres Grundgesetzes? Nehmen Sie begründet Stellung.
3. Ordnen Sie die beiden Stellungnahmen der Wirtschaftswissenschaftler (M16) jeweils begründet einem wohlfahrtsstaatlichen Modell (M15) zu.
4. Anhänger:innen eines konservativen, eines sozialdemokratischen und eines liberalen Sozialstaates werden in eine Talkshow zum Thema „Wie bekämpfen wir die Wohnungsnot in deutschen Großstädten?“ geladen. Führen Sie in Kleingruppen ein Streitgespräch in dieser Talkshow Runde durch (→ Methodenglossar).
5. Verfassen Sie unter Berücksichtigung der Thesen der beiden Professoren für Volkswirtschaft (M16) ein Plädoyer für und gegen den Ausbau des Sozialen Wohnungsbaus in Deutschland und halten dieses im Kurs.

## 6.1.5 Finanzierung des Sozialstaates: Überfordert der Sozialstaat unsere öffentlichen Finanzen?

**Zum Thema:** Zu seiner Finanzierung muss der Sozialstaat jedes Jahr neue Schulden aufnehmen. Auch wenn hiermit zum Teil Zukunftsinvestitionen getätigt werden, was je nach politischer Anschauung immer kontrovers beurteilt wird, lasten diese Schulden auf den Schultern zukünftiger Generationen. In diesem Kapitel setzen Sie sich mit den Sozialausgaben und der expansiv steigenden Ausgabenentwicklung des Sozialbudgets der Bundesrepublik Deutschland auseinander. Sie werden danach die Probleme untersuchen, die sich aus dieser dynamischen Entwicklung der Sozialausgaben und der enormen Staatsverschuldung ergeben und diese beurteilen.

### M17 Was leisten die Krankenversicherung und die Grundsicherung?

#### a) Leistungen der Krankenversicherung und der Grundsicherung



Zur Finanzierung der Krankenversicherung in Deutschland wurden 2020 etwa 260,3 Mrd Euro ausgegeben.



Im Jahr 2022 bezogen etwa 3.793.336 Personen in Deutschland Arbeitslosengeld II, eine Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfsbedürftige.

#### b) Zitate aus Wirtschaftszeitungen

- 1 Die Vollkasko-Republik - Wie Deutschland seine Bürger gängelt.  
Immer mehr Geld fließt in die Sozialkassen.

*Rickens, Christian u.a.: Die Vollkasko-Republik - Wie Deutschland seine Bürger gängelt.  
In: www.handelsblatt.com, 08.02.2019*

- 2 Unser Sozialstaat: Teuer, ineffizient und ungerecht.

*Suding, Katja: Unser Sozialstaat: Teuer, ineffizient und ungerecht. In: www.wiwo.de, 01.03.2019*

#### Einstiegsaufgaben



1. Setzen Sie die Informationen (M17a) mit den Zitaten aus den Wirtschaftszeitungen (M17b) in Beziehung.
2. Ist der Sozialstaat zukünftig noch finanzierbar? Erläutern Sie Ihre Meinung.

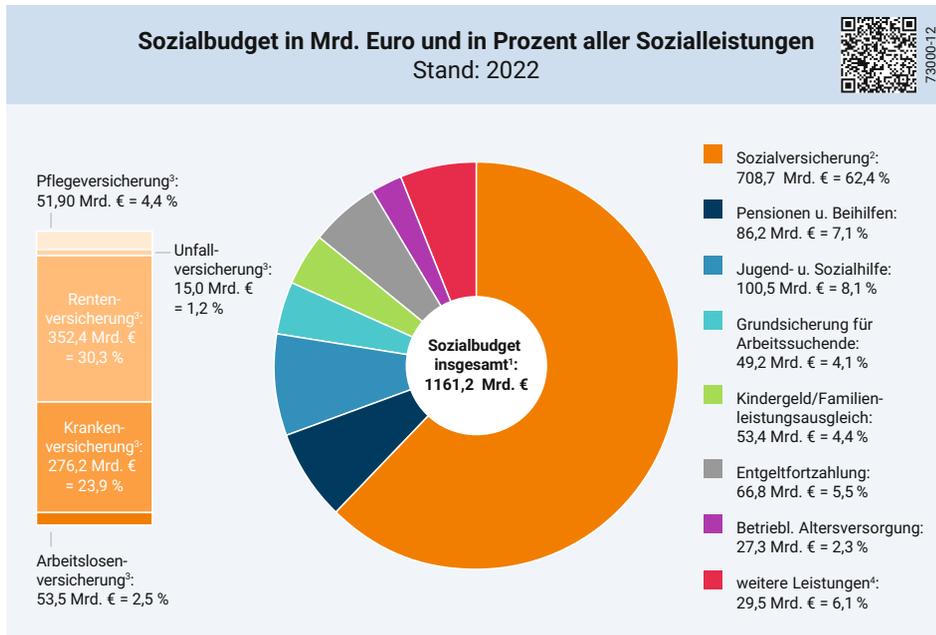
### M18 Der Ausbau des Sozialstaates

Die Kosten des Sozialstaates entsprechen etwa einem Drittel des Wertes aller hergestellten Güter und Dienstleistungen (Bruttoinlandsprodukt) in Deutschland. Das Sozialbudget in Deutschland betrug 2020 insgesamt etwa 1.119 Mrd. Euro, während das Bruttoinlandsprodukt bei 3.329 Mrd. Euro lag. Mehr als die Hälfte der Ausgaben des Staates werden dabei für Sozialversicherungen (Pflege-, Rente-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung) ausgegeben. Immer mehr Menschen finanzieren mittlerweile ihren Lebensunterhalt durch Sozialleistungen. Gründe für den kontinuierlichen Ausbau des Sozialstaates sind vielfältig. Neben dem grundgesetzlichen Auftrag an den Staat innerhalb der Gesellschaft für einen sozialen Ausgleich zu sorgen, stiegen die Ansprüche der Bürger:innen nach Sozialleistungen. Diese mussten Parteien in ihren Programmen immer stärker bedienen. Die Interessen der Rentbeziehenden, Pensionierten, Landwirtinnen und Landwirte, Alleinerziehenden, Arbeitslosen und vielen anderen Personen-

kreisen konnten von der Politik nicht ignoriert werden und hatten großen Einfluss auf ihre Entscheidungen bei den jeweiligen Landes- und Bundestagswahlen. Nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers Professor Marcus Höreth scheinen Wahlerfolge für viele Parteien in Deutschland nicht mehr möglich zu sein, ohne die Interessen dieser Wählendenklientel vorrangig zu bedienen, wie zum Beispiel die stark anwachsende Generation der Rentbeziehenden. Auf der anderen Seite steht eine Staatsverschuldung, die für zukünftige Generationen eine enorme Belastung darstellt, weil die heute jüngeren Menschen diese Schulden werden tragen müssen. Die zahlreichen europäischen und globalen Krisen (z. B. Euro-/Finanz-, Migrationskrise und die Corona-Pandemie) verschärften diese Situation noch. Es bleibt eine große Herausforderung für die zukünftige Politik, das Verhältnis von Solidarität und Eigenverantwortung bzw. Subsidiarität politisch neu abzuwägen.

Bearbeiter

### M19 Das Sozialstaatbudget der Bundesrepublik

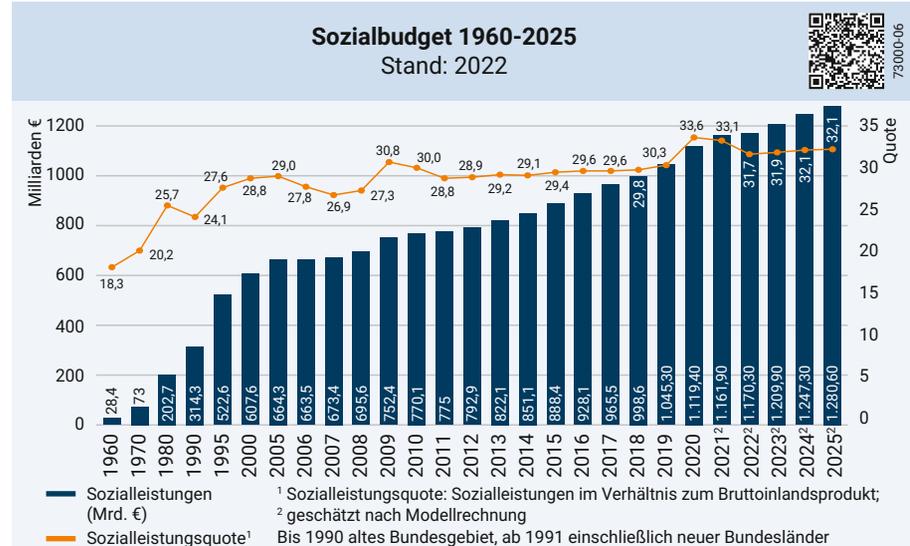


<sup>1</sup> Sozialbudget insgesamt u. allgemeine Systeme konsolidiert um Beiträge des Staates;  
<sup>2</sup> Ohne wechselseitige Verrechnung der einzelnen Institutionen. Summenbildung ist nicht möglich;  
<sup>3</sup> Teil der Sozialversicherung  
<sup>4</sup> u. a. Wohngeld, BAföG, Elterngeld, PKV

### Sozialleistungsquote

Die Sozialleistungen lagen 2020 nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bei 1.119 Mrd. Euro. Die Aussagekraft dieses Wertes ist aber sehr gering. Er wird nicht in Beziehung zur Einwohnerzahl und der wirtschaftlichen Leistungskraft gesetzt. Es kann nicht abgelesen werden, ob eine solche sozialstaatliche Leistung als besonders hoch eingestuft werden kann. Deshalb wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Beziehung zu den Sozialleistungen gesetzt. Die sich daraus ergebene Sozialleistungsquote hat für 2020 den Wert von 33,6 %.

## M20 Die Sozialleistungsquote



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2021

## M21 Zukunftslasten: Staatsverschuldung



Karikatur: Thomas Plabmann, 16.11.2009

### Aufgaben



T72035-17

1. Fassen Sie die Gründe für den Ausbau des Sozialstaates (M18) zusammen.
2. Analysieren Sie die Grafik (M19) (→ Methodenkarte S. 112). Erläutern Sie die Frage, warum der deutsche Sozialstaat häufig als Sozialversicherungsstaat bezeichnet wird?
3. Erklären Sie den Begriff Sozialleistungsquote und diskutieren Sie, ob in Deutschland von einer Kostenexplosion des Sozialstaates gesprochen werden kann (M20).
4. Erläutern Sie die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen bzw. Probleme einer permanent ansteigenden Sozialstaatsquote.
5. Analysieren und beurteilen Sie kategorial und perspektivisch die Karikatur zur Staatsverschuldung (M21) (→ Methodenkarte S. 84, → Kategorienraster).

### 6.1.6 Soziale Gerechtigkeit durch Steuerpolitik: Wie hoch sollen die Steuern für wen sein?

**Zum Thema:** Steuern als Zahlungen an den Staat verringern das monatliche Einkommen, erhöhen den Preis für Konsumgüter und Dienstleistungen und werden deshalb von vielen eher negativ betrachtet. Andererseits ermöglichen nur Steuern Investitionen des Staates und auch die Ausgaben für den Sozialstaat. In diesem Kapitel sollen Sie anhand verschiedener Steuerarten die Höhe des Steuersatzes im Spannungsfeld zwischen der Gemeinwohlverpflichtung des Einkommens und dem Recht auf Eigentum analysieren und bewerten.

#### M22 Steuern im politischen Diskurs



Ein Wahlplakat der FDP



Ein Wahlplakat der LINKEN

#### Einstiegsaufgabe



Welche Aussage stimmen Sie am ehesten zu (M22 A + B)? Diskutieren Sie Ihre Auffassungen im Kurs.

#### M23 Steuergerechtigkeit am Beispiel der Einkommensteuer

Obwohl Einigkeit darüber herrscht, dass ein Steuersystem gerecht sein soll, gibt es viele unterschiedliche Auffassungen darüber, wie Gerechtigkeit politisch auszugestalten ist. Das Leistungsfähigkeitsprinzip, wonach jeder Bürger gemessen am

Einkommen Steuern zahlen soll, lässt sich unterteilen in die vertikale und die horizontale Gerechtigkeit. Einerseits müssten reiche Steuerzahler mehr als arme Steuerzahler zum Steueraufkommen beitragen, wobei die Frage bleibt, was mit „mehr“ ge-

**Einkommensteuer**

[Sie] wird z. B. auf Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Kapitalvermögen oder Renten erhoben. Lohnsteuer zahlen Arbeitnehmer auf ihren Arbeitslohn. Sie ist keine eigenständige Steuer, sondern eine Form der Einkommensteuer.

*Bundesministerium der Finanzen: Die Lasten gerecht verteilen.*

*In: Einkommen- und Lohnsteuer. Ausgabe 2019, S. 7*

meint sein kann: Geht es dabei um den absoluten oder den relativen Betrag? Nach dem proportionalen Steuertyp bezahlen Steuerzahler mit niedrigem und hohem Einkommen denselben Prozentsatz ihres Einkommens als Steuer. Gemäß dem progressiven Steuertyp bezahlen reichere Steuerzahler einen höheren Prozentsatz Steuern als ärmere. Die regressive Steuer würde vom reicheren Steuerzahler einen niedrigeren Prozentsatz seines Einkommens, aber einen höheren absoluten Betrag abverlangen als dem Ärmeren. Die horizontale Gerechtigkeit befasst sich mit

der Frage, welche Unterschiede in den Lebensumständen für die steuerliche Leistungsfähigkeit außer der Höhe des Einkommens eine Rolle spielen können. Dabei können familiäre, soziale und gesundheitliche Aspekte oder der Aufwand für das Erreichen der Arbeitsstelle eine Rolle spielen und sich in der endgültigen Steuerlast widerspiegeln.

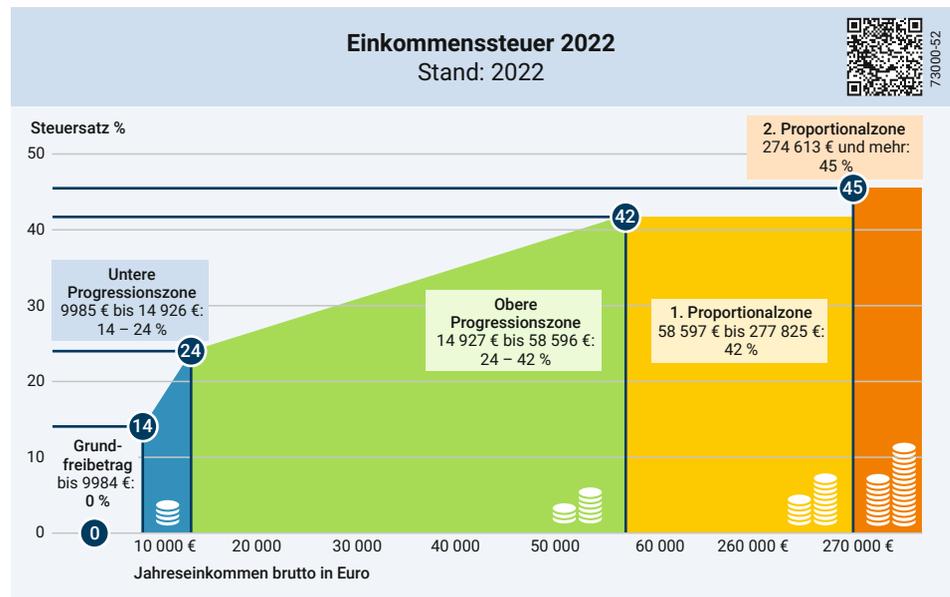
*Bearbeiter nach: Mankiw, Gregory N./Taylor, Mark P.: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Übersetzt von Herrmann, Marco/Müller, Christian/Pülplich-huysen, Diana. 7. Auflage. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag 2018, Seite 292-294*

**M24 Eine Umfrage zur Verteilung von Einkommen**



*Nach: Böckler Impuls 18/2019, Forsa/Forum New Economy 2019*

**M25 Grundtarif Einkommensteuer in Deutschland**



**Weitere Informationen zum Einkommensteuertarif**



T72035-19

*© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: www.lohn-info.de, 2022*

## M26 Steuerverteilung und Steuerhöhe

### a) Steuern als Fundament des Sozialstaates

Rund 1,6 Billionen Euro betragen die deutschen Staatseinnahmen im Jahr 2020. Ein großer Teil dessen entsteht durch Steuern und Abgaben an den Sozialstaat wie Einkommensteuer, Mehrwertsteuer, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge. Hiervon wiederum müssen die Leistungen des Sozialstaats finanziert werden: Dazu zählen beispielsweise Renten, Arbeitslosen- oder Kindergeld, aber auch Sachleistungen wie Bildung oder Gesundheit. [...]

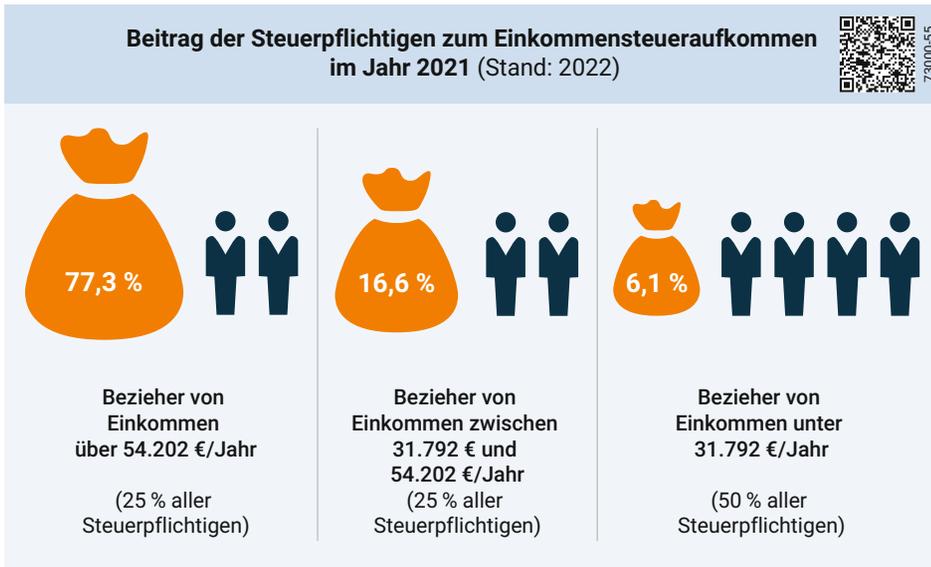
Wie viele Abgaben die Deutschen an den Staat zahlen und wie viel sie erhalten, hängt stark vom Alter ab. Kinder und Jugendliche erhalten vor allem Bildungs- und Gesundheitsleistungen. Erst im Erwerbsleben dreht sich die Bilanz

allmählich, denn mit dem Erwerbseinkommen steigen Einkommensteuer, Sozialversicherungsbeiträge und weitere Abgaben. Deswegen zahlen erwerbstätige Personen in der Regel mehr an den Staat, als sie an Leistungen beziehen.

Mit Mitte 50 zahlen Deutsche die höchsten Abgaben an den Staat: 20.500 Euro jährlich sind es durchschnittlich, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zusammengenommen. Mit dem Renteneintritt kehrt sich das Verhältnis von Abgaben und Zahlungen wieder um: Die Deutschen erhalten nun Renten, Pensionen und Leistungen aus dem Gesundheitswesen.

*Beznoska, Martin: Der Sozialstaat: Wer zahlt ein, wer nimmt raus? In: www.iwkoeln.de, 21.02.2022*

### b) Steuereinnahmen nach Einkommenssteuergruppe



*© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Bundesministerium der Finanzen, Datensammlung zur Steuerpolitik, 2020/21*

### c) Steuersenkung als Wachstumsschub?

Grundsätzlich lässt sich annehmen, dass Steuersenkungen für Haushalte und Unternehmen Anreize schaffen, mehr zu konsumieren beziehungsweise zu investieren. Investitionen der Unternehmen führen theoretisch zu neuen Arbeitsplätzen

und verbesserten Waren. Steigender Konsum hätte eine vergleichbare Wirkung. Niedrige Steuersätze könnten auch Unternehmen aus dem Ausland anlocken. Auch das bedeutet mehr Wachstum. Forscherinnen und Forscher des gewerk-

schaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) kommen allerdings in einer Studie zum Ergebnis, dass eine Senkung der Unternehmenssteuern um 10% lediglich ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2% bewirken würde. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat sich mit dem Steuersenkungsmodell des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) befasst und errechnet, dass eine Senkung der Unternehmenssteuern die Einnah-

menverluste des Staates durch die Steuersenkung innerhalb von 10 Jahren durch Nachfrageimpulse nach Investitions- und Konsumgütern um 33 Milliarden Euro übertreffen würde. Unsicher ist aber, ob Unternehmen und Haushalte die zusätzliche Liquidität für eine erhöhte Nachfrage nach Gütern einsetzen, ob Unternehmen in Forschung und Entwicklung investieren oder Haushalte eher sparen.

*Bearbeiter*

#### d) Steuererhöhung als Gemeinwohlförderung?

Nicht erst seit dem Amtsantritt der Ampelkoalition fordern Verbände wie PETA oder Greenpeace, dass tierische Produkte aus Gründen des Tierschutzes, des Klimaschutzes und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen in Fleischbetrieben mit einer erhöhten Umsatzsteuer von neunzehn statt sieben Prozent belegt werden sollen. Ähnlich wie bei anderen Konsumsteuern (Tabak, Alcopops oder Alkohol) könnte so die Gesundheit der Bevölkerung gefördert werden.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband warnt dagegen, dass Geringverdienende und Beziehende von Sozialleistungen die Leidtragenden wären und sich die verteuerten tierischen Produkte nicht mehr leisten könnten. Eine Studie des DIW belegt, dass die unterste Einkommensgruppe über zwanzig Prozent Ihres Bruttoeinkommens

für indirekte Steuern aufbringen müssten, wovon gut die Hälfte auf die Umsatzsteuer entfällt. Mit zunehmendem Einkommen sinkt die Belastung, sodass wohlhabende Haushalte unter zehn Prozent ihres Einkommens für indirekte Steuern ausgeben. Auf einen Zusammenhang von Umverteilung und Anzahl von Gefängnisinsassen verweist der Ökonom Peter Bofinger: In den skandinavischen Ländern mit einer hohen Steuerquote und einer entsprechend hohen Umverteilung gebe es weit weniger Gefängnisinsassen als in den Staaten angelsächsischen Staaten mit niedriger Steuerquote. Ob es sich hierbei jedoch um einen kausalen Zusammenhang handelt, ist umstritten.

*Bearbeiter*

### Aufgaben



1. Stellen Sie das proportionale und das progressive Steuerkonzept (M23) als Schaubild dar (→ Methodenkarte S. 203). Ordnen Sie das jeweilige Steuerkonzept einer Gerechtigkeitsvorstellung und einem Wahlplakat (M22) begründet zu.
2. Beschreiben Sie die beiden Schaubilder (M24 + M25). Stellen Sie einen Zusammenhang her und ordnen Sie M25 einem Steuerkonzept (M23) zu.
3. Erarbeiten Sie die Aussagen zur Steuerverteilung und Steuerhöhe (M26a-d).
4. Beurteilen Sie die verschiedenen Steuerkonzepte perspektivisch und kategorial (→ Methodenkarte S. 84, → Kategorienraster) und entwerfen Sie ein eigenes Steuerkonzept mit Verteilungen und Steuerhöhen.

## 6.2 Die Zukunft des Sozialstaats

### 6.2.1 Die Altersvorsorge in der Krise: Wie kann die gesetzliche Rentenversicherung reformiert werden?

**Zum Thema:** Auch die heute junge Generation wird einmal älter sein und hofft, dass sie dann eine Rente erhält, die zum guten Leben ausreicht. Dies ist allerdings fraglich, weil immer mehr Älteren immer weniger Junge gegenüberstehen, welche die Rente erwirtschaften. In diesem Kapitel werden Sie die Zukunftsprobleme der gesetzlichen Alterssicherung in Deutschland und den dringen Reformbedarf des Rentensystems untersuchen.

#### M27 Ein Wahlplakat der Partei „DIE LINKE“ ( Bundestagswahlkampf 2021)

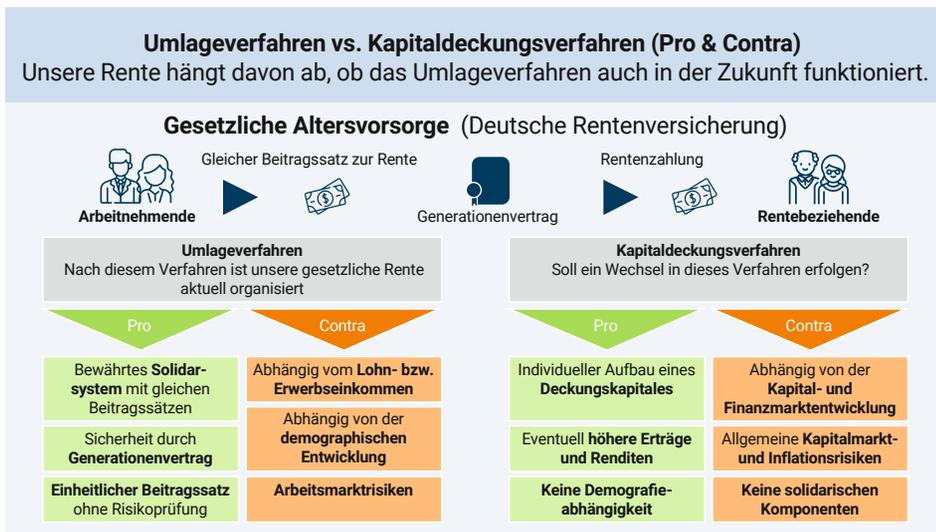


#### Einstiegsaufgaben



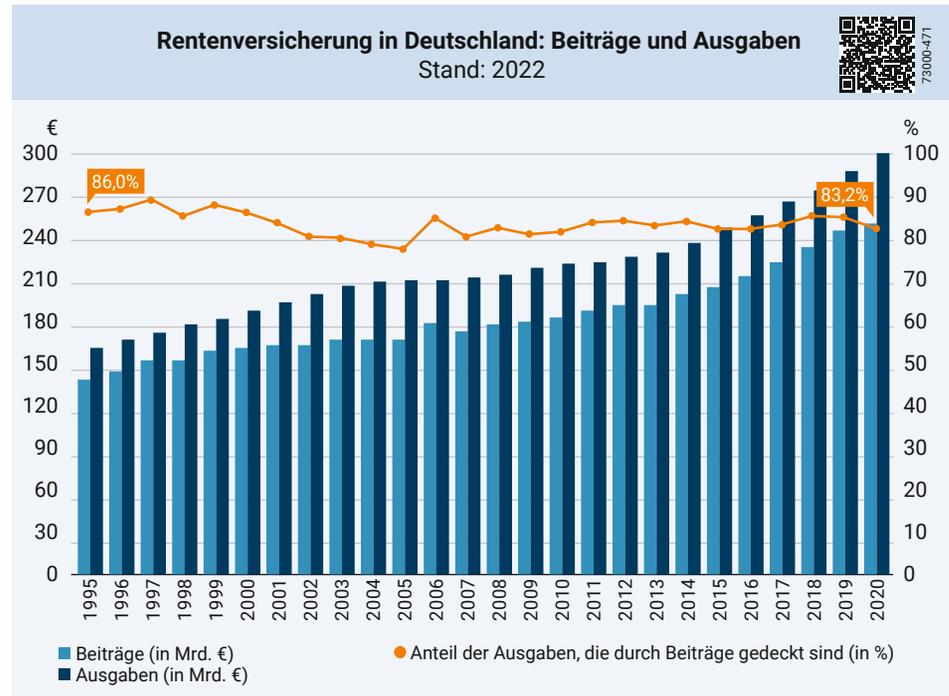
1. Beschreiben und interpretieren Sie das Wahlplakat der Partei „DIE LINKE“ (M27).
2. Ist der Reformvorschlag zur Gesetzlichen Rentenversicherung geeignet? Begründen Sie Ihre Einschätzung.

#### M28 Rentenkonzepte: Umlageverfahren und Kapitaldeckungsverfahren



Nach: [www.einfach-rente.de](http://www.einfach-rente.de). CC BY-SA 3.0

## M29 Ausgaben der Rentenversicherung



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Deutsche Rentenversicherung Bund, 2021, Darstellung: Statista

## M30 Kommentar: Ist die Rente sicher?

### Gerhard Bäcker: Rentenversicherung, Lebensstandsicherung und Rentenniveau

[E]ntscheidend für die gesetzlichen Renten ist, dass sie den gesamten Lebenslauf der Versicherten abbilden, dass ihre individuelle Höhe von der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung und von dem in dieser Zeit erzielten Einkommen abhängt. Es gilt das Prinzip der Teilhabeäquivalenz: Die in jedem Versicherungsjahr erworbenen und bei der Rentenberechnung schließlich addierten Entgeltpunkte widerspiegeln die individuelle Höhe des verbeitragten Einkommens im Verhältnis zum jeweiligen Durchschnittseinkommen. Wurde in einem Jahr genau im Durchschnitt verdient, so errechnet sich ein Entgeltpunkt in der Höhe von 1,0. Lag der Lohn unterhalb des Durchschnitts, z. B. bei 80 %, hat der Entgeltpunkt die Höhe von 0,8. In die Gesamtrechnung gehen damit sowohl niedrige Einkommenspositionen am Beginn des Berufslebens wie auch die in der Regel höhere Einkommenspositionen am Ende des

Berufslebens ein. [...] Hinzu kommt die strenge Verknüpfung zwischen Rentenanwartschaften und Versicherungsdauer. Wer nur wenige Jahre eingezahlt hat, kann keine Rente erwarten, die nur ansatzweise an das letzte Einkommen anschließt. [...] Seit 1992 [...] gelten 45 Versicherungsjahre als Norm für ein „erfülltes“ Arbeitsleben. Und der Zielwert des Rentenniveaus wurde damals bei rund 70% eines vergleichbaren Nettoarbeitnehmereinkommens angesetzt. [...] Eine [...] Standardrente mit 45 Entgeltpunkten (im Verlauf von 45 Jahren wurde also durchschnittlich verdient) sollte bei 70% des aktuellen durchschnittlichen Nettoeinkommens der Arbeitnehmer liegen.

[...] Die Entwicklung des Rentenniveaus im Zeitverlauf hängt im Wesentlichen von der jährlichen Rentenanpassung ab. [...] Weitreichende Folgen haben aber vor allem die Modifikationen der Rentenanpassungsformel, die im Zuge der Einführung

der Riesterreute im Jahr 2001 [...] erfolgt sind. Durch den Einbau eines „Nachhaltigkeitsfaktors“ in die Rentenanpassungsformel wird die Entwicklung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Rentenbeziehern [...] und versicherungspflichtig Beschäftigten anpassungsmindernd wirksam. Sinkt – wie aus demografischen Gründen zu erwarten – der Rentnerquotient [...], fallen die Rentenerhöhungen niedriger aus. [...] Wichtig sind aber nicht die Details, sondern das Ergebnis: Die Rentenerhöhungen werden abgebremsst [...]. Das Nettorentenniveau [...] lag im Jahr 2018 noch bei 48,1 % [...]. Als übergeordnetes Ziel gilt seitdem, die Beitragsbelastung für die Versicherten und die Arbeitgeber zu begrenzen. Das Gesetz schreibt vor den Beitragssatz – trotz der demografischen Belastung – bis zum Jahr 2025 unter 20% [...] zu halten.

*Becker, Gerhard: Rentenversicherung oder Kapitalmarkt? Lebensstandardsicherung als Aufgabe einer zukunftsfähigen Alterssicherungspolitik. In: Blank, Florian/Hofmann, Markus/Buntenbach, Annelie (Hrsg.): Neustart in der Rentenpolitik. Analysen und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos Verlag 2020, S. 28 ff.*

### M31 Bundestagswahl 2021: Rentenreformvorschläge der Parteien

*Der Demographische Wandel und die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung durch die Digitalisierung bzw. den technologischen Wandel stellen unser gesetzliches Rentensystem vor schwerwiegende Herausforderungen. Im Bundestagswahlkampf 2021 entwickelten die Parteien in Deutschland unterschiedliche Programme zur Reform unseres aktuellen Rentensystems:*

**SPD** Soziale Politik für Dich. Das Renteneintrittsalter soll nach den Plänen der SPD bei höchstens 67 Jahren bleiben. Die gesetzliche Rente will sie stärken und das Rentenniveau dauerhaft bei mindestens 48 Prozent halten. Alle Erwerbstätigen sollen einzahlen, also auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete. Die Partei setzt sich für eine geschlechtergerechte Rente ein, die familienbedingte Tätigkeiten, wie etwa die Pflege von älteren Angehörigen, berücksichtigt. Auch Erwerbsminderungsrenten sollen verbessert werden. Betriebsrenten will die SPD ausweiten und attraktiver gestalten.

Die staatlich geförderte private Altersvorsorge durch die Riesterreute hält die SPD für nicht zufriedenstellend. Sie soll durch ein neues standardisiertes Angebot ersetzt werden, das auch von einer öffentlichen Institution angeboten wird. Dabei sollen staatliche Zuschüsse auf untere und mittlere Einkommensgruppen beschränkt sein.

**CDU CSU** Die Union möchte das Renteneintrittsalter bei 67 Jahren lassen. Für die Alterssicherung setzt sie weiterhin auf die drei Säulen der gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorge. Die freiwillige Beitragsleistung zur gesetzlichen Rente soll möglich bleiben. Mit Blick auf Geringverdiener wollen CDU und CSU ein Konzept einer betrieblichen Altersvorsorge für alle und ein Konzept für eine neue Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge entwickeln. Dafür kann demnach eine „Generationenrente“, also eine Altersvorsorge von Geburt an, ein Baustein sein. Die private, staatlich geförderte Altersvorsorge braucht nach Ansicht der Union einen Neustart, um mehr Menschen zu erreichen. Sie plant ein verpflichtendes Standardvorsorgeprodukt, dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allerdings aktiv widersprechen können [...]. Zusätzlich will die Union eine Altersvorsorgepflicht für Selbstständige einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind – sie sollen wählen dürfen zwischen der gesetzlichen und anderen etwa im Falle einer Insolvenz zugriffsgeschützten Vorsorgearten.

**DIE LINKE.**

Das Renteneintrittsalter [...] will die Linkspartei wieder auf 65 Jahre senken, [...]. Wer 40 Jahre eingezahlt hat, soll schon ab 60 ohne Einbußen in Rente gehen können. Die gesetzliche Rentenversicherung soll gestärkt werden. Alle Erwerbstätigen – also auch Selbstständige, Beamte und Politiker – sollen einbezogen werden. Das Rentenniveau will sie innerhalb von einer Legislatur auf 53 % anheben. Die Mehrkosten sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen tragen. Im Gegenzug könnten die Beiträge, für die nach Ansicht der Linken gescheiterte Riester-Rente entfallen, diese sollen auf rein freiwilliger Basis in die gesetzliche Rentenversicherung überführt werden können. Für niedrige Einkommensgruppen mit geringem Nettoeinkommen im Alter fordert die Linkspartei eine garantierte steuerfinanzierte Solidarische Mindestrente von 1200 €. Ausbildungszeiten, Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege sollen für die Rente höher bewertet werden. Ostrenten will die Linke ans Westniveau angleichen. Eltern sollen für jedes Kind zusätzliche Rentenpunkte erhalten. Die betriebliche Altersversorgung soll überwiegend die Arbeitgeber als betriebliche Sozialleistung finanzieren.



Grundsätzlich wollen die Grünen an der Altersgrenze von 67 Jahren

festhalten, jedoch früheres oder späteres Ausscheiden aus dem Arbeitsleben vereinfachen. Das Rentenniveau wollen sie langfristig bei 48 Prozent sichern, unter anderem dadurch, dass Frauen ein Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit erhalten. Die Grünen wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung mit mehr Beteiligten umbauen - perspektivisch sollen alle Arten von Erwerbstätigkeit dort einbezogen sein. Selbstständige ohne andere Altersvorsorgearten und Abgeordnete sollen verpflichtend dort abgesichert werden. Für niedrigere Einkommen soll die Grundrente zu einer Garantierente weiterentwickelt werden. Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge sehen die Grünen als sinnvolle Ergänzung zum Umlagesystem. Die Instrumente der Riester-Rente und der Rürup-Rente sollen durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzt werden. Arbeitgeber sollen eine betriebliche Altersvorsorge anbieten.



Die AfD will das Renteneintrittsalter nicht festlegen, sondern jeden Menschen selbst entscheiden lassen, wann er oder sie in Rente gehen will. Die Rentenhöhe soll dann abhängig sein von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt. Geringverdiener, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, will die AfD besserstellen: 25 Prozent der Altersrente sollen nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Niedrige Renten sollen über einen höheren Steuerfreibetrag nicht mehr besteuert werden. Grundsätzlich will die AfD die Rente durch einen höheren Steuerzuschuss zukunftsfest machen. Versicherungsfrem-

de Leistungen sollen aus Steuermitteln beglichen werden. Im Gegenzug will die AfD bei Migrations-, Klima- und EU-Politik sparen. Politikerpensionen will die AfD abschaffen. Beamte sollen nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden, allerdings will die AfD die Gruppe der Verbeamteten verkleinern und auf hoheitliche Aufgaben wie bei Bundeswehr, Zoll, Polizei, Justiz beschränken. Andere Staatsbedienstete sollen künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Eltern sollen für jedes Kind 20.000 Euro der Beiträge zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen [...]. Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten will die AfD über eine Fondslösung beseitigen.



Die FDP will die gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge

Faktor in die Rentenanpassung mit aufgenommen werden. Die Partei will das Rentensplitting erleichtern: Verheiratete, verpartnerte und auch unverheiratete Eltern sollen flexibel über die Aufteilung der Familien- und Erwerbsarbeit und damit auch über die Rentenansprüche entscheiden [...]. Bei der privaten Vorsorge fordert die FDP die Einführung einer gesetzlichen Aktienrente. Hier soll ein kleiner Teil des Beitrags für die gesetzliche Rentenversicherung nicht mehr ins Umlagesystem fließen sondern in einen Fonds. Die betriebliche Altersvorsorge will die FDP stärken und attraktiver gestalten. Staatlich geförderte private Altersvorsorge wie Riester- und Rürup-Renten soll flexibler und als übertragbar ausgestaltet werden, ein Anbieterwechsel soll möglich sein.

beibehalten, jedoch sollen sie nach dem Baukastenprinzip frei miteinander kombiniert werden können. Alle Ansprüche sollen bei Wechseln zwischen Arbeitgebern oder zwischen Beschäftigung und Selbstständigkeit flexibel mitgenommen werden können. Auch das Renteneintrittsalter will die Partei flexibilisieren. Wer das 60. Lebensjahr erreicht und mit den Vorsorgeansprüchen mindestens auf Grundsicherungsniveau ist, soll demnach selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt. Für sozialversicherte Geringverdiener soll es einen Freibetrag in der Grundsicherung geben, somit eine Basis-Rente. Für mehr Generationengerechtigkeit soll ein demografischer

Tagesschau: Wahlprogramme im Vergleich: Wie die Parteien die Rente sichern wollen.  
In: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 12.12.2021

## Aufgaben



1. Erläutern Sie die Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung durch das Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren (M28). Formulieren Sie die politischen Probleme und Aufgabenstellungen (M28 + M29).
2. Geben Sie die Auffassung des Autors zur Rentensicherheit (M30) mit eigenen Worten wieder. Stimmen Sie ihm auf der Grundlage von M28 und M29 zu?
3. Untersuchen Sie arbeitsteilig die unterschiedlichen Rentenkonzepte der Parteien zur Bundestagswahl 2021 (M31). Vergleichen Sie dazu tabellarisch die Wahlprogramme anhand geeigneter Kategorien/Aspekte.
4. Beurteilen Sie die Entwicklung und den Stand der Rentenpolitik perspektivisch und kategorial (→ Methodenkarte S. 84, → Kategorienraster).

### Politik aktiv

#### Ein Rentenkonzept für den Koalitionsvertrag

Die Koalitionsverhandlungen der zukünftigen Regierungskoalition stehen an. Entwickeln Sie in Kleingruppen für einen Koalitionsvertrag der Ampelkoalition (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) ein stimmiges Rentenkonzept. Berücksichtigen Sie dabei den Ausgleich zwischen der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit. Gehen Sie dabei so vor:

1. Bilden Sie Dreiergruppen.
2. Jedes Gruppenmitglied erarbeitet die Reformvorschläge einer Koalitionspartei (M31).
3. Tauschen Sie sich in Ihrer Gruppe aus und entwickeln Sie gemeinsam ein Rentenkonzept, welches von allen drei Parteien mitgetragen werden kann.

#### F zu Aufgabe 3

Erläutern Sie, ob die Parteiprogramme eher die Stabilisierung des Rentensystems oder die Lebensstandsicherung im Alter in den Mittelpunkt stellen.

## 6.2.2 Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung: Schützt die gesetzliche Rentenversicherung noch vor Altersarmut?

**Zum Thema:** Schützt die gesetzliche Rente noch vor Altersarmut? In diesem Kapitel setzen Sie sich mit Hilfe verschiedener Schaubilder kritisch mit dieser Fragestellung auseinander und bewerten die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung.

### M32 Problem der Altersarmut in der Karikatur

#### Zusatzinformation

Die Höhe der gesetzlichen Rente ist abhängig von der jeweiligen Einkommenshöhe und Lebensarbeitszeit. Im Jahr 2018 waren nach Eurostat 51,9 % der Frauen zwischen 55 und 64 Jahren in Teilzeitbeschäftigung. Dagegen arbeiteten nur 10,5 % der Männer im gleichen Alter regelmäßig kürzer als vergleichbare Vollzeitbeschäftigte.



Karikatur: Thomas Pläßmann, 19.02.2019

#### Einstiegsaufgabe



Analysieren Sie die Karikatur (M32) (→ Methodenkarte S. 18) und formulieren Sie das politische Problem.

### M33 Die Alterssicherung in Deutschland

#### Ebenen der Alterssicherung in Deutschland

	Abhängig Beschäftigte		Selbstständige		Alterssicherung der Landwirte	Berufständ. Versorgungssysteme
	Beamte	Arbeiter:innen und Angestellte	Freiwillig Versicherte	Sondereinrichtungen und -regelungen für Selbstständige in der HGRV (u.a. Handwerker, Künstler, Versicherungspflichtige auf Antrag)		
1. Ebene: Gesetzliche Systeme	Beamtenversorgung	Gesetzliche Rentenversicherung	Pflichtversicherte			
2. Ebene: Betriebliche Zusatzsysteme		Knappschaff	Betriebliche Altersvorsorge z.T. steuerlich gefördert	Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst		
3. Ebene: Individuelle Altersvorsorge	Private Altersvorsorge (z.T. steuerlich gefördert) darunter:					
	Lebensversicherung		Sparen (Banksparpläne, Wertpapiere, Fonds, etc.)			
4. Ebene: Grundsicherung	Bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter					

Nach: Bundeszentrale für politische Bildung, 2019, [www.bpb.de](http://www.bpb.de) / CC BY-NC-ND/3.0/de, Quelle: Statistisches Bundesamt (2012): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerungsfortschreibung, Fachserie 1, Reihe 1.2, Wiesbaden

### M34 Zukunft der Altersvorsorge

Aktuell liegt die Lebenserwartung bei Männern laut Statistischem Bundesamt bei 78,6 Jahren, Frauen werden durchschnittlich 83,4 Jahre alt, Tendenz weiter steigend. [...] Was Bürgerinnen und Bürger freut, macht dem Rentensystem auf der anderen Seite zu schaffen. Die Löcher in der Rentenkasse werden immer größer. „In den nächsten 15 Jahren gehen die Babyboomer in Rente, und dadurch verschiebt sich die Relation zwischen Beitragszahlern und Rentenbeziehern ganz dramatisch“, sagt Martin Werding, Sozialökonom an der Universität Bochum. Die Babyboomer, das sind die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1960 und 1970. Damals kamen auf einen Rentner noch 3,8 Beitragszahler. Aktuell liegt das Verhältnis bei 1,9. Und laut Prognose des Bundesarbeitsministeriums werden im Jahr 2034 auf eine Rentnerin nur noch 1,5 Beitragszahlerinnen kommen. [...] Die Zeit drängt, denn schon in den nächsten Jahren wird die Rücklage der Rentenversicherung - derzeit 34,2 Milliarden Euro - deutlich abschmelzen. [...] Die Bundesregierung hatte beschlossen, bis einschließlich 2025 das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent fallen und den Rentenbeitrag nicht über 20 Prozent steigen zu lassen. Und für ein höheres Renteneintrittsalter, die dritte

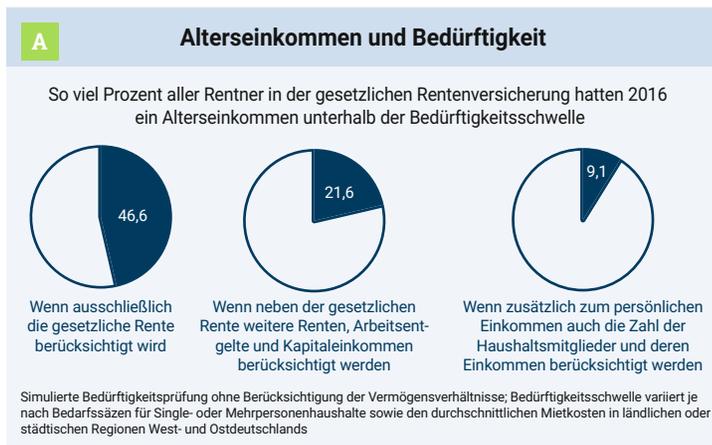
große Stellschraube im Umlagesystem, setzt sich keine Partei im Bundestagswahlkampf ein. Dabei müsse man an den großen Stellschrauben drehen. „Andernfalls steigen die Ausgaben auf Dauer deutlich stärker als die Einnahmen“, stellte 2019 die Bundesbank in einer Analyse fest. Sie schlägt eine Kopplung von Renteneintrittsalter und Lebensalter vor. [...] „Man muss also kein festes Rentenalter setzen, keine Rente mit 67 oder 68, sondern sagen, wenn wir länger leben, dann muss man so viel länger arbeiten, damit das Verhältnis gleichbleibt“, sagt Börsch-Supan. [...] In der Vergangenheit hat die Bundesregierung Löcher in der Rentenkasse aber vermehrt mit Steuerzuschüssen gestopft. Laut Finanzplanung des Bundes wird der Zuschuss in diesem Jahr 106,4 Milliarden Euro betragen. [...] Für Börsch-Supan ist das ein Unding: „Man kann sich nicht auf den Steuersäckel verlassen, das ist billige Wahlkampfpropaganda, die wir im Augenblick hören.“ Würde man den Bundeshaushalt weiter mit der Rentenversicherung belasten, fehlte nachher das Geld für Bildung, Infrastruktur oder auch den Klimawandel.

*Hoh, Daniel: Wie ehrlich sind die Parteien bei der Rente? In: www.tagesschau.de, 24.09.2021*

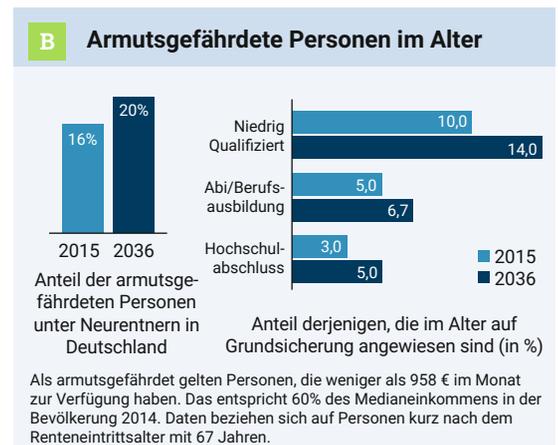
### Umlagesystem

In der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet der Begriff Umlageverfahren, dass die Beitragszahlenden keinen eigenen Kapitalbestand für ihre Rente aufbauen, sondern mit ihren Beiträgen die aktuellen Rentenbeziehenden finanzieren. Sie erwerben damit einen Anspruch auf eine spätere eigene Rente, die von der jüngeren Generation finanziert wird.

### M35 Statistiken zur Gesetzlichen Rentenversicherung



Nach: ©IW Medien/iwd, Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, 2019



Nach: Statista

### Grundsicherung

Wer von Altersarmut betroffen ist, erhält in Deutschland im Alter eine Grundsicherung. Im Jahr 2019 erhielten dies ca. 3 % der Rentner:innen. Der Regelbedarf der Grundsicherung im Alter beträgt 424 Euro (2019) plus Übernahme der Kosten für Unterkunft und das Heizen. Die relative Altersarmut lag in Deutschland bei den Menschen über 65 Jahre bei 12,6 % (2019).

### Rentenniveau

(Auch: Sicherungsniveau vor Steuern)

Ein Verhältniswert aus der Standardrente und dem Durchschnittsentgelt, der zeigt, wie sich die Rente im Verhältnis zu den Löhnen entwickelt.

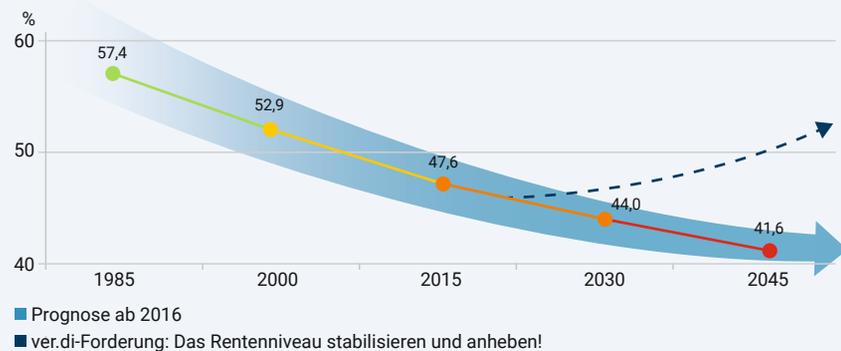
### C Prognose: die Bruttostandardrente (in €) und das Rentenniveau (in %) in Deutschland (2015–2035)



Bearbeitergrafik, aktuelle Daten nach: Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung, 2021

### D Das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung

in Prozent des durchschnittlichen Bruttoentgelts (zurzeit etwa 3.000 €) während der gesamten Beitragszeit



Nach: werkzwei Detmold, Datenquelle: Rentenversicherung in Zahlen 2016

### Aufgaben



1. Erläutern Sie die Säulen der Alterssicherung in Deutschland (M33).
2. Arbeiten Sie aus M34 die Tatsachenaussagen und die Meinungsäußerungen zur Zukunft unseres Rentensystems heraus und stellen Sie sie in einer Tabelle gegenüber. Erklären Sie die zentralen Herausforderungen der zukünftigen Altersversorgung.
3. Beschreiben und vergleichen Sie die Statistiken zur Altersarmut (M35 A + B) (→ Methodenkarte S. 112). Analysieren Sie danach die unterschiedlichen Begriffsverwendungen, Darstellungsweisen und Aussageabsichten sowie die Darstellungsformen des zukünftigen Rentenniveaus in den Statistiken M35 C + D.
4. Stellen die vier Diagramme (M35 A - D) die Entwicklung der Altersarmut und des zukünftigen Rentenniveaus eher realistisch dar oder sind sie interessensgeleitet bzw. manipulativ? Begründen Sie Ihre Auffassung.
5. Beurteilen Sie differenziert und kategorial: Sind Sie bereit, zukünftig einen Beitragssatz von 27 % (anstelle von 18,6%) zu zahlen, um ein drastisch sinkendes Rentenniveau zu verhindern?

### 6.2.3 Reform der gesetzlichen Rentenversicherung: Soll eine gesetzliche Aktienrente eingeführt werden?

**Zum Thema:** Das System der gesetzlichen Rentensicherung weist einen gewaltigen Reformbedarf auf. Viele Akteure beteiligen sich an der Diskussion über die beste Alternative. Die von der FDP im Bundestagswahlkampf 2021 nach schwedischem Vorbild geforderte „Aktienrente“ wurde in der Öffentlichkeit besonders diskutiert. Insbesondere die Gewerkschaften übten heftige Kritik an diesem Vorschlag der FDP. Sie gehen in diesem Kapitel der Frage nach, ob die Aktienrente eine Möglichkeit ist, unser Rentensystem langfristig zu stabilisieren und von der Lohnentwicklung zu entkoppeln?

#### M36 Wahlplakat zur Einführung einer Aktienrente im Bundestagswahlkampf 2021



Die FDP forderte im Bundestagswahlkampf 2021, dass jede und jeder Versicherte 2% ihres bzw. seines Bruttogehaltes in eine gesetzliche Aktienrente einzahlt.

#### Einstiegsaufgaben



1. Erklären Sie die Forderung und die Ziele der FDP in eigenen Worten (M36).
2. Würden Sie zur Sicherung Ihrer Rente einen monatlichen Betrag in Aktien investieren? Diskutieren Sie die Frage, indem Sie entscheidende Kriterien für Ihre Auffassung nennen.

#### M37 Rentenkonzept der Freien Demokraten (Bundestagswahlkampf 2021)

##### 1 Was ist die FDP- Aktienrente?

Die Gesetzliche Aktienrente soll die gesetzliche Rente in Deutschland nach schwedischem Vorbild enkelfit machen. Jede und jeder Versicherte soll dabei zum Beispiel zwei Prozent des eigenen Bruttoeinkommens in eine Gesetzliche Aktienrente einzahlen. Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung wird entsprechend reduziert. Die Gesetzliche Aktienrente ermöglicht es gerade auch Geringverdienern, am wirtschaftlichen Erfolg teilzuhaben und Eigentum für die Altersvorsorge zu erwerben – ohne höhere Beiträge zahlen zu müssen.

## 2 Was sind die drei größten Vorteile?

Die Aktienrente ist eine echte Zukunftsinvestition und der Grundstein für eine nachhaltig finanzierbare, generationengerechte Rente. Alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Geringverdienende, erhalten durch die Gesetzliche Aktienrente langfristig mehr Rente – ohne dafür mehr Geld aufwenden zu müssen als im heutigen System. Die Gesetzliche Aktienrente bietet eine renditeträchtige Kapitalanlage bei geringem Risiko. So wird die Rentenversicherung stabilisiert und aus Beitragszahlern werden Eigentümer.

## 3 Zu den Gegenargumenten:

*„Die Gesetzliche Aktienrente belastet vor allem Geringverdiener.“*

Im Gegenteil, Geringverdiener profitieren überproportional. Durch die Gesetzliche Aktienrente entstehen für die Versicherten keine Zusatzkosten, da der Beitragssatz insgesamt konstant bleibt. So profitieren gerade Geringverdienende davon, die sonst keine Möglichkeit hätten, in eine zusätzliche, renditestärkere Altersvorsorge zu investieren. [...]

*„Die Einführung reißt ein riesiges Loch in die Rentenkasse. Das ist viel zu teuer.“*

Die Aktienrente ist eine Investition in die Tragfähigkeit des Rentensystems, die gleichzeitig bessere Leistungen für die künftigen Rentnerinnen und Rentner schafft. Zu Beginn entstehen zwar Mehrausgaben von rund 20 Milliarden Euro, die dann zügig sinken. Die Kosten für die Rentenpakete von Union und SPD liegen dagegen schon jetzt bei rund 12 Milliarden Euro im Jahr und steigen künftig stark an: auf 69 Milliarden Euro im Jahr 2030 und 80 Milliarden im Jahr 2035 – ohne Stabilisierungseffekt für die Rente.

FDP: Die Zukunft der Altersvorsorge. Gesetzliche Aktienrente einführen. In: [www.fdp.de](http://www.fdp.de), März 2021

## M38 Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Rentenmodell der FDP

Die Ziele der FDP [...] sind wenig überraschend: die Arbeitgeber sollen massiv entlastet werden. Dazu soll die gesetzliche Rente massiv gekürzt werden. [...] Ziel ist, den Beitragssatz zur Umlage mittelfristig, um zusätzlich rund 4 Prozentpunkte gegenüber dem geltenden Recht abzusenk-  
 5  
 10  
 15  
 20  
 25  
 30  
 35

wen-/Witwerrenten. [...] Und es wird unterstellt, dass die Menschen durch den neuen Alterskorridor nach schwedischem Vorbild deutlich länger arbeiten und später in Rente gehen, also mehr Beiträge zahlen, um kürzer Rente zu beziehen. [...] Die oben erwähnten Leistungskürzungen würden aber den Beitrag zur Umlage nach den Modellrechnungen von Prof. Dr. Werding erst Mitte der 2030er Jahre um mehr als zwei Prozentpunkte senken. Um bis dahin einen höheren Beitragssatz zu vermeiden, soll der Staat Schulden aufnehmen, um das Defizit zu decken bzw. den Aktienfonds zu finanzieren. Der Kapitalstock bei der DRV soll dabei vollständig weltweit in Aktien investiert werden. [...] Ein Lebenszyklusmodell soll, wenn der Renteneintritt näher rückt, das Geld schrittweise in

„sichere“ Anlagen umschichten und kurzfristige Verluste vermeiden. Die FDP bzw. der von ihr beauftragte Prof. Dr. Werding erwarten eine Rendite (offensichtlich netto nach Kosten) von 6,5 Prozent auf den Beitrag und schätzen dies sogar noch als „konservativ“ gerechnet ein. Ob sich die Erwartungen, anders als bei den privaten Renten, hier tatsächlich erfüllen, kann frühestens in 20 oder 30 Jahren eingeschätzt werden. Dann können Fehler aber natürlich nur schwer korrigiert werden. Scheitert das Modell, zahlen die künftigen Generationen die Rechnung, durch höhere Staatsschulden und deutlich geringere Renten. [...] Nach dem Willen der FDP sollen die Menschen innerhalb eines definierten Alterskorridors (bspw. 63 bis 70 Jahre) den Rentenbeginn frei wählen. Die Rente wird dann aber versicherungsmathematisch auf die erwartete Rentenbezugszeit (Lebenserwartung) umgerechnet. Wer früher geht, bekommt also weniger Rente. [...] Die FDP fordert also „Frühverrentung für Besserverdienende“ und länger arbeiten für alle anderen.

*DGB: Rente kürzen, hoffen und die Probleme in die Zukunft verschieben. In: www.dgb.de, 04.03.2021*

### M39 Fiktives Rollenspiel zum Thema Aktienrente

*Trotz der eher negativen gesellschaftlichen Bewertung der Teilprivatisierung der Alterssicherung nach 2001 nehmen die Forderungen zahlreicher Wirtschaftswissenschaftler:innen und Mitglieder der Rentenkommission zu, der Staat (Rentenversicherung und Bundessbank) solle verstärkt Rentenbeiträge am Kapitalmarkt und somit an der Börse anlegen. Zur Frage der Aktienrente haben sich Frank Umlagen vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und Dorothea Fonds von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zu einem fiktiven Streitgespräch bereiterklärt.*

**Frank Umlagen:** Frau Fonds, wollen sie wirklich etwa 57 Millionen Rentenversicherte zu Investoren am Rentenmarkt verpflichten und abhängig vom jeweiligen Börsenstand machen? Das kann aus Sicht unseres Gewerkschaftsverbandes auf keinen Fall gut gehen. Dadurch wird die Rente „mit Sicherheit nicht sicherer“.

**Dorothea Fonds:** Wir fordern als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, dass der Staat verstärkt in Wertpapiere investieren soll und die Erlöse an die Rentnergeneration auszahlt. Damit werden Löhne der Arbeitnehmenden und die Betriebe entlastet und die allgemeine Kaufkraft gestärkt. In Schweden erwirtschaften solche Pensionsfonds trotz enormer Wirtschaftsschwankungen hohe Renditen von etwa 11 Prozent. Sind Geldanlagen an der Börse langfristig angelegt und breitgestreut, erhält man fast risikolos hohe Gewinne an der Börse. Ich rate Ihnen, machen Sie den deutschen Bürgerinnen und Bürger keine Angst vor staatlichen Fonds und Aktienrenten. Gerade Geringverdienende werden erstmals Aktienbesitzerinnen und -besitzer und profitieren von deren hohen Renditen.

**Frank Umlagen:** Wir hatten bereits seit 2002 ein Experiment mit kapitalgedeckten Renten. In der sogenannten Riester-Rente sollten Rentenversicherte neben den Umlageverfahren staatlich geförderte, kapitalgedeckte Rücklagen bilden. Hohe Gebühren und Undurchschaubarkeit haben das System scheitern lassen. Geringverdienende zahlten erst gar nicht in das System ein. 2035 gehen im Vergleich zu heute vier Millionen mehr Menschen in Rente. Die Umstellung in Aktienrenten kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Sie belasten mit diesem Experiment enorm die Gesetzliche Rentenversicherung, den Staat und was noch viel schlimmer ist, die junge Generation. Diese muss deutlich mehr einzahlen. Das Geld wird aber viel dringender für die Bekämpfung des Klimawandels, den Ausbau der Infrastruktur und das Vorantreiben einer wettbewerbsfähigen Digitalisierung benötigt.

**Dorothea Fonds:** Das Gesetzliche Rentensystem muss stabilisiert werden, da sind sich alle Wirtschaftsexpertinnen und -experten einig. Es muss auf zwei stabile Säulen gestellt werden: auf das Umlageverfahren und eine deutlich verstärkte kapitalgedeckte Altersvorsorge. Unser derzeitiges Umlageverfahren ist zu stark vom Arbeitsmarkt, den gutbezahlten Jobs und dem demographischen Wandel abhängig. Im Rentenversicherungssystem werden jedes Jahr 300 Milliarden Euro ausgegeben. Ein weiter so bedeutet Rentenkürzungen, Erhöhung der Rentenbeiträge und ein deutlich höheres Rentenalter. Das nennen sie sichere Altersversorgung? Ich auf jedem Fall nicht.

Bearbeiter, basierend auf: Rudzio, Kolja: Kann Jeff Bezos unsere Rente retten? In: [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 08.11.2021

## Aufgaben



1. Vergleichen Sie die unterschiedlichen Positionen von FDP und Gewerkschaftsbund (M37 und M38) zur Aktienrente. Untersuchen Sie danach, welche Gesellschaftsgruppen (Akteure) von der Aktienrente profitieren und welche eher benachteiligt werden.
2. Analysieren Sie das fiktive Streitgespräch zwischen Dorothea Fonds und Frank Umlagen zum Thema „Einführung der Aktienrente“ (M39). Welche Position hat Sie am stärksten überzeugt? Begründen Sie Ihre Auffassung.
3. Soll eine Aktienrente verpflichtend zur Stabilisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt werden? Debattieren Sie in Vierergruppen die Entscheidungsfrage zur Einführung der Aktienrente. Enden Sie danach ihre Debatte jeweils mit einem Pro/Contra Schlussplädoyer (→ Methodenkarte S. 51).

### Sie als Bürger:in ...

verfassen eine persönliche Stellungnahme zur Aktienrente, die Sie einer bzw. einem FDP-Landtags- oder Bundestagsabgeordneten bzw. Bundestagsabgeordnetem vorlegen. Gehen Sie dabei auf die Kategorien soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit ein.

# METHODE

## Debattieren

Kontroverse Debatten sind eine zentrale Bedingung für eine funktionierende Demokratie und das Zusammenleben einer demokratischen Gesellschaft. Dabei kommt es auf die differenzierte und kategoriale Begründung der Argumente an. Man findet somit heraus, was für oder gegen ein jeweiliges Argument spricht. Debatten brauchen aber klare Regeln, damit sachliche Diskussionen entstehen und Argumente ausgetauscht werden können. Ein konstruktiver Dialog und der damit verbundene Austausch unterschiedlicher Perspektiven kann nur gelingen, wenn die Beteiligten einer Debatte genau wissen, wann sie sprechen und was zielführende, sachorientierte Argumente sind.

Es gibt verschiedenen Möglichkeiten eine Debatte aufzubauen. Der hier erläuterte Ablauf orientiert sich am Wettbewerb „Jugend debattiert“.

### Informationen zu Jugend debattiert



T72035-27

### 1 Vorbereitung

- Bilden Sie Vierergruppen.
- Pro Gruppe nehmen zwei Personen die Pro- und zwei Personen die Contra-Haltung ein.
- Die Teilnehmenden bereiten ihre jeweilige Position vor.

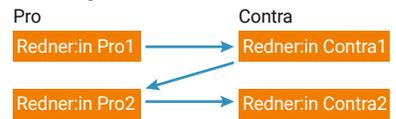
### 2 Durchführung der Debatte

**1. Eröffnung:** In der Eröffnungsrede gibt jedes Gruppenmitglied in zwei Minuten ein Plädoyer ab, das die Streitfrage aus die eigenen Perspektive darstellt. Sie tragen nacheinander ihr Plädoyer vor (Pro1, Contra1, Pro2, Contra2).

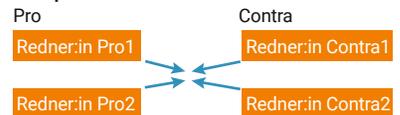
**2. Aussprache:** In der freien Aussprache werden weiter Argumente ausgetauscht und aufeinander bezogen. Dabei sollte immer an den vorherigen Beitrag angeknüpft werden. [12 Minuten]

**3. Abschluss:** In der Schlussrunde beantwortet jedes Gruppenmitglied in einem einminütigen Abschlussplädoyer abschließend die Streitfrage und berücksichtigt alle in der Debatte angeführten Elemente.

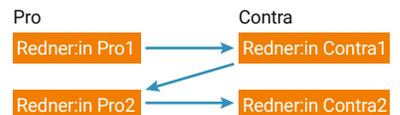
#### Eröffnung



#### Aussprache



#### Abschluss



### 3 Bewertung der Debatte

Die Beiträge der Gruppenmitglieder werden abschließend von der Gruppe auf Grundlage folgender Kriterien bewertet:

- Sachkenntnis
- Ausdrucksvermögen
- Gesprächsfähigkeit
- Überzeugungskraft

### Formulierungshilfen



T72035-28

## 6.2.4 Kontroverse um die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung: (Wie) soll Hartz IV weitergeführt werden?

**Zum Thema:** Das Arbeitslosengeld II, umgangssprachlich auch als „Hartz IV“ bezeichnet, soll den Empfänger:innen eine Grundsicherung bieten und eine menschenwürdige Existenz innerhalb der Gesellschaft ermöglichen. Allerdings ist Hartz IV seit der Einführung im Jahre 2005 immer wieder in der Diskussion. Dabei werden von verschiedenen Seiten die Abschaffung, aber auch der Ausbau und die Weiterführung gefordert. Sie sollen in diesem Kapitel am Beispiel der Hartz IV-Reformdiskussion die Ausgestaltung des Sozialstaates auf dem Arbeitsmarkt zwischen „Fordern und Fördern“ kennenlernen und bewerten.

### M40 Zeitungsmeldungen zur Streichung der Sanktionen bei Hartz IV

#### a) Streichung der Sanktionen

Für alle, die das Hartz-System als Sündenfall des deutschen Sozialstaates ansehen, könnte bald ein Traum Wirklichkeit werden. Die Ampelkoalition in Berlin möchte die Sanktionen gegen arbeitsfähige Hartz-IV-Bezieher bis Ende des Jahres komplett streichen. [...] Hubertus Heil (SPD) begibt sich damit in eine der heißesten Streitzonen der Hartz-Reformen, die Geldkürzungen gegen Hartz-IV-Empfänger, wenn sie zum Beispiel Termine versäumen, zumutbare Jobs nicht annehmen oder eine Fortbildung jäh abbrechen.

*Preuß, Roland: Widerstand gegen Hartz-IV-Pläne der Ampel. In: www.sueddeutsche.de, 12.03.2022*

#### b) Sanktionen bei Hartz IV beibehalten?

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Arbeitsagentur, der Städtetag und auch der Beamtenbund fordern, dass die Geldkürzungen als letztes Mittel beibehalten werden. Diese Menschen, die seit Jahren in ihrer Arbeit mit Langzeitarbeitslosen zu tun haben, drängen auf die Wichtigkeit der Sanktionen, welche die Ampelkoalition nun aussetzen möchte. Durch den Stopp der Sanktionen soll der Staat freundlicher erscheinen. Es ist jedoch vor allem Symbolpolitik. Damit wird aber nicht mehr Gerechtigkeit erzielt. Denn tatsächlich betroffen sind von diesen Sanktionen nur noch wenige Prozent der Hartz-IV-Beziehenden. Sollte die Gemeinschaft es wirklich einfach hinnehmen, dass diese Menschen Sprachkurse, Weiterbildungsmöglichkeiten oder Jobangebote ausschlagen, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen und damit weiterhin auf die Unterstützung des Staates angewiesen sind?

*Bearbeiter, basierend auf: Preuß, Roland: Nur ein Symbol. In: www.sueddeutsche.de, 11.03.2022*

#### Solidarität

Solidarität als Prinzip betont die gegenseitige Verantwortung und Verpflichtung der Bürger:innen in einer Gesellschaft. Solidarität kann z. B. aufgrund einer gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und ethischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer Gruppe (Geschlechterzugehörigkeit) geleistet werden (gemeinsame Interessen/Präferenzen). Das Solidarprinzip in den Sozialversicherungssystemen bedeutet eine Umverteilung der Belastungen und Leistungen, um ungleiche Risiken in den Lebensläufen abzumildern und ein Existenzminimum der Bürger:innen zu gewährleisten (Würde des Menschen).

#### Einstiegsaufgaben



T72035-29

1. Geben Sie die Grundaussagen von M40a und b mit eigenen Worten wieder.
2. Nur fördern, oder auch fordern? Diskutieren Sie die Frage von Sanktionen in M40 auch unter Einbezug des Prinzips der Solidarität (Randspalte).

## M41 Hartz IV als Reform des Arbeitsmarktes

Der Hintergrund für das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, kurz: Hartz IV, waren Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Stillstand und horrende Sozialausgaben. Deutschland galt als „kranker Mann“ Europas und sollte an diesem neuen Gesetz gesunden, das am 1. Januar 2005 in Kraft trat. Hartz IV war das Herzstück der „Agenda 2010“, mit der die damalige rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) die Wirtschaft des Landes anschieben und die Sozialsysteme umbauen wollte. Unternehmer und wirtschaftsnahe Gruppen begrüßten das Programm. Linke und Gewerkschaften liefen Sturm, weil Hartz IV denjenigen herbe Einschnitte brachte, die ohnehin am unteren Ende der Einkommensskala standen. Genau das war der Plan: Um vom Staat Geld für den Lebensunterhalt und die Miete (Arbeitslosengeld II) zu erhalten, sollen Arbeitslose Gegenleistungen erbringen und sich ernsthaft um eine Ausbildung oder Arbeit bemühen. Vernachlässigen sie dies, kann das Jobcenter ihre Bezüge seit 2019 um bis zu zehn Prozent kürzen. Anfangs waren noch weit härtere Kürzungen möglich. Als äußerste Maßnahme konnte die Behörde statt Geld nur noch Einkaufsgutscheine ausgeben. Doch seit Inkrafttreten ist Hartz IV immer wieder angepasst und nachgebessert worden. An der grundsätzlichen Devise „Fordern und Fördern“ hat sich dabei aber nichts geändert. Die Agenda 2010 nahm übrigens nicht nur den Arbeitsmarkt in den Blick, sondern auch Wirtschaft, Bildung und Ausbildung. So war es einem Handwerker nun auch ohne Meisterbrief möglich, einen eigenen Betrieb zu gründen. Der Kündigungsschutz wurde gelockert und die Lohnnebenkosten gesenkt, indem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun mehr Sozialabgaben bezahlten. [...] All das war dazu bestimmt, die Konjunktur in Schwung zu bringen und dem „kranken“

Mann aufzuhelfen. Über die Wirksamkeit der Kur wird bis heute gestritten. Fakt ist, dass die Massenarbeitslosigkeit verschwunden ist. Von ehemals 11,7 Prozent im Jahr 2005 ist die Arbeitslosenquote kontinuierlich bis ins Jahr 2019 auf rund fünf Prozent gesunken. Erst im Corona-Jahr 2020 gab es laut Statista erstmals wieder einen signifikanten Anstieg auf eine Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent. Der jahrelange Rückgang der Arbeitslosigkeit verdankte sich maßgeblich der belebten Konjunktur. Welchen Anteil die Hartz-Reformen am wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands hatten, ist umstritten. Die Zahl der Hilfebedürftigen im Land ist langfristig indessen nicht zurückgegangen, sondern verharrt seit etwa zehn Jahren auf demselben Niveau. Der Grund: Es gibt nach wie vor viele Erwerbstätige, deren Verdienst zum Leben nicht reicht und die mit Hartz-IV-Leistungen aufstocken müssen. Daran hat auch der gesetzliche Mindestlohn nichts geändert, der seit Januar 2015 gilt. Besonders umstritten bei Hartz IV war die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Viele Menschen fürchten nun den sozialen Abstieg, sollten sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Zeiten stabiler, auf Dauer angelegter Arbeitsverhältnisse sind vorbei. Inzwischen sind auch jene Arbeitnehmer nicht mehr sicher, die gut ausgebildet sind und Berufserfahrung haben. Allerdings finden sie meist eine neue Stelle, bevor sie nach einem Jahr Arbeitslosigkeit tatsächlich bei Hartz IV, dem Arbeitslosengeld II, landen. Hartz IV trifft eher Menschen, die aufgrund ihrer geringen Qualifikation schon vorher zu kämpfen hatten, weil die Globalisierung den Wettbewerb insgesamt verschärft hat und einfache Jobs wegrationalisiert wurden.

*Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Arbeitslosengeld II – Hartz IV – Bürgergeld. In: [www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de), Abruf am 14.06.2022*

## M42 Entwicklung der Arbeitslosigkeit



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: DESTATIS, 2022

## M43 Grundsicherung für Arbeitssuchende



© C.C. Buchner Verlag, aktuelle Daten nach: Bundesagentur für Arbeit, Analyse der Grundsicherung für Deutschland, 2021

## M44 Hartz ist eine Errungenschaft des Sozialstaates

Jeder hat Anspruch auf Hilfe – vollkommen unabhängig davon, ob die Notlage selbst herbeigeführt wurde oder aufgrund widriger äußerer Umstände entstand. Die einzige Gegenleistung, die Empfänger dieser Fürsorgeleistung schulden, ist das Bemühen, künftig ohne sie auszukommen. Das Arbeitslosengeld II ist mithin eine essenzielle Errungenschaft unseres Sozialstaates. Wer es abschaffen will, muss darlegen, was an dessen Stelle treten soll. Der Mehrzahl der Kritiker geht es auch gar nicht um eine Abschaffung der Grundsicherung. Sie wollen in der Regel höhere Leistungen und/oder das Wegfallen der Forderung, dass jeder nach Möglichkeit zunächst selbst Verantwortung für seinen Lebensunterhalt übernimmt, bevor er die solidarische Hilfe der Gesellschaft in Anspruch nimmt. Der Ruf nach höheren, voraussetzungslosen Leistungen wird versucht zu begründen, indem dem Arbeitslosengeld II alle möglichen

schlimmen Folgen angedichtet werden. [...] Aktuell wird immer wieder behauptet, Hartz IV hätte zur Expansion des Niedriglohnsektors geführt. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Es gab zwar eine Ausweitung des Niedriglohnsektor, doch die fällt im Wesentlichen in den Zeitraum 1997 bis 2007, kann also mit Hartz IV nicht viel zu tun gehabt haben. Oft wird behauptet, die Empfänger von Arbeitslosengeld 2 hätten vom nachfolgenden Boom auf dem Arbeitsmarkt nicht profitiert. Das trifft nicht zu: Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist seit 2005 von 5,1 auf 4,4 Millionen gesunken. Und auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat in den letzten Jahren um knapp 700.000 auf rund 1,1 Millionen abgenommen. Das ist mit Sicherheit noch nicht ausreichend, aber es ist ein Fortschritt [...].

Schäfer, Holger: Hartz IV ist sehr viel besser als sein Ruf. In: www.n-tv.de, 26.11.2014.

## M45 In der Niedriglohnfalle

Der Anteil derer, die im Niedriglohnbereich arbeiten, betrug Mitte der Neunzigerjahre 16 Prozent aller abhängig Beschäftigten, heute liegt er bei 24 Prozent. Dies liegt keineswegs daran, dass der Median, also der Referenzwert bei den Stundenlöhnen, gestiegen sei und die Menschen mit niedrigen Löhnen somit abgehängt worden sind. Das Gegenteil ist sogar der Fall: Der reale Stundenlohn des Medians ist seit Mitte der 1990er-Jahre kaum gewachsen. Die starke Ausdehnung des Niedriglohnbereichs ist vielmehr die Folge sinkender Reallöhne beim Drittel der Beschäftigten mit den niedrigsten Stundenlöhnen. Die Reallöhne der 10 Prozent der Beschäftigten mit den niedrigsten Stundenlöhnen sind seit 1995 um 10 Prozent gefallen. Die Reallöhne der oberen 50 Prozent dagegen sind deutlich gewachsen. [...] Wer erhält niedrige Löhne? Es sind vor allem Frauen – 28 Prozent der weiblichen Beschäftigten, bei Männern sind es 17 Prozent. Auch 40 Prozent aller alleinerziehenden Eltern, 30 Prozent der Beschäftigten mit Migrationshintergrund, ein Drittel der Beschäftigten aus Ostdeutschland und Menschen mit geringem Bildungsgrad finden sich besonders häufig im Niedriglohnsektor wieder. Beinahe zwei von drei der Menschen, die für niedrige Löhne arbeiten, bleiben mittelfristig in diesem Niedriglohnsektor [...]. Das widerlegt diejenigen, die behaupten, viele Menschen würden Niedriglöhne nur übergangsweise bekommen und dann den Aufstieg schaffen. Niedriglöhne als Sprungbrett, sozusagen. Das Gegenteil ist der Fall, denn die wenigsten können sich durch Qualifizierung oder Aufstieg selbst aus dem Niedriglohnsektor herausziehen und finanziell besserstellen. Und der Niedriglohnjob ist für die meisten eben nicht ein Nebenerwerb. Diese fehlende Mobilität erweist sich für Gesellschaft und Sozialstaat als Bumerang. Menschen, die langfristig zu geringen Stundenlöhnen arbeiten, werden in eine permanente Abhängigkeit vom Sozialstaat getrieben. Sie sind während ihres Arbeitslebens stark auf soziale Leistungen angewiesen und erfahren im Alter einen weiteren Einschnitt in ihrem Lebensstandard, weil sie selbst kaum Vorsorge betreiben und nur geringe Ansprüche an die gesetzliche Rente erwerben konnten.

*Fratzscher, Marcel: In der Niedriglohnfalle. In: www.zeit.de, 17.05.2019*

### Aufgaben



1. Erarbeiten Sie anhand von **M41** die zentralen Elemente der Arbeitsmarktreform der Regierung Schröder und erläutern Sie das Prinzip „fordern und fördern“.
2. Analysieren Sie differenziert die Statistiken (**M42 + M43**) (→ Methodenkarte S. 112). Untersuchen Sie die positiven und negativen Folgen der Hartz IV-Gesetzgebung. Beachten Sie dabei die Chronologie.
3. „Aufgrund der Hartz IV-Gesetze leben Millionen Menschen dauerhaft in Armut. Deshalb müssen die Hartz-Gesetze umgehend abgeschafft werden.“ Beurteilen Sie differenziert diese Forderung.
4. Vergleichen Sie tabellarisch die beiden Stellungnahmen zur Hartz IV-Gesetzgebung (**M44 + M45**).
5. Bewerten Sie die Arbeitsmarktreform mit Hilfe der Materialien (**M42 - M45**) anhand der Kategorien Effizienz, Zumutbarkeit und Solidarität.

## 6.2.5 Reform des Sozialstaates: Soll ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland eingeführt werden?

**Zum Thema:** Als Reaktion auf die Kritik an Hartz IV und als Idee für eine umfassende Neugestaltung des Sozialstaates ist in letzter Zeit der Vorschlag nach einem bedingungslosen Grundeinkommen besonders populär und wird breit in der Öffentlichkeit diskutiert. Sie sollen in diesem Kapitel diesen Vorschlag mit seinen Vor- und Nachteilen analysieren und beurteilen.

### M46 Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen



Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist ein sozialpolitischer Reformvorschlag, nach dem jede Bürgerin und jeder Bürger unabhängig vom sozialen Status eine vom Gesetzgeber festgelegte finanzielle Zuwendung erhält, ohne dabei eine Gegenleistung erbrin-

gen zu müssen. Es gibt je nach dem politischen Standpunkt sehr unterschiedliche Konzepte der Finanzierung und der Ausgabenhöhe. Das bedingungslose Grundeinkommen soll aber in der Regel ohne weiteres Zusatzeinkommen die Existenz sichern.

Erklärfilm zum bedingungslosen Grundeinkommen



T72035-31

#### Einstiegsaufgabe



T72035-32

Positionieren Sie sich zur Frage, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen (M46) eingeführt werden soll. Diskutieren Sie Ihre Positionen im Kurs.

### M47 Ausgestaltung des bedingungslosen Grundeinkommens nach Götz W. Werner

**Herr Werner, Sie plädieren in Ihrem jüngsten Buch vehement für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Was bedeutet das?** Jeder einzelne erhält einen monatlichen Betrag, der sein kulturelles Existenzminimum abdeckt, ohne dass er dafür eine Gegenleistung erbringen müsste.

**An welche Summe denken Sie?** Derzeit wären wohl um die 1000 Euro pro Kopf und Monat angemessen. [...] Es wird einen kleinen Teil der Bevölkerung geben, vielleicht ein oder zwei Prozent, die das Grundeinkommen nehmen und das war's. Leute, die für Nichtstun Geld bekommen, gab es aber immer schon, den Adel im Mittelalter zum Beispiel. Faulpelze gibt es auch heute. Tatsächlich aber ist das gegenteilige Phäno-

men viel verbreiteter. Nämlich dass Menschen ungeheure gesellschaftliche Leistungen erbringen, ohne dafür bezahlt zu werden: Sie erziehen Kinder, pflegen Angehörige, arbeiten in Vereinen und Bürgerinitiativen oder engagieren sich anderweitig ehrenamtlich. Das zeigt einestils die Bereitschaft der Menschen zu sinnhafter, für das soziale Gefüge wertvoller Arbeit. Andernteils verringert ein bedingungsloses Grundeinkommen ungerechte Schief lagen. Zum Beispiel stünden Frauen, die ihr Leben lang hart für ihre Familie gearbeitet haben und deshalb keine eigenen Rentenansprüche erwerben konnten, mit einem Grundeinkommen viel besser da.

35 **Aber was gilt für junge Leute mit schlech-**  
**tem Schulabschluss und wenig erbau-**  
**lichen Berufsaussichten? Die könnten das**  
**BGE als Einladung begreifen, jedwede An-**  
**strengung zu weiterem Fortkommen ein-**  
**zustellen.** [...] Ich glaube, das Gegenteil  
 40 wird der Fall sein. Das Grundeinkommen  
 befreit vom Arbeitszwang – man könnte  
 auch sagen: von Zwangsarbeit – und eröff-  
 net so erst die Möglichkeit für den einzel-  
 nen, sich zu entfalten und weiterzuentwi-  
 45 ckeln. Nichtstun ist vielleicht einige  
 Wochen ganz nett, aber es wird schnell  
 langweilig [...] Produktivität und gesell-  
 schaftlicher Wohlstand wären viel höher,  
 wenn alle Menschen aus freiem Willen  
 50 arbeiteten. Für den französischen Aufklä-  
 rer Jean-Jacques Rousseau bedeutete  
 Freiheit, nicht tun zu müssen, was man  
 soll, sondern tun zu können, was man will.  
 Diesem Gedanken folgt das BGE, indem es  
 55 die Möglichkeit eröffnet, auch Nein zu ei-  
 nem miesen Job sagen zu können. [...]

**Bleibt die Frage, wer das gute Werk bezah-**  
**len soll. 82 Millionen Bürger mal 1000 Euro**  
**mal zwölf Monate ergeben fast eine Billion**  
 60 **Euro pro Jahr. Das ist beinahe ein Drittel**  
**der gesamten deutschen Jahreswirt-**  
**schaftsleistung. Woher soll das Geld kom-**  
**men?**

So einfach ist die Rechnung nicht. Denn  
 65 mit der Einführung des Grundeinkom-  
 mens werden Hartz IV, Kindergeld und  
 fast alle anderen Sozialtransfers abge-  
 schafft ebenso wie Steuervergünstigun-  
 gen und Freibeträge. Nur besonders be-

dürftige Personen, etwa Schwerbehinderte, 70  
 werden neben dem Grundeinkommen auf  
 weitere soziale Leistungen angewiesen  
 sein. Meine Koautoren Matthias Weik und  
 Marc Friedrich haben das durchgerechnet  
 und sind auf einen Fehlbetrag von 70 Mil- 75  
 liarden Euro gekommen, die unser Kon-  
 zept unter dem Strich pro Jahr zusätzlich  
 kostet. [...]

**Und der Herr ließ Manna vom Himmel reg-**  
**nen und alle Menschen wurden satt ...** Dar- 80  
 auf würde ich mich nicht verlassen. Wir  
 schlagen vor, alle Steuern durch eine ein-  
 zige Verbrauchssteuer zu ersetzen, mit  
 der dann sämtliche staatlichen Aufgaben  
 finanziert werden können. Unser Steuer- 85  
 system setzt bisher an der völlig falschen  
 Stelle an: Es besteuert vor allem die Lei-  
 stung der Menschen, also Einkommen und  
 Gewinne, dafür aber nur in geringem Um-  
 fang den Konsum. [...] 90

**Wie hoch müsste der Mehrwertsteuersatz**  
**denn steigen, um das BGE und alle staatli-**  
**chen Aufgaben daraus zu finanzieren?** Er  
 müsste sich in etwa an der Staatsquote  
 orientieren, also am Anteil sämtlicher 95  
 Staatsausgaben an der Wirtschaftslei-  
 stung. Die Quote liegt in Deutschland seit  
 Jahren um die 45 Prozent. Addiert man  
 jene 70 Milliarden Euro, die unser Konzept  
 zusätzlich kostet, kommt man auf einen 100  
 Konsumsteuersatz von rund 50 Prozent.

*Stefan Sauer im Interview mit Götz Werner: „Man kann zu einem miesen Job Nein sagen“. In: www.fr.de, 14.07.2017*

## M48 Das bedingungslose Grundeinkommen ist nicht finanzierbar

Die Idee eines bedingungslosen Grundein-  
 kommens ist von bestechender Einfach-  
 heit: Jeder Bürger bekommt einen festen,  
 bundesweit einheitlichen Betrag, der zum  
 5 Leben ausreicht. Im Gegenzug werden alle  
 anderen Sozialleistungen abgeschafft, um  
 für den Staat den nötigen finanziellen  
 Spielraum zu schaffen. Gerade die Covid-  
 Krise mit ihren Härten hat dieser Idee zu-  
 10 sätzliche Popularität verschafft. [...] Aber

ein existenzsicherndes und bedingungslo-  
 ses Grundeinkommen (BGE) ist ein Schein-  
 riese: Je näher man ihn betrachtet, desto  
 kleiner wird er – denn er funktioniert  
 nicht. Das Problem ist das Gießkannen- 15  
 prinzip. Der Staat verzichtet freiwillig auf  
 wertvolle Informationen und macht die so-  
 ziale Sicherung daher sehr teuer. Beispiel  
 Mieten: Ein Schweriner würde ein BGE er-  
 halten, das ausreicht, um eine Münchner 20

Miete zu zahlen – Zielgenauigkeit sieht anders aus. Das zeigt sich auch bei der sozialen Sicherung von unterschiedlich großen Haushalten. Beim BGE kommt es nicht auf die Familiengröße an, beim Bedarf jedoch sehr wohl. So braucht ein Zweipersonenhaushalt keine zweite Küche und kein zweites Badezimmer. Die beim Arbeitslosengeld II übernommenen Kosten der Unterkunft berücksichtigen das ebenso wie das Wohngeld. Anders das BGE: Es behandelt ein Paar, als hätte jeder Partner eine eigene Wohnung. Es zahlt damit deutlich mehr, als notwendig ist, um den Wohnbedarf abzudecken. Wichtige Informationen zur Bedürftigkeit werden ignoriert. Will das BGE das soziokulturelle Existenzminimum im gleichen Umfang wie bislang sicherstellen, muss es mindestens so hoch angesetzt werden, dass auch die alleinstehende Münchnerin nicht schlechter gestellt wird. Das verlangt nach einem monatlichen BGE von 1.208 Euro für jeden Erwachsenen, und für ein Kind müssten es mindestens 684 Euro sein. Eine Alleinerziehende mit einem Kind erhielte demnach 1.892 Euro, eine Familie mit zwei Kindern 3.784 Euro

im Monat. Aber das übersteigt bei Weitem den heutigen Mindestbedarf. Die vierköpfige Familie in München bekäme damit rund 1.000 Euro mehr als der heutige Mindestbedarf, in Berlin wären es knapp 1.500 Euro mehr. In der Summe wird das sehr teuer. Umgekehrt stößt ein Grundeinkommen, das nicht überall ausreichend ist, an verfassungsrechtliche Schranken. Das Bundesverfassungsgericht verlangt bedarfsgerechte soziale Unterstützung und methodisch nachverfolgbare Verfahren zur Ermittlung des jeweils konkreten Existenzminimums. Ein Pauschalbetrag für alle ist das glatte Gegenteil dieser Anforderung. [...] In der Gesamtschau gilt: Ein bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen ist weder finanzierbar noch verfassungsrechtlich umsetzbar. Die Diskussion sollte sich besser den Reformbaustellen der bedarfsorientierten Grundversicherung widmen. Denn Reformbedarf gibt es dort zweifelsohne.

*Peichl, Andreas/Schöb, Ronnie/Waldhoff, Christian/Weichenrieder, Alfons: Bedingungsloses Grundeinkommen: Nicht finanzierbar. In: www.taz.de, 26.11.2021*

## M49 Repräsentative Umfrage zum Grundeinkommen

### Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung

Befürworterinnen und Befürworter sind eher ...



... jung.



... höher gebildet.



... in einer niedrigeren Einkommensgruppe.



... politisch links verortet.



*Nach: Zustimmung für bedingungsloses Grundeinkommen eher bei jungen, bei besser gebildeten Menschen sowie in unteren Einkommensschichten / Jule Adriaans, Stefan Liebig, Jürgen Schupp. In: DIW Wochenbericht - 86 (2019), 15, S. 263-270*

### Aufgaben



T72035-35

1. Erläutern Sie die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) und stellen Sie die Pro- und Contra- Argumente in einer Tabelle gegenüber (M47 und M48).
2. Analysieren Sie die Umfrage des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (M49).
3. Entwickeln Sie in Kleingruppen einen Kurzfilm zur Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens, der diesen Reformvorschlag bewertet.

**Vertiefung:**  
Reduziert das BGE die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft?



T72035-33

**Onlinekapitel:**  
Soziale Umverteilung



T72035-34

**Sozialstaat**

Der Begriff des Sozialstaates bezeichnet die Gesamtheit aller staatlichen Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Bürgerinnen und Bürger vor Armut, Not und sozialen Folgen der Marktwirtschaft abzusichern. Darüber hinaus zielt das staatliche Handeln darauf, soziale Ge-

rechtigkeit herzustellen und die soziale Sicherheit und Integration unterprivilegierter Gesellschaftsgruppen zu fördern. Das Ordnungsprinzip des Sozialstaatsgebotes zählt zum unveränderlichen Verfassungskern des Grundgesetzes.



82000-277

**Soziale Gerechtigkeit**

Gerechtigkeit ist ein Grundwert des menschlichen Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Die Rechtschaffenheit und der Wille, jedem sein Recht zuteilkommen zu lassen, sind dabei zentrale Normen. Die soziale Gerechtigkeit bezieht sich dagegen auf gesellschaftliche Zustände, wie zum Beispiel die Ressourcenverteilungen und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Häufig unterschei-

det man zwischen verschiedenen Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit: Leistungs-, Chancen-, Bedarfs- und Gleichheitsgerechtigkeit. Dazukommen noch die Generationengerechtigkeit und die globale Gerechtigkeit. Je nach politischer Ausrichtung werden verschiedenen Dimensionen präferiert bzw. in den politischen Prozess eingebracht.



82000-278

**Gesetzliche Sozialversicherung**

Die gesetzlichen Sozialversicherungen (z. B. Rentenversicherung) gelten als Kern der sozialen Sicherung in Deutschland. Sie sollen wichtige Lebensrisiken (Gesundheit, Alter, Armut) ausgleichen und begrenzen. Versicherungspflichtig sind in der Regel alle Arbeitnehmenden, deren Bruttoeinkommen unter einer sogenannten Beitragsbemessungsgrenze liegt. Die Beiträge werden vom Brutto-

lohn errichte und liegen seit den 90er Jahren etwa bei 40 %. Etwa 20 % der Abgaben werden direkt vom Lohn abgezogen, die Arbeitgebenden zahlen etwa die gleiche Summe an die Sozialversicherung (paritätische Finanzierung). Der Staat unterstützt häufig die Sozialversicherungen durch Steuermittel.



82000-279

**Wohlfahrtsmodelle**

Man kann idealtypisch drei Wohlfahrtsmodelle unterscheiden: das liberale, das konservative und das sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell. Beim liberalen Modell sind die Leistungen eher gering, nach Bedürftigkeitsprüfung vergeben und meist steuerfinanziert (z. B. USA, Großbritannien). Das konservative Wohl-

fahrtsmodell zeichnet sich durch Versicherungsleistungen aus (z. B. Deutschland). Das sozialdemokratische Modell finanziert sich überwiegend aus Steuern, dabei gelten Leistungen universal und geradezu als ein soziales Bürgerrecht (z. B. Schweden).



82000-280

# KOMPETENZEN ANWENDEN

## Kursarbeitstraining

### Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Das DIW ist mit Sitz in Berlin das größte deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut. Es erforscht gesamtwirtschaftliche Entwicklungen.

### Interview mit dem Präsidenten des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung

**Dirk Müller:** Herr Fratzscher, sind die Jungen die Dummen?

**Marcel Fratzscher:** [...] Meine Sorge ist, wenn man das System überspannt, dass dann auch ein starker wirtschaftlicher Schaden entsteht, denn bereits heute sind die Sozialversicherungsbeiträge für junge Menschen so hoch, dass das wirklich für Unternehmen ein wirtschaftlicher Faktor wird und viele sagen: Das ist uns zu teuer in Deutschland. Wir müssen aufpassen, dass der Bogen nicht überspannt wird und dann Schaden für alle entsteht, für jung und für alt. [...]

**Müller:** Sie sagen, der Bogen soll nicht überspannt werden. Wo liegt denn die Spanne? Wann ist Schluss?

**Fratzscher:** [...] Meine Sorge ist, dass viele Menschen in den kommenden Jahren in Rente gehen und in Altersarmut fallen werden. Wir sehen in unseren Prognosen einen massiven Anstieg an Altersarmut, weil viele Menschen haben unterbrochene Erwerbsbiografien, können gar nicht 45 oder 42 Jahre Vollzeit einzahlen, sondern haben Zeiten, wo sie nicht arbeiten, oder viele, [...] vor allem Frauen, arbeiten in Teilzeit. Das heißt, es wird immer mehr Menschen geben, die nicht genug Ansprüche haben und damit in die Altersarmut fallen. [...]

**Müller:** Staatliche Zuschüsse haben wir noch nicht erwähnt. 100 Milliarden Euro pro Jahr haben wir hier notiert. Das wird, meine Frage, bei weitem nicht ausreichen, um das zu stabilisieren?

**Fratzscher:** Nein. Wir gehen davon aus, dass diese knapp 100 Milliarden Euro – das ist ein Viertel des gesamten Haushalts des Bundes, das, was die Bundesregierung an Geld ausgeben kann –, dass sich das in den nächsten 25 Jahren verdoppeln wird. Über die Hälfte des Bundeshaushalts wird man in 20 Jahren an Zuschuss für die gesetzliche Rente ausgeben und trotzdem wird es nicht reichen. Das zeigt, wie dramatisch die Situation ist. Man muss einen

Weg finden, wie man den Menschen, vor allem Menschen mit geringen Einkommen, die nicht privat sparen können – denn das ist ja die Alternative; wir haben ja drei Säulen in der Rente: die gesetzliche Rente, das was man vom Staat bekommt. Viele haben eine betriebliche Rente, was das Unternehmen noch mal zahlt – aber viele auch nicht, vor allem Menschen mit geringen Einkommen. Und das Private. Wir sehen eine Verlagerung. Immer mehr Menschen werden immer mehr privat vorsorgen müssen und das ist das große und ungewöhnlich große Problem in Deutschland. Wir haben fast 40 Prozent der Deutschen, die gar nicht privat vorsorgen können. [...]

**Müller:** Jetzt haben wir den Status quo, der problematisch ist, wie Sie sagen. Jetzt gibt es Berechnungen von Experten, die sagen, alles wird viel, viel schlimmer 2025. [...]

**Fratzscher:** [...] Wir sehen, gerade Menschen mit geringeren Einkommen, mit auch harten körperlichen Jobs schaffen das gar nicht bis 67, so wie es jetzt vorgesehen ist, dass das Renteneintrittsalter auf 67 steigen soll. Andere Menschen dagegen wollen gerne länger arbeiten und da liegt schon mal eine erste Lösung, nicht alle über einen Kamm zu scheren, sondern zu sagen, die Menschen, die länger arbeiten wollen und können, sollen das auch leichter können und nicht hohe Hürden in den Weg gelegt bekommen. Das würde helfen. Aber die Konsequenz ist, was ich vorhin beschrieben habe. Die Renten werden immer weniger auskömmlich sein und damit wird die Altersarmut bei vielen massiv ansteigen. [...] Mein größter Kritikpunkt an der deutschen Rente ist, dass das eine Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich ist. Denn nicht nur sind Menschen, die wenig Rente nachher bekommen, die, die natürlich auch wenig Arbeitseinkommen haben, während sie arbeiten, und viel häufiger in Pflege fallen, gar nicht bis zum Renteneintrittsalter arbeiten können, sondern

# KOMPETENZEN ANWENDEN

arbeitsunfähig werden. Sondern wenn die Menschen in Rente gehen, haben Menschen mit geringen Einkommen in Deutschland fünf bis sechs Jahre geringere Lebenserwartung. Das heißt: Die Menschen mit hohen Einkommen beziehen nicht nur höhere Renten, sondern beziehen sie auch noch für fünf, sechs Jahre länger.

**Müller:** Die Zahl der Beitragszahler erhöhen – auch eine Forderung, die immer wieder kommt, verbunden mit dem Stichwort: Beamte, Selbständige mit einbeziehen. Würde das Entlastung bringen?

**Fratzscher:** Kurzfristig nein, langfristig ja. Kurzfristig nein, weil Beamte werden ja auch sagen, ich habe Ansprüche, die möchte ich so, wie sie mir versprochen wurden, nachher erhalten. Aber langfristig würde das sicherlich etwas bringen, bei Selbständigen in einem gewissen Maße auch, weil gerade Soloselbständige, viele von denen haben gar nicht genug Einkommen, dass sie nachher das Rentensystem entlasten können, sondern würden das eher zusätzlich belasten. Das ist sicherlich eine Option, aber das wird nicht der große Wurf alleine sein. [...] Wenn jetzt jemand heute mit 50 oder mit 55 verbeamtet ist, Sie können denen ja jetzt nicht sagen, wir haben es uns anders überlegt, das Versprechen, was Ihnen gegeben wurde, lösen wir jetzt auf. Sondern das bringt dann was, wenn man den Menschen, den jungen Menschen, die

man heute neu einstellt, die verbeamtet werden, heute sagt: Ihr kriegt nachher keine Beamtenpension mehr, sondern ihr zahlt auch in die gesetzliche Rente ein und habt damit geringere Ansprüche. Und das wird natürlich dauern, bis sich das dann langfristig rechnet. Eher 30, 40 Jahre als zehn Jahre, und das wird jetzt alleine nicht der große Wurf sein. Ich glaube, für viele Menschen – das haben Sie eben angesprochen – ist mehr Beitragszahler, und der Schlüssel für eine gute Rente liegt letztlich darin, einen guten Job zu haben, möglichst Vollzeit arbeiten zu können oder viele Stunden arbeiten zu können und ein gutes Arbeitseinkommen. Das ist der Schlüssel und das wird häufig vergessen, wenn man am Rentensystem herumschraubt. Wir haben zu viele Menschen heute im Niedriglohn-Bereich, ungewöhnlich viele Menschen arbeiten für weniger als zwölf Euro. Jeder fünfte Beschäftigte ist im Niedriglohn-Bereich. Ganz viele Frauen vor allem arbeiten Teilzeit, über die Hälfte der Frauen. Viele sagen, sie würden gerne mehr arbeiten, wenn sie denn könnten, wenn die Kinderbetreuung und Qualität ordentlich wäre und sich das steuerlich auch lohnen würde.

*Marcel Fratzscher im Gespräch mit Dirk Müller: DIW-Präsident zu Rentenstabilisierung. „Meine Sorge ist, dass viele Menschen in Altersarmut fallen“. In: [www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de), 29.10.2021*

## Aufgaben



T72035-37

1. Fassen Sie den Inhalt des Interviews mit Marcel Fratzscher thesenartig zusammen. Nennen Sie danach die gesellschaftlichen Gruppen, die nach der Auffassung des DIW-Präsidenten zu den Verlierenden des aktuellen Rentensystems gehören.
2. Erläutern Sie die Vorschläge Prof. Marcel Fratzschers zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung.
3. Beurteilen Sie differenziert die angeführten Reformvorschläge zur Stabilisierung des Rentensystems. Verwenden Sie die dabei die Beurteilungskategorien Stabilität, Finanzierbarkeit, Menschenwürde und Gerechtigkeit.

## Lösungsvorschläge und Erwartungshorizonte



T72035-36



www.click-and-study.de

**NEU**

### Aufgabenpool

In diesem Bereich können die Lernenden Aufgaben digital empfangen und abgeben.



**NEU**

### Forum

Über das Forum können sich Lehrende und Lernende digital austauschen.



### Vollständige digitale Ausgabe des C.C. Buchner-Lehrwerks



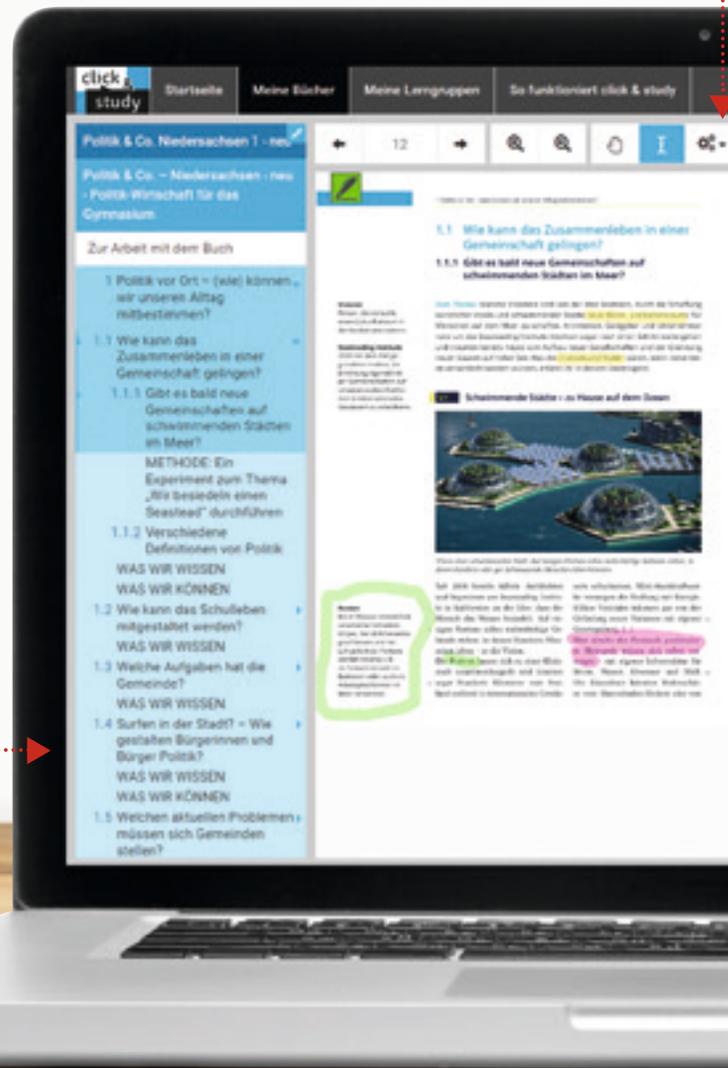
Flexibel nutzbar auf verschiedenen Endgeräten (PCs, Macs, Tablets) online und auch offline via App.

Freischaltung unter [www.click-and-study.de](http://www.click-and-study.de) und/oder unter [www.bildungslogin.de](http://www.bildungslogin.de)

### Toolbar mit vielen nützlichen Funktionen



Der moderne Reader bietet nützliche Bearbeitungsfunktionen wie Markieren, Kopieren, Zoomen und Suchen. Dazu gibt es Lesezeichen, einen Freihandstift und – jetzt neu – die digitale Arbeitsseite.



### Zusatzmaterialien und Links



Direkter Zugriff auf Links und Zusatzmaterialien, die im gedruckten Schulbuch über Mediacodes zugänglich sind



### Schalten Sie Material frei

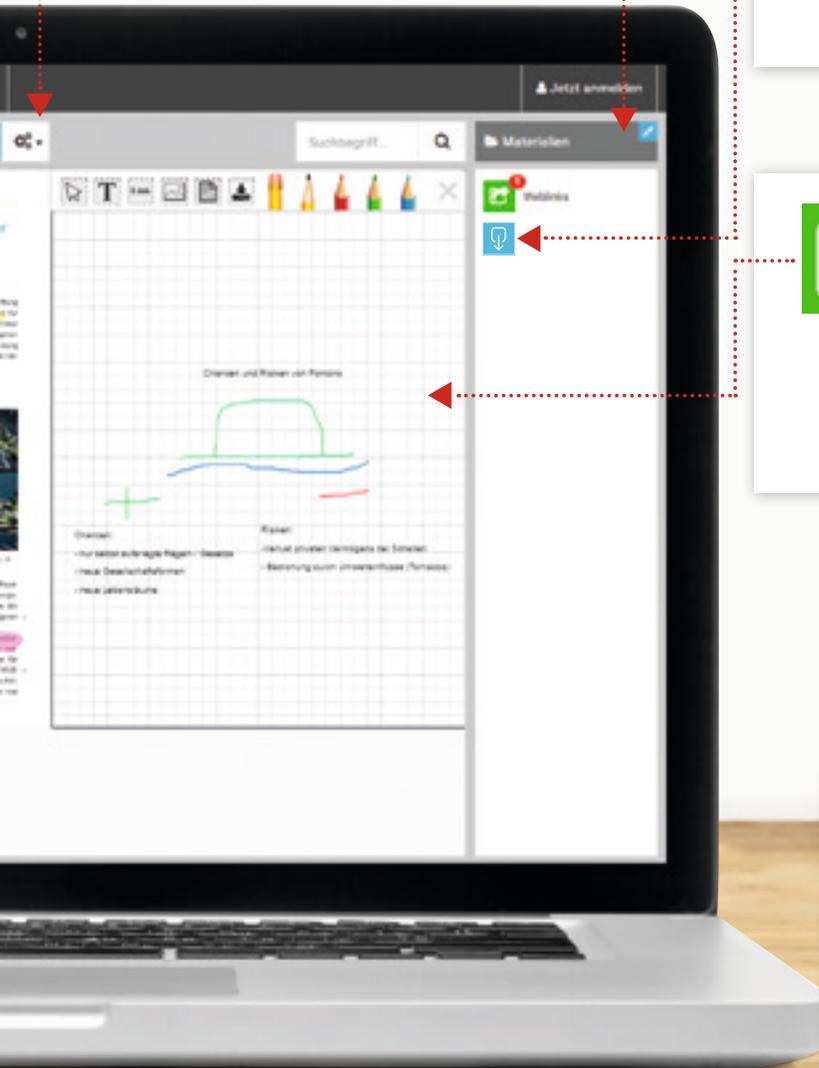
Durch die Verknüpfung von click & teach und click & study können Ihre Schülerinnen und Schüler die von Ihnen freigeschalteten Materialien direkt über einen Spot aufrufen.



### Digitale Arbeitsseite

Durch das Einfügen digitaler Arbeitsseiten haben Lernende die Möglichkeit, auf einer zusätzlichen leeren Seite eigene Texte, Bilder und Freihandzeichnungen zu hinterlegen.

**NEU**



► Für Ihre Schülerinnen und Schüler

**click & study 100 Tage testen!**

Schreiben Sie dazu einfach eine E-Mail mit Angabe der gewünschten Bestellnummer an [digitale-schulbuecher@ccbuchner.de](mailto:digitale-schulbuecher@ccbuchner.de).



www.click-and-teach.de

NEU

## Digitale Arbeitsseite

Durch das Einfügen digitaler Arbeitsseiten haben Sie die Möglichkeit, auf einer zusätzlichen leeren Seite Ihre eigenen Texte, Bilder und Freihandzeichnungen zu hinterlegen.



NEU

## Tauschen Sie sich digital aus!

Durch die Verknüpfung von click & teach und click & study können Sie sich mit Ihren Schülerinnen und Schülern digital austauschen: Schalten Sie Material in click & study individuell frei, sprechen Sie sich über das Forum ab oder vergeben und empfangen Sie Hausaufgaben über den Aufgabenpool.



## Toolbar mit vielen nützlichen Funktionen



Der moderne Reader bietet zahlreiche nützliche Bearbeitungsfunktionen wie Markieren, Kopieren, Zoomen und Suchen. Darüber hinaus gibt es Lesezeichen und einen Freihandstift.





### Immer auf dem neuesten Stand

Software und Inhalte von click & teach werden regelmäßig überarbeitet und verbessert. Führen Sie daher regelmäßig online Aktualisierungen durch – es lohnt sich!



### Alle Materialien auf einen Blick

In der Seitennavigation behalten Sie stets den Überblick über alle verfügbaren Materialien.



### Importieren Sie eigene Materialien

Laden Sie Ihre eigenen Materialien wie Bilder oder Textdokumente hoch und platzieren Sie sie frei auf den Doppelseiten.



### Planen Sie Ihren Unterricht

Der Unterrichtsplaner sorgt dafür, dass Sie alle Materialien in der gewünschten Abfolge griffbereit haben. Strukturieren, kommentieren und präsentieren Sie die Materialien ganz nach Ihren Wünschen.



► Für Lehrerinnen und Lehrer



# Das digitale Schulbuch

## Einzellizenz nur für mich



### Einzellizenz eines Titels

click & study:  
digitaler Freischaltcode



## Mehrfachlizenz für die Schülerinnen und Schüler



### Mehrere Einzellizenzen eines Titels

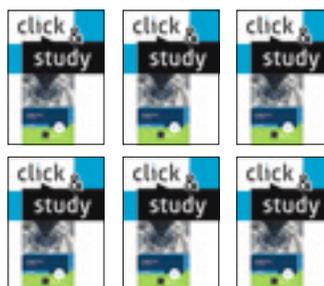
click & study:  
digitale Freischaltcodes zum Normalpreis



### Mehrere Einzellizenzen eines Titels bei eingeführtem Print-Klassensatz

je 1,50 €  
pro Jahr

► entsprechende Anzahl der digitalen  
Schulbücher vergünstigt für je 1,50 € pro Jahr



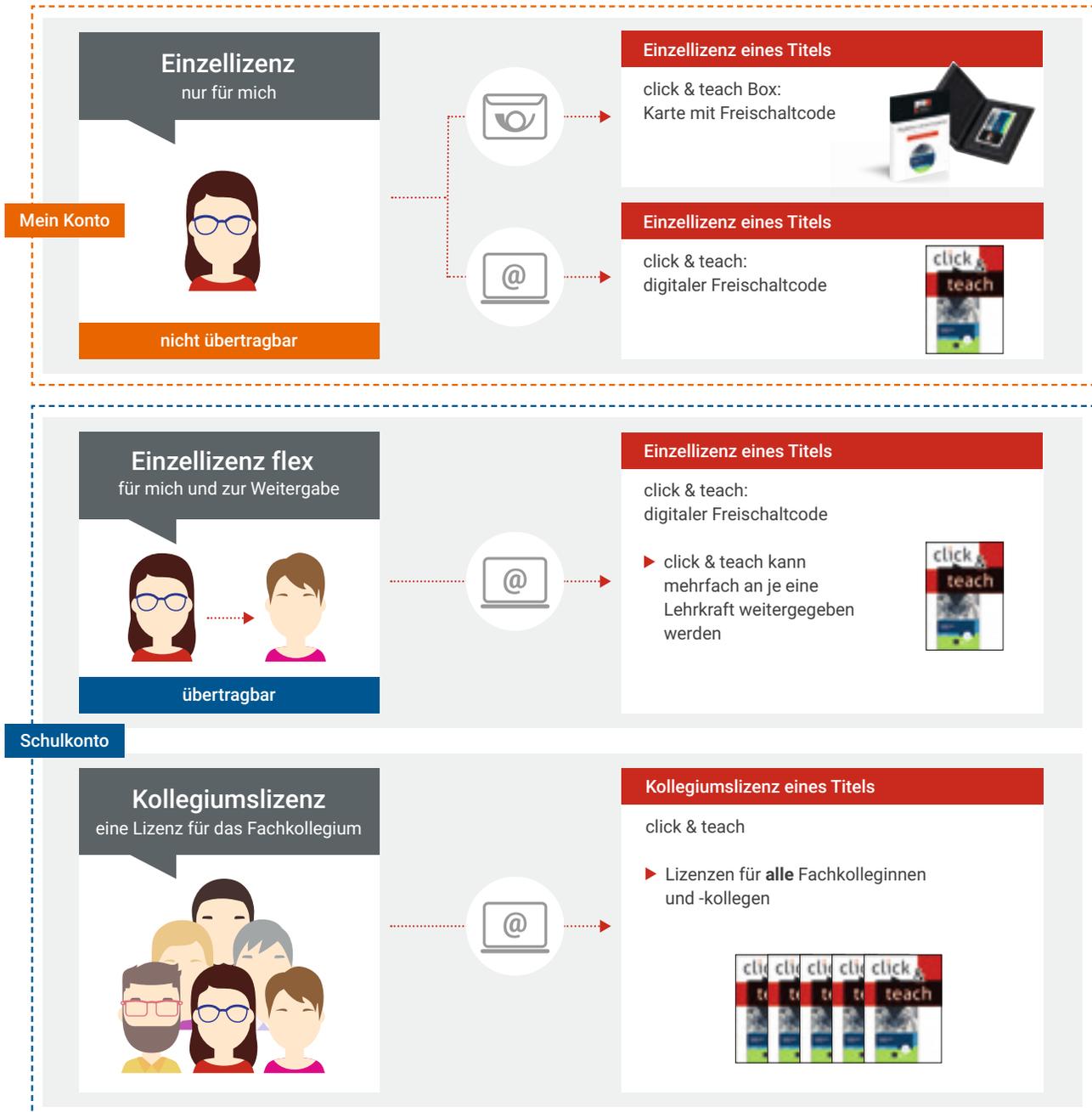
Sie haben Fragen zu click & study oder click & teach?

**Wir helfen Ihnen gern! Digital-Beratung:**  
Mo, Mi, Fr: 10:00 Uhr bis 11:30 Uhr  
Di und Do: 14:00 Uhr bis 15:30 Uhr

**Telefon:** +49 951 16098-333  
**E-Mail (click & teach):** click-and-teach@ccbuchner.de  
**E-Mail (click & study):** digitale-schulbuecher@ccbuchner.de



# Das digitale Lehrermaterial



Sie möchten einzelne oder mehrere Lizenzen von click & study oder click & teach erwerben?



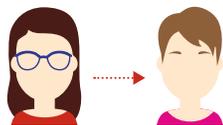
Besuchen Sie **www.ccbuchner.de** und bestellen Sie ganz einfach im Webshop. Kollegiumslizenzen und Einzellizenzen flex können Sie im **Schulkonto** bestellen, nachdem Sie sich mit Ihrer Schule verknüpft haben. Weitere Informationen zum Schulkonto finden Sie unter [www.ccbuchner.de/schulkonto](http://www.ccbuchner.de/schulkonto)



Die **click & teach Einzellizenz** ist auch als **click & teach Box** erhältlich. Diese ist inhaltlich identisch, wird aber per Post zugestellt.

### Einzellizenz flex

für mich und zur Weitergabe



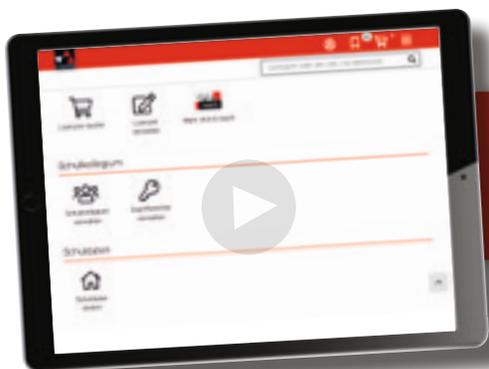
**Einzellizenzen flex** sind übertragbar und können bei Bedarf an eine Kollegin oder einen Kollegen über das Schulkonto weitergegeben werden. Diese Lizenzform eignet sich besonders für kleinere Fachkollegien. Ihre persönlichen Inhalte wie Notizen oder eigens hochgeladene Dateien bleiben auch bei der Weitergabe einer Lizenz in Ihrem persönlichen click & teach-Nutzerkonto erhalten. Möchten Sie Ihr komplettes Fachkollegium (inkl. zukünftiger Fachlehrkräfte) mit Lizenzen ausstatten, ist die Kollegiumslizenz die richtige Wahl.

### Kollegiumslizenz

eine Lizenz für das Fachkollegium



Die **Kollegiumslizenz** ist eine Lizenz eines click & teach-Titels für alle Fachkolleginnen und -kollegen, die an einer Schule unterrichten. Im Schulkonto sind automatisch alle passenden Lizenzen für die einzelnen Lehrkräfte verfügbar. Und sollte jemand aus Ihrem Kollegium, der ein anderes Fach unterrichtet, ebenfalls Zugriff auf einen click & teach-Titel benötigen, ist auch dies möglich. Es können manuell Lizenzen auch fachfremden Lehrkräften zugewiesen werden.



Scannen Sie den QR-Code und entdecken Sie das Erklärvideo zum Schulkonto und seinen Lizenzformen!

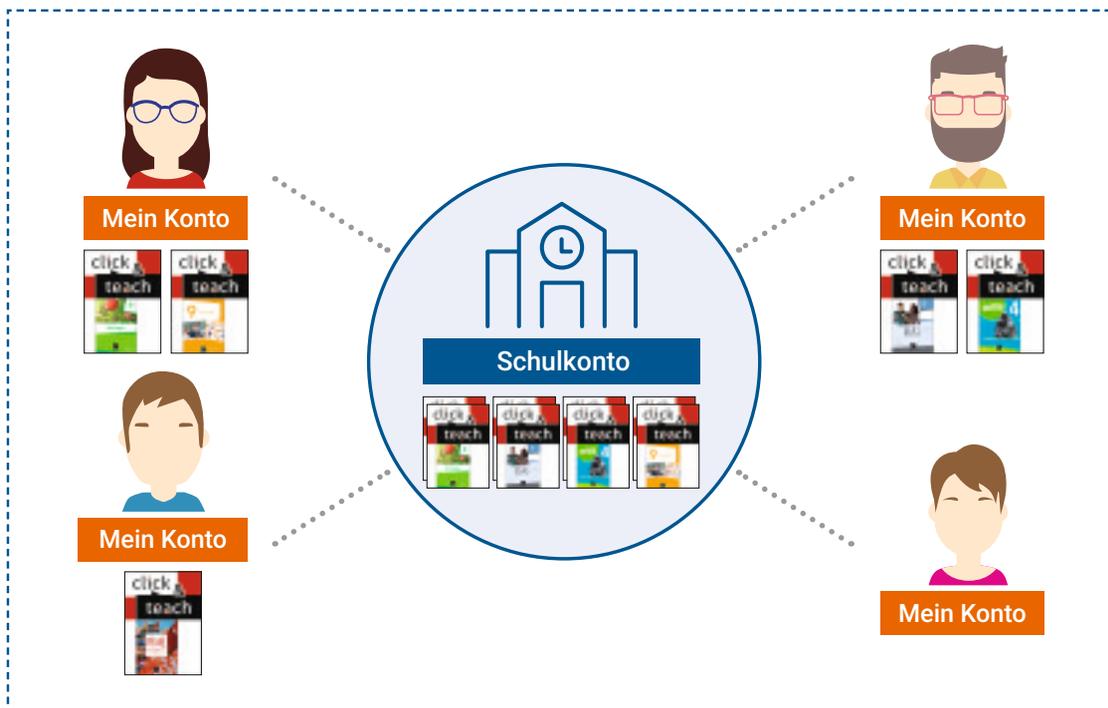


Die bisherigen **Einzellizenzen** und **click & teach-Boxen** gibt es natürlich weiterhin und beide können wie üblich über das persönliche Nutzerkonto erworben werden.

### Einzellizenz

nur für mich





## Schulkonto

Ab sofort können Sie sich auf [www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de) mit Ihrem Schulkonto verknüpfen. Einmal mit Ihrer Schule verbunden, stehen Ihnen unter anderem folgende Funktionen zur Verfügung:



### Lizenzen erwerben und nachkaufen

In wenigen Schritten können im Schulkonto über die Auswahl des Fachs und des Bundeslands die Kollegiumslizenz sowie die Einzellizenzen flex per Rechnung an die hinterlegte Schule erworben werden.



### Lizenzen verwalten und übertragen

Nach Erwerb einer Kollegiumslizenz kann die Zuordnung der Lizenzen zu Mitgliedern des Fachkollegiums eingesehen und verwaltet werden. Fachfremden Lehrkräften kann ebenfalls manuell eine Lizenz zugewiesen werden. Wurde eine Einzellizenz flex erworben, erfolgt im Schulkonto die Zuordnung bzw. die Übertragung.



### Zugriffsrechte verwalten

Im Schulkonto können für alle verknüpften Kolleginnen und Kollegen die Rechte (Lizenzen kaufen, Lizenzen verwalten, Zugriffsrechte bearbeiten, Schuldaten bearbeiten und Schulkollegium verwalten) individuell vergeben werden.

Ausführliche Informationen und Schritt-für-Schritt-Anleitungen zum Schulkonto finden Sie auf [www.ccbuchner.de/schulkonto](http://www.ccbuchner.de/schulkonto)

Sie wünschen persönliche Beratung?  
Unser Schulberatungsteam für Rheinland-Pfalz ist für  
Sie da – vor Ort, telefonisch und online:



**Christof Muechler**

Telefon: 07131 8995148

Mobil: 0171 6012376

E-Mail: muechler@ccbuchner.de



**Hans Schroeder**

Mobil: 0171 6357092

E-Mail: schroeder@ccbuchner.de

Sie benötigen weitere Exemplare  
dieser Leseprobe\* für Ihre Fachkonferenz?

1

Geben Sie auf [www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de) die  
Bestellnummer **T72035** in die Suchleiste ein.

T72035



2

Legen Sie die kostenfreie Leseprobe  
(1 Exemplar pro Person) und ggf. weitere  
Produkte in Ihren **Warenkorb**.



Oder  
direkt über:



3

Folgen Sie den weiteren Anweisungen, um  
den Bestellvorgang abzuschließen.

\* Nur solange der Vorrat reicht.



T72035

